



11. Sitzung

Donnerstag, 4. September 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten	495	Bericht des Sportausschusses zum Thema:	
Fortsetzung der Tagesordnung	495	Universiade (Selbstbefassungsangelegenheit)	
		– Drs 19/896 –	505
Aktuelle Stunde	495	Jan Balcke SPD	505, 512
Fraktion der CDU:		David Erkalp CDU	506
Spielende Kinder dürfen nicht eingemauert werden		Horst Becker GAL	507
Stephan Müller CDU	495, 504	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	508
Carola Veit SPD	496	Juliane Timmermann SPD	510
Christiane Blömeke GAL	497, 503	Wolfhard Ploog CDU	511
Mehmet Yildiz DIE LINKE	498		
Dietrich Wersich, Senator	499	Kenntnisnahme	513
Dr. Friederike Föcking CDU	501		
Dr. Monika Schaal SPD	502	Antrag der Fraktion der CDU:	
Kersten Artus DIE LINKE	503	Evaluierung der Hamburgischen Bauordnung	
Birgit Stöver CDU	504	– Drs 19/926 –	513
Fraktion der SPD:		Hans-Detlef Roock CDU	513
Schwarz-grüne Nebenabsprachen – Absage an Wahrheit, Transparenz und Verlässlichkeit		Jan Quast SPD	514
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		Horst Becker GAL	515
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	515
		Beschluss	515

Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:

Lernen im Lebenslauf – informelle Kompetenzen für die Vermittlung in Arbeit nutzen

– Drs 19/925 – 515

Dittmar Lemke CDU 515

Elke Badde SPD 516

Antje Möller GAL 517, 518

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE 518

Beschluss 519

Antrag der Fraktion der SPD:

Qualität der Pflege sichern – Keine Haushaltssanierung auf Kosten von Menschen mit Altersdemenz

– Drs 19/945 – 519

Dirk Kienscherf SPD 519, 524

Egbert von Frankenberg CDU 521

Christiane Blömeke GAL 522, 525

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE 523

Dietrich Wersich, Senator 523

Beschlüsse 526

Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:

Stadtgestalt und Klimaschutz

– Drs 19/929 (Neufassung) – 526

Horst Becker GAL 526

Monika Westinner CDU 526

Andy Grote SPD 527

Dora Heyenn DIE LINKE 528

Beschluss 529

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Freibad Ohlsdorf muss erhalten bleiben!

– Drs 19/932 – 529

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Freibad Ohlsdorf

– Drs 19/1030 – 529

Norbert Hackbusch DIE LINKE 529, 535

Klaus-Peter Hesse CDU 531, 539

Gunnar Eisold SPD 532

Horst Becker GAL 533

Dr. Peter Tschentscher SPD 534, 539

Kai Voet van Vormizeele CDU 536

Andreas Waldowsky GAL 537

Jan Quast SPD 538

Beschlüsse 540

Gemeinsame Beratung

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/737 (Neufassung) – 540

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/738 (Neufassung) – 540

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/739 – 540

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/740 – 540

Beschlüsse 540

Sammelübersicht 541

Beschlüsse 541

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs

– Drs 19/248 – 541

Beschluss und Kenntnisnahme ohne
Besprechung 541

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Drei Jahre nach dem Tod der kleinen Jessica gibt es kein Hamburger Gesetz für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen von Kindern: Welche Kenntnisse hat der Senat über die Gesetze anderer Bundesländer zu Vorsorgeuntersuchungen? – Drs 19/603 –	541	Beschlüsse	542
Beschluss und Kenntnisnahme ohne Besprechung	541	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/471: Ergänzung des Haushaltsbeschlusses 2007/2008 für das Haushaltsjahr 2008 – Sicherheitsleistung zugunsten der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH (Senatsantrag) – Drs 19/937 –	542
Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/256: Erhalt des Hafendenkmals Wassertreppe 51 in der Billwerder Bucht (Antrag der SPD-Fraktion) – Drs 19/697 –	541	Beschlüsse	542
Beschluss	541	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 19/271: Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und 19/564: Betriebsprüfung stärken und Vakanzen abbauen (Antrag der SPD-Fraktion) sowie 19/565: Betriebsprüfung stärken – Neue Betriebsprüfer ausbilden (Antrag der SPD-Fraktion) – Drs 19/938 –	542
Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/520: Bericht über den Stand des Projektes "Elbphilharmonie Hamburg" (Senatsantrag) – Drs 19/935 –	541	Beschlüsse	542
Beschluss	541	Bericht des Sozial- und Gleichstellungsausschusses über die Drucksache 19/178: Armuts- und Reichtumsbericht (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 19/933 – dazu	542
Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/25: Gute Arbeit verdient faire Löhne – Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein (Antrag der SPD-Fraktion) – Drs 19/709 –	541	Antrag der Fraktion der SPD: Armuts- und Reichtumsbericht – Drs 19/1005 –	542
Beschluss	542	Beschlüsse	543
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/470: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag) – Drs 19/867 –	542	Antrag der Fraktion der SPD:	

**Schülerinnen und Schüler mit
Behinderung integrieren statt
ausgrenzen**

– Drs 19/776 –

543

Beschluss

543

**Kontrolle der öffentlichen Un-
ternehmen Hamburgs**

– Drs 19/949 –

544

Beschlüsse

544

Antrag der Fraktion der SPD:

**Aktenvorlageersuchen nach
Artikel 30 der Hamburgischen
Verfassung zum Fall Morsal O.**

– Drs 19/777 –

543

Beschluss

543

Antrag der Fraktion der SPD:

**Zeitgemäße Information über
öffentliche Unternehmen**

– Drs 19/778 –

543

Beschlüsse

543

Antrag der Fraktion der SPD:

**Konsequenzen aus dem Fall
Morsal O.: Überprüfung laufen-
der Fälle anhand eines Worst-
case-Szenarios**

– Drs 19/779 –

543

Beschlüsse

543

Antrag der Fraktion der CDU:

**Untertunnelung des Bahnüber-
gangs Hammer Straße**

– Drs 19/928 –

543

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

**Aufhebung der Bahnübergänge
an den Eisenbahnstrecken
Hamburg-Lübeck endlich zum
Abschluss bringen**

– Drs 19/1006 –

543

Beschlüsse

543

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Zu Beginn habe ich Ihnen eine traurige Botschaft zu übermitteln. Seit Mittwochnacht wird eine Soldatin unseres Patenschiffs, der "Gorch Fock" vermisst. Gegen Mitternacht fiel sie über Bord und wird seither gesucht. Die Aktion dauert an. Wir hoffen sehr, dass die 18-jährige junge Frau noch gefunden wird. Natürlich wurden der Besuch des Schiffes und alle Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag der "Gorch Fock" abgesagt.

Wir setzen zunächst die Aktuelle Stunde von gestern fort. Ich rufe daher das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der CDU-Fraktion. Es lautet: Spielende Kinder dürfen nicht eingemauert werden.

Aktuelle Stunde

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Müller hat es.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Leider ist es nun schon ein zweites Mal, dass ein Hamburger Gericht eine für viele nicht nachvollziehbare Entscheidung getroffen hat. Da stellt sich natürlich die Frage, warum und was hier schief gelaufen ist.

Blicken wir noch einmal auf den konkreten Fall. Der Träger SterniPark möchte in einer belebten Straße in Othmarschen eine Kita eröffnen. Er erwirbt dafür ein Gebäude, baut es mit hohem Aufwand aus und möchte pünktlich nach den Sommerferien den Betrieb aufnehmen. Drei Tage bevor es dann soweit ist, beschließt die 9. Kammer des Verwaltungsgerichts Hamburg, dass es unter diesen Umständen nicht gehe. Natürlich stehen erst einmal die Eltern vor einem großen Problem, wo sie mit ihren Kindern bleiben. In der Öffentlichkeit kommt wieder das Gefühl auf, dass man sich vor Gericht in Gottes Hand befindet.

Wenn man dann die Argumentation aller Seiten verfolgt, hat man das Gefühl, als ginge es darum, in einem Villengebiet, einem Wohngebiet eine Disco oder eine Kfz-Werkstatt zu errichten, denn da wurde geprüft, ob die Kita als Gewerbebetrieb zu betrachten sei. Nur die Tatsache, dass sich dort die Kinder aus unmittelbarer Umgebung angemeldet hatten, bewahrte sie vor dieser Einordnung und somit durchaus auch vor dem gänzlichen Aus.

Montagfrüh ging es als Erstes darum, 40 kleinen Altonaer Menschen zu helfen. Insofern auch von dieser Stelle mein ganz besonderer Dank an den Bezirksamtsleiter Jürgen Warmke-Rose, ebenfalls

Jurist und als solcher ein lebendes Beispiel der Menschlichkeit. Vielen Dank, Herr Warmke-Rose.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich aber auch eines sagen: Zurzeit werden die Kläger in der öffentlichen Diskussion geradezu niedergemacht. In zahlreichen Leserbriefen wird auch von Kinderhassern gesprochen. Das, meine Damen und Herren, kann es auch nicht sein. Wir leben nach wie vor in einem Rechtsstaat und die Kläger haben lediglich ihr Recht gesucht und das kann einem passen oder auch nicht, aber das ist erst einmal so zu respektieren.

Gleiches gilt aus meiner Sicht auch für den Träger SterniPark. Er kann sich im Augenblick jeglicher Unterstützung, auch der Solidarität sicher sein. Aber meine Bitte auch an SterniPark: Überspannen Sie den Bogen nicht, halten Sie sich an Recht und Gesetz, respektieren Sie den Baustopp und warten Sie die Beschwerde beim OVG ab.

Unabhängig hiervon – und das ist unsere Aufgabe – müssen wir uns als Parlament natürlich fragen, ob wir möglicherweise Fehler gemacht haben. Die Bürgerschaft hat in der letzten Legislaturperiode mit den Stimmen der CDU eine Initiative verabschiedet, die über eine Ergänzung

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal* SPD)

– Sie kommen ja noch dran – der Ausführungsverordnung des SGB VIII das Ertragen von selbstverständlichen Geräuschen, die von Kitas oder auch von Schulen ausgehen, regelt. Eine zuvor angestrebte gemeinsame Initiative – das ist wohl wahr – ist zwischenzeitlich auf der Strecke geblieben. Möglich, dass der CDU-Beschluss nicht in jeder Hinsicht die Ultima Ratio gewesen ist. Fest steht allerdings auch, dass er weder in Zielen noch im Inhalt einer weiteren Interpretation bedarf.

Um den Sachverhalt zu klären, ist es notwendig, sich einmal das Urteil anzuschauen. Bei Betrachtung des Urteils fällt schon auf, dass das Gericht diese Ausführungsverordnung, die ich eben erwähnte, mit keiner Zeile erwähnt hat. Dann stellt sich logischerweise die Frage, ob sich das Gericht bei der Entscheidung mit der neu geschaffenen Regelung 29 a auseinandergesetzt hat. Die Antragsgegner haben mir versichert, dass auf diese Regelung vor Gericht hingewiesen worden ist und somit hätte das Gericht dieses bei Einzelfallabwägung berücksichtigen müssen. Weil es so scheint, dass das vielleicht nicht passiert ist, wird dieses wohl auch Kern der Beschwerde beim OVG sein. Ich persönlich bin sehr optimistisch, dass die Beschwerde auch erfolgreich sein kann.

Nun hat es nicht lange gedauert – ich glaube, es war am Montag –, da kam die SPD und sagte, das haben wir ja gewusst und verwies dann auf ihre eigene Gesetzesinitiative. Da gestatten Sie mir die

(Stephan Müller)

Frage: Warum sind Sie eigentlich so sicher, dass Ihre Gesetzesinitiative in diesem konkreten Einzelfall etwas bewirkt hätte? Wie ich bereits sagte, fand unser Paragraf 29 a in diesem speziellen Rahmen der Einzelabwägung keine Berücksichtigung, aus welchen Gründen auch immer. Wäre es Ihren Paragrafen möglicherweise nicht anders ergangen? Das wissen wir nicht.

Insoweit ist Häme aus meiner Sicht der vollkommen falsche Ansatz. Wir sollten dafür sorgen, dass wir Hamburger Richter bei derartigen Einzelfallabwägungen ein weiteres Instrument an die Hand geben, welches die Entscheidung zugunsten von Kindern erleichtert. Insofern ist die von Frau Senatorin Hajduk angekündigte Umsetzung des schon im Koalitionsvertrag stehenden Punktes einer Hamburger Regelung zum Lärmschutz, in der Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm privilegiert werden soll, sicherlich ein weiteres Hilfsinstrument. Über eines, meine Damen und Herren, dürfte es keine ernsthaften Auseinandersetzungen geben: Kinder sind keine nach Bedarf abschaltbaren Lärmemitteln. Es sind eben Kinder mit dem selbstverständlichen Recht, der Umwelt auch einmal auf die Nerven gehen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Dora Heyenn* **DIE LINKE**)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Veit.

Carola Veit SPD:* Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da hätte ich eigentlich etwas mehr von dieser Seite des Hauses erwartet,

(*Karl-Heinz Warnholz* **CDU**: Ach, was!)

Denn schließlich sind Probleme von Kitas mit klagenden Nachbarn nicht neu in dieser Stadt. Das bundesweit bekannt gewordene Urteil über die Kita Marienkäfer ist inzwischen über drei Jahre alt.

Wir hatten damals im Familien- und im Umweltausschuss Experten angehört und haben gemeinsam festgestellt, dass Hamburg die Regelungskompetenz hat, ein Gesetz zu erlassen, das künftig solche Fälle möglichst verhindert. Aber die CDU konnte sich damals nicht dazu entschließen, das ist eben auch angedeutet worden. Sie haben damit verhindert, dass ein anständiges Kinderlärmgesetz in Hamburg verabschiedet wird.

(*Frank Schira* **CDU**: Was heißt denn anständig?)

– Herr Schira, Sie haben etwas beschlossen, das noch weniger ist als das Placebo, wie es die GAL damals bezeichnet hatte. Placebo, da hilft wenigstens noch der Glaube, aber Ihr Gesetz hat überhaupt nichts geholfen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* **DIE LINKE**)

Herr Müller, es war in gar keiner Hinsicht sinnvoll oder wollen Sie da noch weitere Belege abwarten? Ihr Gesetz hat nette Worte geboten, aber das war es dann auch. Es gab keine rechtlichen Konsequenzen und das war damals schon deutlich geworden. Das haben wir damals auch gemeinsam mit der GAL und insbesondere mit Herrn Maaß kritisiert. Ich finde es auch nicht wahnsinnig überraschend, dass eine einen Satz lange Regelung im Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in dem Baurechtsstreit keine besonders große Rolle spielt. Sie haben dafür gesorgt, dass sich an dieser Stelle für die Kinder und Eltern in der Stadt gar nichts verbessert, sondern dass Gerichte im Zweifel weiterhin die Interessen der Nachbarn höher bewerten als die der Kinder und das ist schlecht.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* **DIE LINKE**)

Genau das hat sich bei der Kita Marienkäfer bestätigt und jetzt ist endgültig klar: Ihr Gesetz hat seine Nagelprobe nicht bestanden. Der Fall Marienkäfer hat traurigerweise Schule machen können und Sie sind dafür verantwortlich, denn Sie und Ihr Senator Wersich, haben zusammen mit der Zuwendung durch die Sozialbehörde für die Lärmschutzwand bei der Kita Marienkäfer einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen. Das hat auch die GAL so bewertet. Die Finanzierung einer Lärmschutzwand durch die Stadt war damals Ihre Lösung und sie war damals schon schlecht und nun macht sie auch noch Schule.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie Ihre Anmeldung in dieser Aktuellen auch noch "Spielende Kinder dürfen nicht eingemauert werden" nennen, klingt nach all dem ein bisschen scheinheilig. Ja, es ist gut, dass wir einen tapferen Bezirksamtsleiter haben, der nicht nur mit dem Gesetzbuch unter dem Arm durch die Stadt geht, aber sein Handlungsspielraum ist ja doch begrenzt. Das Problem, das wir jetzt aktuell in Othmarschen mit der Kita in der Reventlowstraße haben, gibt es doch überall in der Stadt.

Ich habe Ihnen einmal den gültigen Baustufenplan von Othmarschen mitgebracht. Der ist 1955 zuletzt vom CDU-Senat bestätigt oder noch einmal geändert worden. Da haben Sie dann noch einen Golfplatz hineingemalt. Wenn Sie sich den angucken, dann werden Sie sehen, dass im Prinzip ganz Othmarschen, bis auf einen kleinen Zipfel, ein besonders geschütztes Wohngebiet ist. Ja, wo wollen Sie denn da die Kitas hinbauen? Da müssen Sie sich einmal ein bisschen mehr überlegen als hier auf das Gericht zu schimpfen. Da müssen wir auch nicht mehr abwarten.

(Carola Veit)

(Beifall bei der SPD – Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: 44 Jahre SPD!)

Da muss sich etwas ändern. Dass Sie Ihre Planungskapazitäten lieber in imageträchtige Prestigeobjekte stecken, das wissen wir auch.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht brauchen die Bezirksämter da auch ein bisschen mehr Personal und mehr Möglichkeiten, um solche Pläne anpassen zu können. 6000 neue Kitaplätze allein im Krippenbereich in den nächsten fünf Jahren. Wo sollen die nun eigentlich hin?

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Also, Sie möchten sie nicht haben!)

Einrichtungen haben Schwierigkeiten, Räume zu finden, Kitas haben Wartelisten, das wissen wir alle, und neuerdings gibt der Senat auch zu, dass es, wie Sie es nennen, Nachfrageüberhänge gibt, also im Volksmund: Zu wenig Plätze.

Im Koalitionsvertrag heißt es in der Tat unter Wirtschaft und Umwelt zum Lärmschutz, dass Sie eine Hamburger Regelung schaffen wollen, die auch eine Privilegierung von Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm enthält. Übrigens hieß unser von Ihnen bisher immer abgelehnte Gesetzentwurf: "Kinder- und Jugendlärm gegenüber anderen Lärmquellen privilegieren".

Sie wollen jetzt ein Lärmschutzgesetz machen. Da wird es Ihnen nicht nur um Kinderlärm gehen, da wird es Ihnen wahrscheinlich um die Lärmkartierung des Eisenbahnbundesamt gehen, um Hafenbetriebe, den Flughafen, Hauptverkehrsstraßen, Gesundheitsaspekte und was weiß ich noch alles. Da planen Sie Vermischung von Bundes- und Landesrecht. Das wird alles problematisch und schwierig. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Sie da in einem halben oder dreiviertel Jahr eine Lösung im Hamburgischen Gesetzblatt verkündet kriegen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie haben es ja 40 Jahre nicht geschafft!)

Sie schieben den Kinderlärm weiter auf die lange Bank und lassen Eltern und Kita-Träger im Regen stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Veit, eines ist nicht richtig: Das geschützte Wohngebiet war kein Ausschlusskriterium und ist auch immer noch kein Ausschlusskriterium. Das hat auch das Gerichtsurteil ausdrücklich bestätigt. Kitas dürfen auch in geschützten Wohngebieten Standorte finden.

Richtig ist allerdings, dass mit der Kita Marienkäfer ein Präzedenzfall geschaffen wurde, den wir damals sehr bedauert haben und der auch heute noch problematisch ist, weil er leider Nachahmer findet. Ich stehe auch heute noch zu dem, was ich damals dazu gesagt habe.

Kinder und Mauern, das passt einfach nicht zusammen. So ist es kein Wunder, dass die Wogen in der Öffentlichkeit und in den Medien ganz schnell hochkochen. Wenn wir uns an unsere eigene Kindheit zurückerinnern, gab es auch da immer den Konflikt mit irgendwelchen Nachbarn über ruhestörenden Lärm. Ich bin selbst in einem Hof groß geworden, in dem stand: Das Lärmen und Spielen der Kinder im Hof ist verboten. Heute wird derselbe Hof benutzt, Spielgeräte und Bolzplätze für die Kinder laden ein, es gibt Treffpunkte, Eltern finden dort zusammen. Es geht also, wenn man den Willen hat, hier etwas zu verändern. Deswegen muss es unsere politische Aufgabe sein, Regelungen zu finden, die alle Beteiligten mittragen können. Ich möchte aus diesem Grund auch für eine differenzierte Sichtweise und Besonnenheit plädieren, die diesem Thema und uns allen besser ansteht. Zunächst einmal müssen wir feststellen – und da stimme ich Frau Veit zu –, dass die in der letzten Legislatur gefundene CDU-Regelung wohl nicht ausreichend war, denn sonst würde in diesem Urteil nicht stehen – ich zitiere –:

"Für die Bewertung von Kinderlärm besteht kein Regelwerk".

Das ist das große Problem. Es gibt kein Regelwerk in Hamburg und der einzige Satz, dass Kinderlärm Ausdruck kindlicher Entfaltung ist – so ähnlich haben Sie es damals eingefügt – reicht natürlich nicht. Das macht deutlich, dass wir schnellstmöglich eine Konkretisierung der Rechtslage brauchen und dafür hat der schwarz-grüne Koalitionsvertrag einen Passus bereitgehalten, nämlich dass ein Lärmgesetz geschaffen werden soll. Natürlich geht es allgemein um Lärm in der Stadt und ein Teil davon wird die Kinderlärmverordnung sein. Ihren Pessimismus, dass unser Senat das nicht schafft, teile ich erwartungsgemäß nicht. Ich bin da ganz zuversichtlich. Wir werden es durch parlamentarische Initiativen auch noch unterstützen.

Aber bei aller Verständlichkeit über die emotionalen Diskussionen, die auch Sie, die Bürger, führen, ob eine Lärmschutzmauer in Kitas nun toleriert werden kann oder nicht, kommen wir mit Frontenbildungen nicht weiter. Nachbarn, die sich Ruhe auf ihrem Grundstück oder in ihrer Wohnung wünschen, sind nicht gleich Kinderhasser.

(Beifall bei Stephan Müller CDU)

Es geht vielmehr um die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen. Ich sage an dieser Stelle ganz ausdrücklich, dass Kinderlärm erwünscht ist, aber genauso deutlich sage ich auch, dass Kinder-

(Christiane Blömeke)

lärm Grenzen hat. Diese Grenzen werden uns auch von Bundesgesetzen vorgegeben. Das heißt, wir müssen in einer Kinderlärmverordnung auch die nachbarschaftlichen Belange konkretisieren, denn die sind nachher auch für die Betriebserlaubnis bindend. Sie haben jetzt das Bezirksamt Altona so hochgelobt. In dieser Betriebserlaubnis für die Kita gab es keine Regelung. Es gab keine Regelung, ob eine Ruhezeit in der Mittagspause eingehalten werden sollte, es wurden Spielgeräte erlaubt, die relativ laut sind, hölzerne Rampen, die direkt am Nachbarschaftszaun stehen. Hier müssen wir eingreifen. Wir müssen eine Grundlage schaffen, die dem Bezirksamt, aber in Streitfällen auch den Richtern eine Handlungsgrundlage gibt. Auch die Betreiber einer Kita sind letztendlich dazu verpflichtet, den anstehenden Lärm, der von uns allen erwünscht ist, den wir natürlich auch nicht ausblenden wollen, zu reduzieren und zu minimieren. Dazu zählen die von mir aufgezählten Ruhezeiten, die man vereinbaren kann, oder auch die Auswahl von geräuschkreduzierten Spielgeräten. Wir haben glücklicherweise in Hamburg auch diverse Beispiele von Kitas in Wohngebieten, wo es gut geht. Ich kenne Kitas, die in Etagenwohnungen sind und das klappt. Die haben dann das ganze Parterre und oben sind die Mieter. Es geht also alles.

Was wir brauchen – und das will ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen –, sind klare Handlungsanleitungen für die Bezirksämter und in Streitfällen leider auch für die Gerichte. Das ist die anstehende Aufgabe, die erfüllt werden muss. Eine Schwarz-Weiß-Malerei des Problems bringt uns hier nicht weiter, sondern wirklich die Besonnenheit und auch das Vorgeben in der BSU, derartige Handlungsempfehlungen zu finden. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir derartige Fälle in Hamburg nicht mehr haben wollen. Aber ich möchte alle bitten, dass man nicht die einen gegen die anderen ausspielt. Das sagte auch Herr Müller ganz zutreffend. Jeder hat seine Belange und wir müssen auch die der Nachbarn ernst nehmen, auch wenn sie uns erst einmal befremdlich klingen. Auch wenn ich als kinderpolitische Sprecherin natürlich sage – und so ist auch unser politisches Ziel –, dass Kinderlärm erwünscht ist, müssen wir den Kinderlärm gegenüber Gewerbelärm privilegieren und das wird unsere Verordnung irgendwann vorsehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat des Bezirksamtsleiters Warmke-Rose beginnen. Ich zitiere:

"Kitas gehören in Wohngebiete, weil dort Kinder wohnen."

Da hat er vollkommen recht. Mit dem Lärm von Flugzeugen, dem Straßenverkehr, zum Beispiel in der Reventlowstraße, der S-Bahn am Othmarschener Bahnhof finden sich die Menschen ab. Das wird als selbstverständlich empfunden. Kinderlärm dagegen als störend. Da geht man in Hamburg gerne zu Gericht und klagt gegen die Träger der Kitas. Für solch ein Verhalten bekommt man auch noch Recht vor Gericht. Dabei ist dieses nicht der erste Fall in Hamburg. Schon die Kita Marienkäfer in Wandsbek musste klagenden Nachbarn weichen. In was für einer Gesellschaft leben wir eigentlich? An dieser Stelle ist auch anzumerken, dass eine Gesellschaft, die sinkende Geburtsraten beklagt und steigende Geburtszahlen erreichen möchte, auch für ein entsprechend familien- und kinderfreundliches, gesellschaftliches Klima sorgen muss. Hierfür müssen alle Fraktionen Sorge tragen und sich eindeutig positionieren. Für alle Fraktionen muss klar sein, dass diese Entscheidung nicht nachvollziehbar ist. Kinder haben das Recht, sich frei zu entfalten. Man kann und darf ihnen nicht vorwerfen, dass sie auch einmal laut sind und weinen. All dies gehört zu unserem Leben dazu. Dabei muss man feststellen, dass die jetzige Lärmverordnung, wie auch viele betont haben, geschaffen von dem alten CDU-Senat, den Kinderlärm leider nicht privilegiert und damit Raum für solche richterliche Entscheidung geschaffen hat. Wir müssen uns auch vor Augen halten, dass bis zum Jahr 2013 noch 4700 Krippenplätze geschaffen werden sollen. Da kann man sich vorstellen, wie viele Gerichtsverfahren es noch geben wird in den Nachbarschaften bestimmter Stadtteile. Wenn noch etwa 65 Kitas – das ist die Zahl, die auch der Senat genannt hat – eröffnet werden sollen, kommen wohl noch einige Nachbarschaftsklagen dazu und bei der derzeitigen Rechtslage auch entsprechende Gerichtsbeschlüsse auf uns zu. Jeder Kläger sollte darüber nachdenken, dass er auch einmal ein Kind war und/oder selber Kinder hat. Es kann doch nicht ernsthaft verlangt werden, jede Kindertagesstätte einzumauern. Mit jedem anderen Lärm, wie zum Beispiel der S-Bahn, Fluglärm, können Kläger leben, so etwas gilt als unvermeidbar. Aber gegen den Lärm von spielenden Kindern, was eigentlich selbstverständlich ist, geht man vor Gericht.

Wir fordern den Senat auf, die jetzige Lärmverordnung zu verändern und Kinderlärm zu privilegieren. Die jetzige Verordnung ist ungenügend und muss dringend geändert werden, um den Trägern der Kitas Sicherheit für den Betrieb und die Planung von neuen Kitas zu schaffen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ksenija Becker SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Urteil zu dem Widerspruch mit aufschiebender Wirkung der Zulassung der Kita in der Reventlowstraße hat quasi wieder über Nacht das Schlaglicht auf das Thema Kinderlärm geworfen und wie das bei dem Thema immer so ist, auch bundesweit. Das heißt, wir sind wieder mitten in der Diskussion, welche Rolle die Kinder in unserer Gesellschaft spielen. Deswegen will ich vorweg aus unserer Sicht einmal ganz klar sagen: Kinderlärm ist unvermeidbar, es ist der normale Ausdruck einer gesunden Entwicklung. Wir alle waren Kinder, wir alle waren hoffentlich laut, ich jedenfalls war das. Ich bin meinen Eltern heute noch dankbar, dass sie dann nicht über die Straße geschrien haben, sei mal ruhig. Das erleben wir heute allerdings immer häufiger, dass überforderte Eltern mit ihren Kindern laut schreien. Insofern ist das Problem nicht immer nur der Kinderlärm.

Kinder gehören in Wohngebiete – das wird wohl keiner abstreiten – und deshalb gehören auch Kitas in Wohngebiete. Auch das ist, glaube ich, klar. Doch bevor diese Diskussion über diesen einen Fall auch bundesweit einen falschen Eindruck erweckt, möchte ich noch einmal sehr deutlich sagen: Hamburg ist kinderfreundlich. Wir haben im vergangenen Jahr 30 neue Kitas eröffnet. Wir werden dieses Jahr 60 neue Kitas eröffnen. Wir haben im vergangenen Jahr 70 Kitas erweitert. Wir werden in diesem Jahr 80 weitere Kitas erweitern. Wir haben über 800 Kitas in der Stadt und genau vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie viel Toleranz, wie viel gegenseitige Rücksicht in den vielen guten Nachbarschaften in Hamburg zwischen Kitas und Anwohnern gelebt wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg ist kinderfreundlich und ich glaube, gerade die geringe Anzahl der Fälle, wie momentan einer stattfindet, zeigt das. Deswegen sind Berechnungen, Herr Yildiz, die Sie zu dem Thema neue Kitas angestellt haben und was das für Folgen hat, nicht richtig. Die Realität beweist genau das Gegenteil.

Aber gucken wir uns doch auch dieses Urteil an, weil Frau Veit – natürlich mit einem gewissen Unterhaltungseffekt – einen großen Plan mitgebracht hat, den Sie kaum tragen konnte.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – *Carola Veit SPD:* Sie hätten ja mal mit anfassen können!)

Sie haben gesagt, ganz Othmarschen sei ein Wohngebiet und wo sollen die Kitas denn da hin? Da wiederum, Frau Veit, muss ich mich fragen, ob Sie das Urteil, über das Sie heute reden, über-

haupt gelesen haben, denn daraus will ich einmal zitieren:

"Der Betrieb einer Kindertagesstätte dürfte grundsätzlich mit dieser Ausweisung als Wohngebiet vereinbar sein, weil eine solche Nutzung Wohnbedürfnisse im Sinne von Paragraph ... erfüllt."

(*Carola Veit SPD:* Aber eben nur grundsätzlich und nicht im Einzelfall!)

– Hören Sie doch zu. Wenn Sie es nicht gelesen haben, haben Sie jetzt die Chance, daraus ein paar Zitate wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Weiter heißt es:

"Der Gebietsbezug der Kindertagesstätte ist durch die tatsächliche Nachfrage der Anwohner, die aus dem maßgeblich durch den Baustufenplan Othmarschen ausgewiesenen Wohngebiet stammen, begründet."

Dann heißt es weiter zu der Frage, die wir hier ansprechen:

(*Carola Veit SPD:* Es ist übrigens auch nur ein Beschluss und kein Urteil, Herr Wersich! Aber das macht nichts!)

"Nur in einem besonders gelagerten Einzelfall können sie unzulässig sein oder, um Interessenkonflikte auszugleichen, Nutzungsbeschränkungen bedürfen."

Das heißt, erst einmal hat das Gericht festgestellt, dass auch in einem reinen Wohngebiet eine Kita sein darf.

(*Carola Veit SPD:* Das ist doch gar nicht neu!)

Damit ist, glaube ich, der wesentliche Kritikpunkt, dass Kitas nicht in Wohngebieten sein dürfen, ein juristisches Damoklesschwert, abgeräumt.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ties Rabe SPD:* Dann können Sie ja weiterschlagen!)

Dann stellt auch das Gericht fest, dass der Lärm der Kinder in der Kita unvermeidbar ist. Es bedarf keiner juristischen Feststellung in einem Gesetz, dass man dieses erst feststellen muss. Das Gericht erkennt das an. Jetzt kommt der Punkt, der vorhin erwähnt worden ist, dass keine Vorkehrungen zur Vermeidung getroffen wurden und keinerlei Auflagen getroffen wurden.

Das war für das Gericht der springende Punkt zu sagen, wenn das nicht passiert, dann hat der Widerspruch aufschiebende Wirkung. Deswegen bitte ich darum, dass wir – auch wenn man sich gerne am Senat reibt – diesen Fall und dieses Urteil auf das Maß zurückschrauben, worum es geht.

(Senator Dietrich Wersich)

(Carola Veit SPD: Es ist immer noch nur ein Beschluss!)

Es geht nicht um die Frage Kitas in Wohngebieten ja oder nein, sondern es geht um die Frage der gegenseitigen Rücksichtnahme und dessen, was man tut.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Barbara Ahrons CDU: Genau!)

Jetzt, Frau Veit, sind Sie hingegangen und haben vollmundig gesagt, das wäre alles nicht passiert, wenn wir unser Gesetz beschlossen hätten. Jetzt gehe ich mit Ihnen noch einmal in die Textarbeit, nämlich mit Ihrem eigenen Gesetz. Sie schreiben dort in Paragraph 2, Rücksichtnahmegebot:

"Jeder hat sich so zu verhalten, dass störende Geräuschmissionen vermieden werden, soweit dies nach den Umständen des Einzelfalls technisch und wirtschaftlich möglich und zumutbar ist. Unvermeidbare Geräuschmissionen sind grundsätzlich auf ein Mindestmaß zu beschränken."

Unter viertens, Einschränkung der Privilegien, schreiben Sie in Ihrem Gesetzentwurf:

"Die Privilegierung des Paragraphen 3 gilt nur für die von der jeweiligen Aufsichtsbehörde genehmigten Betriebszeiten und -nutzungen."

(Carola Veit SPD: Ja, für was denn sonst!)

Das heißt zunächst einmal, dass Sie mit dieser Regelung dem Bezirksamt, der Verwaltung die Rolle zuschieben zu regeln, wann, wie und was in einer Kita passiert. Das ist ein massiver Schritt zur Bürokratisierung,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

weil nämlich plötzlich die Verantwortung bei der Behörde liegt zu sagen, von wann bis wann Kinder dort überhaupt spielen dürfen.

(Carola Veit SPD: Das ist so üblich bei Betriebsgenehmigungen!)

Das ist zum Glück in den meisten Kitas nicht erforderlich, weil sich dort Nachbarn und Kitas einigen und es da keiner behördlichen Festlegung bedarf, wann Kinder draußen spielen dürfen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dann wollen Sie in dem Gesetz festschreiben, dass die Anzahl der Einrichtungen in diesen Wohngebieten in einem angemessenen Verhältnis zu dem wohnortnahen Bedarf des jeweiligen Gebietes stehen. Das ist gut gemeint, aber jeder, der ein bisschen etwas von der Entwicklung von Stadtteilen weiß, weiß auch, dass wir Phasen haben, wo es ganz viele Kinder gibt, wenn zum Beispiel neue Gebiete errichtet werden, dass diese Kinder aber nach wenigen Jahren aus dem Kindergartenalter

raus sind. Wenn wir das in ein Gesetz schreiben, bekommen wir ein juristisches Damoklesschwert über Kitas in Bereichen, in denen es dann für ein paar Jahre keine Kinder gibt.

(Zuruf von der SPD: Das wäre ja ganz anders als es jetzt ist!)

– Bitte?

(Zuruf von der SPD: Das haben wir ja jetzt schon, das Damoklesschwert!)

Der Punkt ist einfach der: Eine Kita wird für 50 Jahre gebaut und jeder, der weiß, wie die Generationenfolgen in solchen Wohngebieten sind, weiß, dass heute ganz viele junge Kinder da sind.

(Carola Veit SPD: Wir reden über einen ganzen Stadtteil!)

Die werden dann älter und das würde bedeuten, dass diese Kitas möglicherweise später geschlossen werden können, weil sie keine Kinder aufnehmen dürfen, die nicht aus dem Stadtteil stammen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Schließlich schreiben Sie in Paragraph 5 Maßnahmen der Lärminderung, dass die zuständige Behörde durch lärmmindernde Maßnahmen dafür zu sorgen hat, dass die Belastungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Und es geht sogar so weit, dass der Betreiber verpflichtet werden kann, Maßnahmen zur Lärminderung zu treffen, die in erheblicher Weise die Nachbarn beeinträchtigen. Wenn man diese Vorschriften auf den Fall, den wir heute konkret diskutieren, bezieht – mit keinerlei Auflagen –, finde ich, ist es eine ungeheuerliche Vorstellung, dass Sie glauben, dass mit diesem Gesetz nicht dasselbe Urteil herausgekommen wäre, wie wir es jetzt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich glaube, dies Gesetz ist gut gemeint, es hat aber viele Risiken und Nebenwirkungen, es erhöht die staatliche Bürokratie, es verschärft möglicherweise sogar Auflagen für den Betrieb einer Kita, weil es genau festschreibt, was wo wann passieren muss. Es bedroht Kitas in Wohngebieten, in denen möglicherweise nicht mehr so viele Kinder sind, die dann die Kinder aus anderen Wohngebieten betreuen müssen.

(Zurufe von der SPD: Unsinn!)

Deshalb ist aus meiner Sicht ganz klar: Wir brauchen Interessenausgleich und gegenseitige Rücksichtnahme. Das ist das Entscheidende für das Zusammenleben in den Stadtteilen. Das gilt auch für Kitas und wir brauchen eine Bewegung auf beiden Seiten. Ich bin sehr froh, dass auch in dem von uns angesprochenen Fall der Gesprächsfaden nicht abgerissen ist und dass man dort gemeinsam

(Senator Dietrich Wersich)

darüber redet, wie man aus der Situation herauskommt. Zum Schluss will ich noch einmal sagen: Unsere Stadt ist kinderfreundlich, das wird in 900 Kitas jeden Tag bewiesen. Wir haben steigende Geburtenzahlen, immer mehr entscheiden sich zu Kindern. Was kann es für einen besseren Beleg geben? – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Herr Senator, ich habe trotz des langen Zitats darauf hinzuweisen, dass Sie 210 Prozent der Abgeordnetenredezeit in der Aktuellen Stunde in Anspruch genommen haben. – Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Föcking.

Dr. Friederike Föcking CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gute Karikatur zeigt auch bei den ärgerlichsten Ereignissen noch deren bitter-komische Seite, so im Abendblatt vom Dienstag. Da sitzen sechs Damen und Herren beim Kaffee auf der Terrasse und einer der Herren erklärt: "Also wir haben überhaupt keine Probleme mit unserer Kita." Der Grund: Auf der Straßenseite gegenüber rennen lauter Kinder in einen Schacht. Der führt aber nicht zur U-Bahn, sondern in ihre Kita, eine Kita unter der Erde. Das ist auch eine Möglichkeit, das Lärmschutzproblem zu lösen. Eine solche Lösung wollen und wollten wir in diesem Hause nicht. Ebenso wenig wollen wir, dass Kitas künftig nur noch in Gewerbegebieten oder an Hauptverkehrsstraßen gebaut werden können. Wir brauchen Kitas und Krippen auch dort, wo die Kinder leben, damit sie von ihren Eltern nicht nur mit dem Auto und nicht nur unter großem Zeitaufwand dorthin gebracht werden können und damit auch weiterhin kleinere Träger oder Elterninitiativen nicht den Mut verlieren, weil nur noch Großprojekte mit Lärmschutzwällen umgesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das war auch vor drei Jahren schon Konsens hier, als es um die Kita Marienkäfer ging. Uneinigkeit herrschte seinerzeit – und daran möchte ich noch einmal erinnern – nur darüber, welcher Weg der richtige sei, um künftig Kindertagesstätten besser vor solchen Nachbarschaftsklagen zu schützen. Wir von der CDU entschieden uns damals dafür, das Hamburger Ausführungsgesetz zum Jugendhilfegesetz zu ergänzen. Der neue Paragraph 29 a erklärt ausdrücklich, dass durch kindliches Spielen erzeugter Lärm im Bereich von Kitas und Schulen nicht generell beschränkt werden kann und als – Zitat:

"... selbstverständlicher Ausdruck kindlicher Entfaltung hinzunehmen ..."

– ist.

(Uwe Grund SPD: Das hat aber gar keine Erfolge gehabt!)

Ein wichtiger Grund für unser Vorgehen damals war, dass unser Weg infolge einer unglücklichen Grundgesetzänderung – und das wissen Sie so gut wie ich – bei der Föderalismusreform ein besonders rechtssicherer Weg zu sein schien.

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben gar nicht zugehört!)

Die SPD wollte damals ein eigenes etwas unschön betitelt Hamburgisches Kinderlärmgesetz. Wir befürchteten, dass dadurch falsche Schwerpunkte gesetzt würden, nicht Kitas würden vor klagenden Nachbarn geschützt, sondern Nachbarn vor Kitas, denen rechtlich sehr dehnbare – der Senator hat es gerade noch einmal ausgeführt – Auflagen für ihre Genehmigung gemacht werden sollten.

(Beifall bei der CDU)

Nun hat wieder ein Gericht zugunsten klagender Nachbarn gesprochen. Bemerkenswerterweise erklärt das Gericht selbst, dass – und jetzt setze ich die Zitierung des Urteils doch noch einmal fort, Zitat:

"Eine ortsnahe Versorgung der umgebenden Wohngebiete mit ausreichendem Angebot von Kindergartenplätzen ... dem Allgemeinwohlinteresse ..."

– diene.

(Carola Veit SPD: Ja, und?)

Ansonsten argumentiert das Gericht auf der Grundlage der Baunutzungsverordnung. Den Paragraphen 29 a hat das Gericht offenbar nicht berücksichtigt.

(Dirk Kienscherf SPD: Tja!)

Dabei regelt dieses Gesetz gerade die Versorgung der Stadtteile mit Kitas und wäre insofern möglicherweise einschlägig gewesen.

Nun werde ich mich nicht auf das Glatteis fachjuristischer Erörterung begeben aber gefragt werden darf doch, warum das Gericht diesen Paragraphen nicht einbezogen hat. Vielleicht wird genau das auch das Oberverwaltungsgericht fragen, bei dem das Verfahren jetzt anhängig ist.

(Beifall bei der CDU)

Erst dann werden wir wissen, ob unser Weg von damals über das Jugendhilferecht wirklich der falsche gewesen ist. Wenn ja, dann werden wir die Letzten sein, die gegen eine Nachbesserung sind. Wenn nein, umso besser. Denn eines ist sicher. Wir wollen unsere erfolgreiche Politik für mehr Kita- und besonders Krippenplätze fortsetzen, denn die Nachfrage der Familien steigt immer noch, gerade in Stadtteilen wie Othmarschen.

(Dr. Friederike Föcking)

Noch ein persönliches Wort zum Schluss: Ich selbst wohne neben einer Schule und eins kann ich sagen. Auch wenn am Donnerstag um zwei noch etwas einförmig Schlagzeug geübt wird – für uns und, ich denke, auch die meisten meiner Nachbarn ringsherum gilt zumindest meistens: Kinderlärm ist Zukunftsmusik. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, es gibt Situationen, in denen man bedauert, dass man recht gehabt hat. Wir haben im letzten November in diesem Hause gesagt, das Kinderlärmgesetz der CDU sei nicht praxistauglich. Die aktuelle Entscheidung des Verwaltungsgerichts im Fall Sterni-Park gibt uns recht. Das Verwaltungsgericht geht in seinem Beschluss noch nicht einmal auf Ihr Kinderlärmgesetz ein.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Aber das Oberverwaltungsgericht!)

Das finde ich megapeinlich.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Die CDU hat in der letzten Legislaturperiode nicht den Mut aufgebracht, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Aber Sie hätten wenigstens Konsequenzen aus dem Marienkäfer-Urteil ziehen können. Auch das haben Sie nicht getan. Es lag doch auf der Hand, dass weitere Klagen gegen Kitas folgen werden. Das CDU-Gesetz ist und war pharisäerhaft. Wer Hamburg zur kinderfreundlichsten Stadt machen will, kann das nicht den Gerichten überlassen. Da muss man selber gestalten. Denn es ist kein Zeichen der politischen Verantwortung, wenn Sie da die Finger heraushalten. Die CDU lässt Eltern, Kinder, Erzieher, Anwohner aber auch die Richter mit ihrem Gesetz im Regen stehen. Leider war diese Vorhersage, die wir schon einmal getroffen haben, treffsicherer als Kachelmanns Wetterprognosen.

Das Verwaltungsgericht stellt in seinem Beschluss ausdrücklich fest, dass eine Kita im Wohngebiet zulässig ist. Darum gibt es keinen Grund, auf das Gesetz zu schimpfen. Das hat auch Senator Wersich gesagt. Aber es muss auch gegenseitige Rücksicht genommen werden. Und das wollte die CDU nicht regeln. Hierum hat sich auch Herr Senator Wersich wieder gedrückt. Genau das ist in unserem Gesetzentwurf in extenso geregelt. Oft sind es nämlich nicht die Kinder, die die Nachbarn stören, sondern der Bringverkehr, die quietschende Schaukel oder wie im aktuellen Fall die Holzrampe. Wenn die Kinder auf der Rampe laufen und springen oder Roller fahren, dann macht das natürlich Lärm und man kann den Lärm dämmen, indem

man die Rampe aus anderem Material baut oder mit einem dämmendem Material belegt, ohne dass die Kinder dabei eingeschränkt werden müssten. So würde dem Betrieb der Kita möglicherweise gar nichts im Wege stehen. Unser Gesetz regelt, dass die Behörde vor Erteilung einer Betriebsgenehmigung dafür sorgt, dass lärmmindernd gebaut wird und dass Regeln geschaffen werden, dass man auch mit den Nachbarn im Einklang leben kann. Denn es ist so, dass man auch auf die Interessen der Nachbarn Rücksicht nehmen soll. Aber das will die CDU nicht. Sie redet dann immer davon, dass das alles Bürokratie wäre. Aber in Wirklichkeit geht es doch darum, dass die feine Klientel in ihrer Nachbarschaft keine Kitas haben will und dass sie erfolgreich dagegen klagen kann. Das muss man doch einmal beim Namen nennen. Darum nenne ich Ihr Gesetz auch pharisäerhaft, weil Sie diese Regelungen nicht treffen.

(Lydia Fischer CDU: Das sind doch ihre eigenen Kinder!)

Es ist sehr schade, dass der schwarz-grüne Bezirk hierbei nicht ausreichend berücksichtigt hat, was aus dieser Betriebserteilung folgen kann. Wahrscheinlich hat man sich dort nur mit dem CDU-Gesetz beschäftigt und sich daran orientiert. Denn dieses Gesetz kennt ein gegenseitiges Gebot zur Rücksichtnahme nicht. Die CDU wollte das nicht und die Leidtragenden sind die Kinder. Das Verwaltungsgericht bemängelt übrigens, dass es für die Bewertung von Kinderlärm kein Regelwerk gibt. Alle existierenden Vorschriften, die wir hier auch schon diskutiert haben, wie TA Lärm, Freizeitlärmrichtlinie oder Sportanlagenlärmschutzverordnung seien bestenfalls Orientierungshilfen. Die GAL wollte es damals auch über das Bundesemissionsschutzgesetz machen. Hier hat die Föderalismuskommission andere Wege aufgezeigt.

Kurz: Die CDU hat ihre Schularbeiten nicht gemacht und jetzt muss die grüne Umweltsenatorin nachsitzen. Sie will eine Neuregelung zum Kinderlärm – aber nicht irgendwann, Frau Blömeke, sondern es ist fünf vor zwölf. Wir brauchen eine Regelung, die gerichtsfest ist. Wir brauchen eine rechtliche Regelung, die auch dem Rücksichtnahmegebot Rechnung trägt. Recht muss Frieden schaffen und für eine gute Nachbarschaft sorgen und nicht das Gegenteil. Darum werden wir unseren Gesetzentwurf und unseren Vorschlag noch einmal in die Diskussion einbringen. Denn wir wollen, dass die Kitas im Wohngebiet sind und das in guter Nachbarschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Schaal, weil wir eine Regelung finden wollen, die gerichtsfest ist, genau darum braucht es seine Zeit, die es braucht. Wenn man solche Sachen macht wie Sie mit heißer Nadel, dann kommen natürlich solche Gesetzentwürfe heraus, die nicht tauglich sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD:* Das wissen Sie doch gar nicht!)

Aus diesem Grund wird sicherlich zu angemessener Zeit ein Entwurf der BSU folgen. Was wir gar nicht mehr brauchen, sind diese rückwärts gewandten Diskussionen, wie sie seitens der SPD-Fraktion eingeführt wurden.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Michael Neumann SPD:* War Ihre erste Rede nicht SPD-kritisch genug?)

Wir sind uns alle einig – also diese Seite ist sich einig –, dass der CDU-Entwurf damals nicht das Gelbe vom Ei war. Aber es bringt uns jetzt auch nicht weiter, wenn Sie Ihre gesamte Redezeit damit verbringen, noch einmal darüber zu reden. Hier gilt es, nach vorne zu schauen und das wird geschehen. Wir finden an dieser Stelle auch noch einmal Gelegenheit zu reden, weil wir auch eine parlamentarische Initiative starten. Eins noch, einen letzten Satz: Die feine Klientel will keine Kitas – das war mehr als peinlich. Das hätten Sie sich sparen können, denn Kitas kommen in alle Wohngebiete und sind dort auch gewollt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Artus.

(*Ingo Egloff SPD:* So redet man, wenn man aus den feinen Walddörfern kommt!)

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Die Altlasten der CDU-Regierung von 2004 bis 2008 holen uns nach und nach ein, erst die Lehrschwimmbecken und jetzt dieses Kita-Urteil. Da wurde 2007 ein neuer Paragraph in ein Gesetz eingefügt, der als schlanke Lösung gepriesen wurde, im Sinne von Kitas zu urteilen. Die Oppositionskritik prallte damals an der CDU-Regierung ab. Symbolpolitik war wichtiger. Nun hoffe ich, dass wenigstens in dieser Wahlperiode eine Lösung möglich ist, ohne dass wieder einmal Mehrheiten bestimmen, was falsche Wahrheiten sind.

Lärm macht krank, Lärm stresst und Lärm senkt die Lebensqualität. Diese Gesellschaft wird immer unruhiger, hektischer und lauter. Da ist es schon fast kein Wunder mehr, dass Menschen, die ihre Ruhe haben möchten und es für sich geschafft haben, schlimmen Lärm wie zum Beispiel Verkehrs-

lärm durch Autos oder Flugzeuge auszublenden beziehungsweise zu verdrängen, auf die Barrikaden gehen, wenn eine neue Krachmacherquelle droht, und sei es unschuldiges Gekreische von Kindern. Lärm ist eine der schlimmsten Umweltbelastungen. Ähnlich wie bei einer Allergie reagieren Menschen durch Dauerbelastung dann auf ganz normale selbstverständliche Geräusche wie zum Beispiel Kinderlärm genervt – oder auf die Fraktionsvorsitzenden, die sich dort im Gespräch befinden.

Lärm belastet aber nicht nur Erwachsene – und hier bitte ich noch einmal um einen Blickwechsel –, sondern auch Kinder. Die Forschung hat lange angenommen, dass Kinder weniger lärmempfindlich seien als Erwachsene. Doch diese Erkenntnisse gelten als überholt und falsch. Konzentrationsprobleme, verzögerte Sprachentwicklung und auch soziale Isolation infolge von Verkehrslärm und zu hohen Schallpegeln in Klassenräumen sind erwiesen. Auch viel zu große Kitagruppen bedeuten Stress für Kinder. Aus solchen Kindern werden dann einmal Erwachsene, die ein völlig degeneriertes Verhältnis zu Umweltgeräuschen haben. Menschen, die Kinderlärm nicht mehr ertragen können und sich lieber eine Drei-Meter-Wand wünschen, auf die sie dann starren können, sind Ausdruck einer entsolidarisierten Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier liegt die wirkliche Botschaft dieses Konflikts. Ich bin mir unsicher, ob sich diese Entwicklung durch ein noch so gutes Gesetz aufhalten lässt.

Der Paragraph 29 a des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des VIII. Sozialgesetzbuchs ist aus unserer Sicht nicht rechtssicher. Daher ist es leider notwendig, dass sich diese Bürgerschaft und dieser Senat noch einmal mit dem Thema befassen, um für die Zukunft Streitigkeiten um Kinderlärm zu vermeiden, und damit Richterinnen und Richter eine klarere Grundlage für Entscheidungen geben. DIE LINKE findet es richtig, dass es in Hamburg ein Gesetz gibt, dass die natürlichen Geräusche von Kindern nicht einschränkt, sondern privilegiert. Dennoch müssen wir im Blick haben, dass mit einer neuen gesetzlichen Regelung nur ein Teilproblem gelöst wird. Denn der Lärm in Hamburg ist nachhaltig und nicht nur ohrenbetäubend. Er betäubt alle Sinne. Hier gilt es gegenwärtig und für die Zukunft, alle städteplanerischen Aktivitäten so zu gestalten, dass Menschen durch den daraus entstehenden Lärm nicht noch gereizter und kränker werden und die Entsolidarisierung der Gesellschaft noch weiter vorangetrieben wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Stöver.

Birgit Stöver CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Blömeke sprach es vorhin an: Kinderlärm ist erwünscht. Hamburg ist eine kinderfreundliche Stadt. Der Eindruck, der durch diese beiden Fälle erweckt wird, ist allerdings eher das Gegenteil: Kinderlärm ist unerwünscht. Diese Botschaft wird, wie gesagt, zum wiederholten Male deutlich. 2005 hat die damalige CDU-Sozialsenatorin die Hoffnung geweckt, dass mit der Schließung der Kita Marienkäfer in Wandsbek nur ein Einvernehmen zwischen den streitenden Parteien gefunden wurde und dass es sich bei dieser Entscheidung um eine Einzelfallentscheidung handelt.

(Carola Veit SPD: Die Hoffnung wurde aber nur bei der CDU geweckt!)

Dieses ist leider, wie wir durch den zweiten Fall wissen, ein Trugschluss gewesen. Kinderlärm – dieser Begriff ist heute schon häufig aufgetaucht – ist ein äußerst unschöner Begriff für die Beschreibung fröhlich spielender Kinder. Auch eine Verordnung oder Richtlinie mit "Kinderlärm" zu betiteln, halte ich persönlich für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Fröhlich spielende Kinder lärmern nicht, um mutwillig Nachbarn zu ärgern, sondern sie machen eine ganz natürliche Entwicklung durch. Spielende Kinder sind nicht immer leise, sie waren auch früher nicht leiser. Das ist normal und anerkannt. Dieses drückt auch der in der letzten Legislaturperiode vom CDU-Senat beschlossene Paragraph 29 a, die Ergänzung zum Sozialgesetzbuch in der Kinder- und Jugendhilfe, treffend aus. Ich persönlich halte dieses Gesetz für sehr elegant und schlank, wie es hier schon bezeichnet wurde. Kinder sollen soziale Kompetenzen lernen. Wie sollen sie das aber tun, wenn sie hinter Mauern eingesperrt und isoliert werden? Ein Altonaer Bezirksabgeordneter hat es in der Presse mit dem Beispiel artgerechter Tierhaltung verglichen. Ich möchte aber nicht polemisieren. Der Kollege Müller hat übrigens recht: Hier läuft etwas schief. Hier werden fröhliche Kinder mit störendem Straßenlärm, Gewerbebetrieben und Arbeitsmaschinen verglichen.

Ich möchte in meiner Rede einen etwas anderen Fokus setzen. Was bedeutet eigentlich Lärm? Frau Artus hat dieses auch schon versucht anzusprechen. Das Abendblatt von gestern und auch das Umweltbundesamt liefern eine interessante Hilfestellung. Bis 25 Dezibel gelten Geräusche als leise, zum Beispiel Blätterrascheln. Bis 30 Dezibel ist es das Flüstern oder ein Weckerticken. Ab 55 Dezibel gelten Geräusche als laut. Aber diese Grenzwerte sind so zu verstehen und anzuwenden, dass sie im Mittel und auch über einen Zeitraum von mindestens acht Stunden überschritten sein müssen. Es gelten nicht Spitzenwerte und auch nicht nur kurzfristig auftretende Werte. Weitere Vergleiche sind zum Beispiel Hauptverkehrsstraßen, die

nachts – nicht tagsüber, sondern nachts – mit 60 Dezibel angenommen werden.

(Dirk Kienscherf SPD: Reden Sie doch einmal zur Sache!)

Rasenmäher werden mit 65 Dezibel angenommen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Flugzeuge, bitte!)

Bei der Reventlowstraße ...

(Zurufe)

– Hören Sie mir bitte einmal zu, lassen Sie mich ausreden.

Bei der Reventlowstraße in Othmarschen, an der die Kita liegt, handelt es sich um eine nicht gerade wenig befahrene Straße. Sie führt zur Autobahn, sie ist die Einflugschneise für Flugzeuge und außerdem kommt die Nähe der S-Bahn-Trasse erschwerend hinzu, die Lärmspitzen im Fünf- bis Zehnminutentakt erreicht. Der Grundlärmpegel an der Reventlowstraße kann mit über 60 Dezibel angenommen werden. Der Lärm des Kitabetriebs liegt dann damit im Mittel darunter. Kinderlärm – auch das ist beschrieben – wird mit 50 Dezibel angenommen. Vor allen Dingen findet ein Kitabetrieb nicht immer ausschließlich draußen statt und auch nicht immer in voller Kinderstärke. Wir haben es hier nur mit einer Anzahl von 40 Kindern zu tun und vor allen Dingen habe ich auch recherchiert, dass die Kinder nicht im Alter von drei bis sechs sind, sondern es handelt sich um 40 Kinder bis drei Jahre. Die sind per se nicht ganz so laut.

(Dirk Kienscherf SPD: Das sind die Schlimmsten! – Gegenruf von Klaus-Peter Hesse CDU: Da spricht einer aus Erfahrung!)

Für die politische Arbeit heißt es trotzdem nach diesem zweiten Fall klar, dass die bestehenden Regelungen überprüft werden müssen, um eine effektive Anwendung des Inhalts des Paragraphen 29 a durch die Gerichte zu gewährleisten. Einigkeit – und das finde ich sehr schön – herrscht unter allen Parteien in diesem Haus, dass Kitas wohnortnah und auch in Wohngebieten ohne Schallmauern errichtet werden müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller für maximal noch zwei Minuten.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist in der Tat nicht viel. Ich muss allerdings sagen: Ich habe auch nicht viel zu sagen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei der SPD)

(Stephan Müller)

– Das war ein Eigentor, nicht?

Frau Artus, ich fand Ihre Ansätze größtenteils ganz richtig. Und wenn ich Sie auch richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, der Senat werde sich in der Zukunft mit einem Gesetz auseinandersetzen müssen oder ein Gesetz erstellen müssen, welches all diese Hürden beseitigt, über die die SPD gerne hinwegspringen möchte, als wäre das alles nichts. In ihrer typisch sozialdemokratischen Regulierungswut hätte die SPD alles am liebsten so geregelt, dass wir keine Gerichte mehr bräuchten.

(Zuruf von Dr. Monika Schaal SPD)

Ich habe Sie so richtig verstanden, dass der Senat hier eine Vorlage erarbeiten soll. Insofern gehe ich auch davon aus – weil der von der SPD angekündigte Gesetzentwurf für eine der folgenden Bürgerschaftssitzungen sozusagen die olle Kamelle von gestern ist –, dass Sie dem dann wahrscheinlich auch nicht zustimmen werden. Ich fordere alle Fraktionen in diesem Haus noch einmal auf – und das finde ich bedauerlich, dass insbesondere von Ihnen nur rückwärts gewandt geblickt worden ist:

(Carola Veit SPD: Wir machen einen Vorschlag!)

Schauen Sie mit uns nach vorne, arbeiten Sie konstruktiv mit uns an einem neuen Entwurf.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zu dem Thema sehe ich nicht. Ich habe jetzt noch eine Minute an Redezeit für Abgeordnete zur Verfügung, um gegebenenfalls das vierte Thema aufzurufen. – Das wird nicht gewünscht. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 32 auf: Bericht des Sportausschusses zum Thema Universiade.

[Bericht des Sportausschusses zum Thema: Universiade (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drs 19/896 –]

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Balcke bekommt es.

Jan Balcke SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ist meine Fraktion dem Kollegen Becker dankbar, der anlässlich der vergangenen Sportausschusssitzung dafür gesorgt hat, dass das Thema Universiade heute auf der Tagesordnung steht, indem er die CDU-Kollegen mehr oder weniger davon überzeugte, unserem Antrag zu folgen, nämlich die Thematik in Berichtsform zu protokollieren. Somit haben wir

heute erneut die Gelegenheit, dieses für Hamburg so wichtige Thema in der Bürgerschaft zu diskutieren, und dies, obwohl die allgemeine schwarz-grüne Einschätzung darin bestand, das bis Ende September dieses Jahres ohnehin keine Neuigkeiten im Sinne einer Erhöhung der Chancen für Hamburg als Austragungsort der Universiade 2015 zu erwarten wären.

(Antje Möller GAL: So ist es ja auch!)

– Weit gefehlt.

Dabei geht es nicht in erster Linie um die Universiade als Sportevent oder als ergänzende Glanz- und Glamourveranstaltung, von denen Hamburg in den vergangenen Jahren geradezu inflationär heimgesucht wurde. Nein, es geht um eine Idee – um eine Vision –, die den Begriff "Sportstadt Hamburg" in einer ganz neuen Dimension mit Leben füllt und die im besten Sinne als nachhaltig zu bezeichnen ist. Denn nun hat Hamburg nach der gescheiterten Olympiabewerbung die Gelegenheit, über einen Zeitraum von sechs Jahren eine neue Flamme in der Stadt zu erzeugen, die gemeinsam von Sportlern, Sportfunktionären, Studierenden, Vereinen, Unternehmen, den Schülerinnen und Schülern als die Sportler von morgen und eben auch von der Politik entfacht und getragen werden kann.

(Beifall bei der SPD – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

So ist es nicht verwunderlich, dass gerade die Handelskammer immer wieder auf das Potenzial junger, motivierter internationaler Leistungsträger hingewiesen hat, die als Sportler oder sportbegeisterte angehende Akademiker im Sommer 2015 nach Hamburg kommen und denen sich unsere Stadt als Wissenschafts- und Wirtschaftsmetropole wird präsentieren können – als attraktive, prosperierende und vitale Austragungsstätte der Weltspiele der Studierenden.

Doch wie schon erwähnt: Die Politik muss ihren Beitrag leisten. Wie auch Sportler werden Parteien und Fraktionen stets an ihrer Leistung gemessen. Da klafft dieser Tage zwischen regierender Cappuccino-Koalition, die offensichtlich vor allem auf den Schaum Wert legt, der bekanntermaßen zu 90 Prozent aus heißem Dampf besteht – man spricht auch von heißer Luft – und dem orientierten Handeln der SPD-Fraktion eine große Lücke.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer ist gemeint?)

So erklärt der Senat – dem Bericht ist dies zu entnehmen –, die Bewerbung solle, man höre, mit voller Kraft weiter betrieben werden. Gut so. Lediglich in der Definition, was volle Kraft bedeutet und vor allem welches Handeln sich daraus ableitet, hat die SPD-Fraktion eine eben handlungsorientierte Interpretation vorgenommen und innerhalb weniger Stunden eine Aufstockung der Bundesmittel von

(Jan Balcke)

25 Millionen erreicht, indem der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, ganz konventionell aufgesucht, ihm der Sachverhalt dargelegt und eine Zusage seitens des Bundes erreicht wurde.

(Beifall bei der SPD)

Beifall wird gleich angebracht sein, denn der Hamburger Dank gilt an dieser Stelle den Abgeordneten Neu und Timmermann. Manchmal ist es eben nicht nur Semantik, die jeweiliges politisches Handeln oder deren Definition unterscheidet.

Die CDU-Kollegen hingegen gaben im Ausschuss ganz im Stile einer defensiven Oppositionspartei zu Protokoll, es sei zu hoffen, dass die finanziellen Voraussetzungen für dieses Projekt geschaffen werden könnten; man beachte den Konjunktiv. Außerdem sei die Position der SPD-Fraktion unklar und die GAL-Vertreter verstiegen sich gar zu der Aussage, die SPD würde dieses Thema parteipolitisch ausnutzen.

(Jens Kerstan GAL: Nein, nie!)

– Nein? Es ist eine Frage der Haltung, nämlich die Frage, wie ein derartiges Ereignis, das zweifelsohne noch nicht im Blickpunkt der breiten Öffentlichkeit steht, im besten Sinne verkauft wird – finanziell, konzeptionell und rhetorisch.

Die Zusage von weiteren 25 Millionen Euro ist Antwort genug und bedarf keiner weiteren Kommentierung.

(Beifall bei der SPD)

Es zählt, wie so oft im Sport, schlicht das Ergebnis und dieses Ergebnis ist zum Nutzen Hamburgs. An dieser Stelle fragt sich der geneigte Interessierte

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer ist denn das?)

– ich hoffe Sie –, was denn in der Zwischenzeit passiert ist, nämlich in der Zeit zwischen den angeblich intensiven Gesprächen des Ersten Bürgermeisters mit der Kanzlerin, der Bildungsministerin Schavan und möglicherweise anderen. Wir appellieren an Sie, Herr Bürgermeister, erneut in den Ring zu steigen. Nehmen Sie sich an Herrn Neumann ein Beispiel und lassen Sie nicht nach, Ihre Parteikollegen von der Wichtigkeit der Universiade 2015 zu überzeugen, allerdings mit belastbaren Ergebnissen bitte.

(Beifall bei der SPD)

Wir übernehmen – dies sei an dieser Stelle angemerkt – auch künftig gerne die eigentlichen Aufgaben der Regierung, wenn es denn zum Nutzen Hamburgs ist.

(Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Der war nicht schlecht!)

Doch was können wir in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage vom Juli dieses Jahres lesen: Es würden weitere Gespräche mit der Bundesregierung geführt, die Kontakte seien hergestellt und die Gespräche dauerten noch an. Tatkräftiges Handeln, sich ins Zeug legen, um den Sieg ringen sind für mich Bilder, die sich nicht im Ansatz mit jenen gleichen, die der Senat in Sachen Universiade derzeit an den Tag legt. Die Performance ist schlicht ungenügend.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen auf den bequemen Regierungsbänken! Wir begrüßen es, dass bereits Gutachten in Auftrag gegeben worden sind, die untersuchen sollen, wo denn nun die vielen Aktiven unterzubringen sind. Meines Erachtens wäre die Energie besser eingesetzt gewesen, sich zumindest mit halber Kraft – um im Sprachgebrauch des Senats zu bleiben – für weitere finanzielle Mittel im Bund einzusetzen. Wo haben wir in den letzten Tagen vernommen, dass zum Beispiel auch mit Herrn Kauder Gespräche geführt würden? Zugegeben, es ist alles eine Frage der Prioritätensetzung und ob man Politik als schlichten Verwaltungsakt begreift oder als handlungsorientiertes Anpacken versteht. Die Cappuccino-Koalitionäre wurden im Vorwege der Bewerbungsphase – so muss man diesen derzeitigen Zustand wohl bezeichnen – nimmermüde, an uns zu appellieren, den derzeitigen Bewerbungszustand zu optimieren und für einen Erfolg einzutreten. Nun wiederholen wir den Appell an Sie. Machen Sie endlich konkrete Zusagen zur anteiligen Kostenübernahme Hamburgs; die Zusagen des Bundes stehen.

Der Hamburger Haushalt, so hören wir es dieser Tage, sei das wahre Leben. Da kann ich nur sagen: Ran an die Arbeit, Hausaufgaben machen, Attacke, willkommen im wahren Leben. Der Ball liegt nun in Ihrem Spielfeld. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Erkalp.

David Erkalp CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Balcke, zunächst einmal weise ich Ihre Kritik zurück. In einem gemeinsamen Antrag, der Drucksache 18/6872, stimmten CDU, SPD und GAL für eine Bewerbung zur Ausrichtung der Universiade; das war ein einstimmiger Beschluss.

(Dirk Kienscherf SPD: Na und, aber Sie haben nichts getan!)

Zu keiner Zeit hat sich die CDU von der Universiade verabschiedet, meine Damen und Herren von der SPD. Vielleicht hätten Sie das gern. Sie versuchen, parteipolitisch etwas auszunutzen, was es nicht gibt.

(David Erkalp)

(Dr. Monika Schaal SPD: Ohne Moos nichts los!)

Deshalb auch die Reise nach Berlin zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck. Kurz mit ihm gesprochen, wie man das so hört in den Medien, und er gibt dann auch gleich eine Zusage über 25 Millionen Euro. Da sage ich doch nur: So geht die SPD mit Geld um, ungeprüfte Zusagen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Ich danke Ihnen, Frau Timmermann, und auch Ihnen, Herr Neumann, für den großen Einsatz zugunsten der Universiade in Hamburg. Sie wollten sich sicherlich nicht profilieren und sicherlich auch nicht als Retter der Spiele nach Hamburg zurückkehren. Doch warum haben Sie nicht Monate früher das Gespräch mit Herrn Peter Struck gesucht, zum Beispiel, als Innenminister Schäuble uns über den Zuschuss von nur 25 Millionen Euro informierte? Das Thema Universiade wäre nie infrage gestellt worden und wir wären heute mit Sicherheit viel weiter. Auch die Bewerbung wäre schon längst abgegeben worden, meine Damen und Herren von der SPD.

Nun haben wir eine Zusage von Herrn Struck, der laut "Hamburger Abendblatt" sagte – ich zitiere –:

"Die 25 Millionen Euro habt ihr."

– Zitatende. –

Großartig, wir freuen uns alle, das ist mein Ernst, ich bin auch Hamburger, doch was sollen wir mit dieser Aussage anfangen? Sie ist bis zum heutigen Tage ein Luftschloss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die CDU und auch der Senat können mit Luftschlössern nichts anfangen und ich denke, die Hamburger Bürger auch nicht, denn wir haben eine Verantwortung für diese Stadt, die wir mit bestem Wissen und Gewissen auch erfüllen müssen. Die Aussage von Herrn Peter Struck hat daher zurzeit – ich betone: zurzeit – kein Fundament. Sollte aber Herr Struck einen Antrag über 25 Millionen Euro in die Haushaltsberatungen des Bundestags einbringen und dieser auch positiv beschlossen werden, dann haben auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihren kleinen Beitrag dafür geleistet.

(Michael Neumann SPD: Der Antrag ist eingebracht!)

– Herr Neumann, natürlich. Übrigens geht es auch hier nur mit Zustimmung der CDU, das einmal nebenbei gesagt. Herr Neumann, Ihre Parolen können Sie woanders anbringen.

Es ist auch Ihre Pflicht, etwas für diese Universiade zu tun,

(Ties Rabe SPD: Ja, wir regieren ja!)

der Sie häufiger mal nachgehen könnten. Der Senat garantiert jedenfalls mindestens 50 Millionen Euro aus dem Hamburger Haushalt sowie weitere 25 Millionen Euro vom Bundesinnenministerium; das sind mindestens 75 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Wenn Sie sich im Interesse Hamburgs nun für die restlichen 25 Millionen Euro, also einem Viertel der notwendigen Summe, die wir benötigen, bei Ihren Parteifreunden in Berlin, Herrn Struck zum Beispiel, einsetzen, dann erfüllen Sie lediglich – ich betone: lediglich – die Mindestvoraussetzungen für Ihre Glaubwürdigkeit in diesem Parlament. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss den Wortbeitrag wahrscheinlich in zwei Abschnitte einteilen, in einen, der sich mit dem Thema Universiade beschäftigt und in einen anderen, der sich leider mal wieder mit dem Thema SPD beschäftigen muss.

Das erste Thema ist die Universiade. Die rot-grüne Koalition steht zu der Bewerbung.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Genau, Sie meinen wie in Hamburg-Mitte!)

Das ist nichts Neues, da haben wir gemeinsame Beschlüsse gefasst.

(Zurufe: Schwarz-Grün, nicht Rot-Grün!)

– Habe ich Rot-Grün gesagt? Entschuldigung, ich habe das im Bezirk zehn Jahre lang gemacht und mein Problem ist, dass es wahrscheinlich tief sitzt. Mein weiteres Problem ist, dass ich ernsthaft bis zum letzten Tag rot-grünen Wahlkampf gemacht habe und mich heute nicht mehr so gern daran erinnern möchte.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

– Das ist wirklich so, ich erinnere mich nicht gerne daran, so wie Sie sich jetzt repräsentieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Karl-Heinz Warnholz CDU: Horst, gib' Gas!)

Zurück zum Thema. Die Universiade wird ernsthaft betrieben. Wir haben die Beschlüsse auf der Basis einer fünfzigprozentigen Verteilung der Kosten auf Bund und Hamburg beschlossen, das ist eine lange und alte Geschichte. Der Erste Bürgermeister hat sich – er macht es auch weiter, wie mir berichtet wird – sehr intensiv und seriös hinter den Kulis-

(Horst Becker)

sen darum bemüht, die Weichen dafür zu stellen. Die Vorzüge der Universiade können überhaupt nicht infrage gestellt werden sowie die Bedeutung, die die Veranstaltung haben kann, das Wachstumspotenzial, das wir bekommen können, dass sich sechs Jahre lang der kreative Nachwuchs der Welt für Hamburg und Deutschland interessiert und wir uns als Stadt bei einem großen Sportereignis, das fast so viele Teilnehmer hat wie eine Olympiade, präsentieren können. Das ist ein begeisternder Gedanke, davon müssen wir uns gegenseitig nicht überzeugen. Aber was Sie daraus machen, ist Parteipolitik. Sie versuchen nicht, gemeinsam zu agieren. Denn Einigkeit ist da wichtig, das ist ein wichtiges Zeichen nach innen und nach außen bei so einer Bewerbung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie geben hier den Zampano und sagen, wir sind die größeren Befürworter. Damit schaden Sie im Grunde der Universiade-Bewerbung, denn das ist nach außen das falsche Zeichen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man sieht, wie sich der Kollege Balcke hier als Anhänger des sauberen Sports präsentiert, dann bin ich froh, dass bei ihm heute keine Dopprobe genommen wird.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich gönne Ihnen das ja, aber soviel Luft ist im Ballon nicht drin, den Sie aufgeblasen haben. Sie haben erzählt, Sie seien mal eben zu Herrn Struck nach Berlin gefahren und der Herr Struck habe sich als Ankündigungsweltmeister betätigt und angeblich eine belastbare Mitteilung herausgegeben. Wenn das im Endeffekt so ist, bin ich ganz bei Ihnen, Herr Balcke. Ich gebe dann im Sportausschuss einen aus, ich stoße mit Ihnen darauf an, das ist überhaupt keine Frage. Nur hatte ich zufälligerweise am selben Tag, als das veröffentlicht wurde, einen Telefontermin mit Herrn Dr. Danckert, dem Vorsitzenden des Sportausschusses des Deutschen Bundestags – der gehört Ihrer Partei an –, aber was der sagte, hörte sich ganz anders an. Diese Widersprüchlichkeit innerhalb Ihrer Partei ist doch etwas seltsam. Er sagte, Sie glauben doch wohl nicht, dass wir ohne ernsthafte Prüfung und ohne belastbare Zahlen irgendwelche Beschlüsse fassen. Und angesprochen darauf, was denn die Summe sein könnte, sagte er, wir lassen uns doch niemals auf eine 50-Prozent-Regelung ein. Insofern hört sich das ganz anders an als das, was Sie hier sagen.

(Michael Neumann SPD: Schön, dass das im Protokoll steht! Dann kann Herr Danckert sich zu dem äußern, was Sie eben gesagt haben.)

– Das kann er gerne machen, ich habe das zitiert. Ich sage nichts, was der nette Herr Danckert nicht gesagt hat, das würde gar nicht in meinem Interesse liegen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte diese Veranstaltung gerne in Hamburg sehen.

(Michael Neumann SPD: Sie wirken gar nicht so! Sie wirken eher wie ein schlechter Verlierer!)

– Schlechter Verlierer gegen wen? Ich fühle mich nicht so, ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Neumann, wir haben bei Höffner gesehen, dass Sie gerne in jede Richtung gleichzeitig laufen möchten. Dass das nicht so gut klappt, haben wir auch gesehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Absprache ist, dass die Bewerbungsgesellschaft Hamburgs die Angelegenheit zusammen mit den Unterlagen im Sportausschuss des Bundestags vorstellen wird und dann werden wir sehen, wie es weitergeht. Sie haben hier einen Presse-coup gelandet, der nicht belastbar ist, weil dies nicht einmal mit Ihrem Berliner Koalitionspartner abgestimmt ist.

(Michael Neumann SPD: Das stimmt nicht!)

Diese Art und Weise, wie Sie hier Wildwest-Politik machen, hilft uns nicht weiter.

In jedem Fall wird der Prozess so laufen, dass dort ernsthaft geprüft werden wird. Der Ball wird natürlich nach Hamburg zurückgespielt werden, denn wenn tatsächlich in Berlin eine Summe X beschlossen wird, dann wird Hamburg sehen müssen, ob es in die Restfinanzierung eintritt, und da werden wir noch dicke Bretter zu bohren haben.

(Karin Timmermann SPD: Das ist das eigentliche Problem!)

Ich bin gespannt, ob wir die SPD dann tatsächlich so vollmundig und großmäulig an unserer Seite haben werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balcke, bei allem Respekt für Ihr Engagement, das offensichtlich durch eine Zusage aus Berlin gekrönt wurde, hätte ich es trotzdem in Ihrer Rede gern ein bisschen weniger pathetisch gehabt. Sie wollen eine neue Fackel in Hamburg anzünden, die die Sportstadt

(Dr. Joachim Bischoff)

nach vorne bringt, und berufen sich dabei auf die Handelskammer und andere Wirtschaftsverbände.

Ich werde Ihnen einmal sagen, was beispielsweise der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, Herr Schmidt-Trenz sagt, wenn er immer wieder bei den zur Diskussion stehenden Sportevents den Untergang der Sportstadt Hamburg an die Wand malt. Er hebt vor allem auf den Imageschaden und die Bedeutung der Großveranstaltung für internationale Unternehmen und Touristen ab – wörtliches Zitat –:

"Der Imageschaden ist jedenfalls da"

Sie können alle anderen Äußerungen nachlesen, aber denen, die in dieser Stadt immer wieder das Ende der Sportstadt an die Wand malen, geht es um etwas ganz anderes, wie auch die "Welt am Sonntag" feststellt, wenn sie sagt:

"Spätestens seit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland hat sich herumgesprochen, dass internationale große Sportfeste Zugpferde auch für den Aufschwung sind."

Denen geht es um ihre Ökonomie, denen geht es um eine bestimmte Kultur in dieser Stadt und nicht so sehr um das Sportereignis.

(Zurufe von der CDU)

Wir können immer über Sportereignisse sprechen, das ist wichtig, die Universiade ist die Leistungsebene, die selbst innerhalb des Hamburger Sportbundes umstritten ist. Wir wollen aber darüber reden, wenn dieses Festival stattfindet, ob damit nachhaltig eine Entwicklung und Verbesserung der Sportstadt Hamburg verbunden ist. Herr Balcke, schauen Sie sich bitte den Bericht an, den Sie kommentiert haben, die Drucksache 19/896. Da heißt es:

"Zu den finanziellen Planungen teilten [die Senatsvertreterinnen und -vertreter] mit, es werde mit Kosten in Höhe von 120 bis 160 Millionen Euro gerechnet."

Ich schlage vor, wir einigen uns auf die Debatte über ungefähr 150 Millionen Euro. In der Diskussion haben die Senatsvertreter gesagt, es sei erst einmal eine Schätzgröße. Das kann bei all dem – wir haben gerade aktuelle Beispiele – auch ein bisschen mehr werden. Wir reden also wirklich über eine erhebliche Summe. Im Bericht heißt es weiter, Herr Balcke:

"Die Senatsvertreterinnen und -vertreter teilten mit, die Sportstätten sollten nur temporär hergerichtet und bereitgestellt werden."

Wissen Sie, was das heißt? So haben wir das auch im Ausschuss diskutiert. Wir geben 150 Millionen Euro ohne nachhaltigen Effekt für die Sportstätten in Hamburg aus.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Wollen wir das wirklich in der Situation, in der wir uns befinden? Es mag sein, dass Sie irgendetwas damit verbinden, Sie wollen ja eine Fackel anzünden. Aber für die Mehrheit der Hamburger Sportvereine sprechen Sie nicht,

(Beifall bei der LINKEN)

denn wenn der Hamburger Sportbund dafür votiert, es müsse etwas gemacht werden, damit die Sportstadt Hamburg nachhaltig ihren Ruf behält, dann geht es nicht nur um Sportevents, sondern auch darum – ich zitiere aus dem Positionskatalog des HSB –,

"... in die Substanz und das Rückgrat der Sportstadt, den Vereinssport, zu investieren."

Und das bitte nachhaltig.

Wenn Sie das einmal durchdeklinieren – ich will Ihnen nur die Hauptpunkte nennen –, haben Sie erst einmal im Sportvertrag eine Kürzung, die Ende dieses Jahres ausläuft. Diese Kürzung der Mittel hat die Vereine und Sportstätten ganz hart getroffen.

Dann haben wir hier verschiedentlich über die Katastrophe der Kürzung des Schwimmunterrichts diskutiert und was das an Kompetenzverlust bei den Schülerinnen und Schülern ausmacht. Wir haben über das Drama der Lehrschwimmbecken diskutiert, wir haben darüber diskutiert, dass das einen Verein in Konkurs gerissen hat.

(Olaf Ohlsen CDU: Sie dramatisieren das aber!)

– Sie können sich gleich noch einmal melden.

Wir haben für den Ausschuss Soziales und Gleichstellung ein Ansinnen des HSB und wissen Sie, was darin steht. Wenn Sie Sport machen würden, würden Sie jederzeit aus eigener Anschauung mitbekommen, dass Tausende von Leuten, die gern Sport machen wollen, das nicht mehr können, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Vereinsbeiträge aufzubringen,

(Beifall bei der LINKEN)

weil sie über kein Sozialticket verfügen.

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt kommt wieder die soziale Spaltung! Sie bekommen immer die Kurve!)

Deswegen gibt es einen Antrag des HSB – das ist auch auf der letzten Jahresversammlung diskutiert worden –, was wir machen können, damit sich die Leute, die in einer existenziell schwierigen Lage sind, darüber hinaus nicht auch noch ihre sportliche Aktivität abschwächen müssen. Das gehört nach unserem Verständnis zur Sportstadt dazu.

Diese Beispiele, die wir im Ausschuss oder im Plenum behandelt haben, belegen, dass momentan

(Dr. Joachim Bischoff)

die Sportstadt Hamburg wirklich auf der Kippe steht, nicht wegen dieses Events im Jahre 2015, sondern weil nachhaltig Schäden aufgetreten sind bei den Trägern des Vereinssports und den Sportstätten in dieser Stadt. Wenn wir soviel Geld ausgeben, dann möchten jedenfalls wir von der Fraktion DIE LINKE das so verknüpft sehen, dass nachhaltige Effekte damit verbunden sind. Denken Sie an die Olympiade in München oder sonst etwas. Man kann das machen, man kann Events hierher holen, die nachhaltig eine Verbesserung der Infrastruktur bringen.

Wir stehen voll hinter dem Programm des HSB und das heißt, die Sparmaßnahmen im Sportbereich müssen zurückgenommen werden, die Sportfinanzierung muss insgesamt erhöht werden. Es geht nicht um eine eventbezogene Herrichtung von Wettkampfstätten, sondern um die Absicherung der entgeltfreien Bereitstellung sowie die vorrangige Nutzung von staatlichen Sportstätten durch gemeinnützige Sportvereine und Verbände.

Herr Neumann, wenn Sie noch sprechen sollten, erklären Sie bitte einmal, was Sie mit Ihrer PR-Truppe in Berlin mit diesem Aspekt der Sportstadt Hamburg im Kopf hatten.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Juliane Timmermann.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo ist denn die Fackel?)

Juliane Timmermann SPD:* – Das geht auch ohne.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich einige Punkte von Herrn Bischoff aufnehme und auch noch einmal für meine Fraktion deutlich mache, worum es uns geht, möchte ich zunächst auf die Rede von Herrn Erkalp antworten. Sie haben ganz ähnlich wie auch Herr Becker den einstimmigen Beschluss hervorgehoben. Dazu gehört aber auch, dass man frühzeitig das Zusammenspiel mit der SPD im Vorwege hätte stattfinden lassen müssen. Dieser Hickhack, den wir im Mai/Juni erlebt haben, ist nicht von uns ausgegangen, sondern von Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben uns vorgeworfen, wir wären leichtsinnig und könnten nicht mit Geld umgehen.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo denn konkret?)

Ich möchte nur ein Stichwort nennen, und zwar die Elbphilharmonie. Da zeigt sich, wie Ihr Umgang mit Geld und dem Haushalt ist; darauf freue ich mich auch schon.

(Beifall bei der SPD)

Zum sportlichen Wettkampf gehört auch das Gratulieren, wenn etwas gelingt. In diesem Fall muss man einfach einmal zugestehen, dass es uns gelungen ist, den Fortgang der Bewerbung für die Universiade weiter zu betreiben. Wir haben den Durchbruch geschafft,

(Beifall bei der SPD)

wir haben Verantwortung übernommen, wir haben den erfolgreichen Fortgang der Bewerbung für die Universiade als unsere Aufgabe definiert und die Sommerpause genutzt, Gespräche zu führen. Dies war nicht nur ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, sondern auch mit den Betroffenen Herrn Beyer, dem Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft, dem HSB und vielen anderen. Auch das gehört zu einer solchen Diskussion dazu.

Wir wollen die Universiade und wir wollen Hamburger Medaillengewinner; Herr Bischoff, da komme ich zu Ihnen. Britta Steffen hat es vorgemacht: Zweifache Olympia-Gewinnerin mit Gold beim Schwimmen und hat 2007 bei der Universiade in Bangkok ebenfalls Gold gewonnen. Das ist unsere Vorstellung, wir wollen Hamburger Schülerinnen und Schüler – das sind die, die im Moment zur Schule gehen – auch 2015 hier ehren und dazu gehört ein Konzept. Sie haben dazu gerade Stichworte genannt. Ich kann aus meiner Erfahrung als Sportlehrerin berichten, dass die dritte Sportstunde zwar gefordert und auch festgeschrieben ist, aber bei Weitem noch nicht umgesetzt. Auch das gehört dazu, wenn man an die Universiade denkt und dazu Vorstellungen und Konzepte entwickelt.

Dazu gehört auch die Sanierung der Sportstätten und es ist nicht damit getan, 20 Millionen Euro, wie es bei Ihnen vorgesehen ist, für die Sportbeziehungsweise Fußballplätze auszugeben, denn marode sind vor allem die Sporthallen; auch hier müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dazu gehört auch eine Förderung des Vereins- und Breitensports. Auch dieses muss konzeptionell mitgedacht werden, denn das gegenseitige Ausspielen von Breitensport, Leistungssport und auch sportlichen Großveranstaltungen ist ein großer Fehler; dieses muss gemeinsam gedacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Becker, Sie haben die Einigkeit betont. Einigkeit ist keine Einbahnstraße, sondern geht in beide Richtungen.

Herr Erkalp, ich möchte Sie auch noch einmal ansprechen, vielleicht mögen Sie mir zuhören. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Zustimmung der CDU im Bund nötig sei. Aber genauso ist andersherum auch die Zustimmung der SPD nötig und wir haben im Vorwege vermisst, als es um die Universiade ging, dass Sie uns mit ins Boot neh-

(Juliane Timmermann)

men und wir zusammen dieses Projekt vorantreiben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben ganz richtig darauf hingewiesen, dass die Nachhaltigkeit bezüglich der Sportstätten nicht ganz klar ist. Man muss aber dazu sagen, dass 40 bis 60 Prozent in den jetzigen Messehallen bereits ausgebaut und für eine Olympiabewerbung fit und fertig gemacht worden sind. Auch das ist nachhaltig im ökologischen Sinne und da müsste die GAL insbesondere angesprochen sein, dass dieses ein Konzept ist, das sehr tragend ist und wo die Bewerbungsgesellschaft sich viele Gedanken gemacht hat.

Herr Bischoff, Sie haben gerade noch einmal auf die Bedeutung des Sports hingewiesen. Es ist gar nicht kontrovers, dass die verschiedenen Bereiche zusammengefasst werden müssen. Ich finde es spannend – das ist auch das kreative Potenzial der Universiade –, dass Symposien und Fachkonferenzen damit einhergehen, die in den verschiedenen politischen Fachgebieten mitdenken. Da können wir uns als Stadt Hamburg profilieren, dort kann man ein sportpolitisches Bild gewinnen, das uns nach außen sicherlich gut zu Gesicht steht.

Einen letzten Satz möchte ich mir noch erlauben. Es war vielleicht doch nicht ganz uneigennützig, diese Universiade-Bewerbung so positiv zu begleiten, die Sache in die Hand zu nehmen und zu sagen, wir setzen uns dafür ein. Ich freue mich nämlich, dass 2015 ein sozialdemokratischer Bürgermeister diese eröffnet.

(Beifall bei der SPD und Lachen bei Wolfgang Beuß CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ploog.

Wolfhard Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Timmermann, das war schon in kurzer Zeit das zweite Luftschloss, was Sie aufgebaut haben

(Beifall bei der CDU und der GAL)

mit Ihrem sozialdemokratischen Bürgermeister. Wo soll denn der herkommen bei der Verfassung,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

in der sich Ihre Partei zurzeit – das muss ich einmal sagen – leider befindet.

Kommen wir zur Sache, zu der Sie am allerwenigsten beigetragen haben. Auch über Herrn Balcke bin ich maßlos enttäuscht. Ich dachte, jetzt kommt wirklich das große Ding, aber das, was Sie gemacht haben, kennzeichnet Ihre Sportpolitik seit Beginn der Legislaturperiode, nämlich ein aufgelegtes Schlagen mit den Flügeln und ein Nörgeln an Dingen, die es gar nicht gibt. Unzufriedenheit

zu verbreiten, weil Sie nicht wissen, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das fing mit Ihrer ersten Kleinen Anfrage zur Universiade an, für die es tatsächlich überhaupt keine Begründung gab. Da haben Sie für mich vom Gefühl her – und das trügt mich selten –, angefangen zu zweifeln, ob das überhaupt noch ernsthaft gewollt ist in dieser Stadt.

(Ingo Egloff SPD: Aber die Zweifel haben Sie gesät!)

– Nein, wir haben keine Zweifel gesät, sondern haben das immer wieder bekräftigt und gleich zu Anfang in Gesprächen gesagt, dass es bei der gemeinsamen Beschlussfassung bleibt. Ich freue mich, dass mittlerweile auch die SPD davon nicht abgerückt ist. Es ist jetzt unsere Aufgabe, das gemeinsam zu schaffen.

(Dirk Kienscherf SPD: Dann tun Sie doch auch mal was!)

Dass Sie nun gemeinsam mit Herrn Neumann nach Berlin gefahren sind, war schön und dass Herr Struck sich dafür einsetzt, finde ich ehrenwert. Kollege Erkalp hat es auch gesagt, dass wir uns wirklich darüber freuen –, und wenn er es schafft, ist es gut. Ich will gar nicht darüber berichten, was man hört und was natürlich auch in Berlin besprochen und diskutiert wird. Je diplomatischer und ruhiger wir vorgehen und die Dinge bewegen, desto mehr Erfolg haben wir auch, denn wir müssen nicht nur Herrn Struck oder die Vorsitzenden des Sportausschusses des Deutschen Bundestages oder des Haushaltsausschusses davon überzeugen, sondern wir müssen alle Mitglieder davon überzeugen– denn 25 Millionen Euro lassen sich auch in Berlin nicht so ohne Weiteres irgendwo abzweigen–, dass wir weiterhin auch in Berlin mit voller Überzeugung und kraftvoll darstellen, welche Bedeutung die Universiade in Deutschland und darüber hinaus in Hamburg hat. Die Universiade in Deutschland ist auch von der FISU gewollt und auch wir möchten sie. Deswegen muss es 2015 das Ereignis werden mit all den angenehmen Begleiterscheinungen, die auch in der Ursprungsdrucksache dargestellt sind. Natürlich geht es auch darum, Herr Balcke, dass wir die jungen Menschen, künftige Leistungsträger, hier herholen und für Hamburg begeistern, aber auch unter dem Dach der Sportbegeisterung hier herholen und den Sport als eine große Friedensbewegung begreifen und die FISU animieren, uns die Veranstaltung zu geben. In der Tat ist das eine Veranstaltung mit einer etwas anderen Ausprägung als andere internationale Großveranstaltungen, von denen Sie sich hoffentlich aber auch nicht lossagen. Auch die möchte ich weiterhin in dieser Stadt haben. Aber wir brauchen auch die 10 000 bis 12 000 Studentinnen und Studenten in Hamburg.

(Wolfhard Ploog)

Auf Ihren Beitrag, Herr Dr. Bischoff, will ich nicht sehr eingehen. Mir ist jetzt klar geworden, worin Ihre Sportpolitik besteht. Wie Sie das finanzieren wollen, weiß ich nicht. Sie haben auch noch einmal die Nachhaltigkeit des Konzepts der Universiade bezweifelt, aber das Konzept ist gerade auf Nachhaltigkeit aufgebaut. Insofern muss ich Ihnen deutlich widersprechen.

Um es kurz zu machen: Ihre Unsicherheit, wie gehen wir eigentlich mit dem Thema um, wie gewinnen wir Neuland in der Sportpolitik ...

(Andy Grote SPD: Unsicher ist hier nur einer!)

– Doch, Ihre Fraktion in hohem Maße.

Herr Balcke hat sich geradezu frenetisch gefeiert, weil er erzwingen konnte, dass es einen Bericht über die Anhörung im Sportausschuss gibt. Da gratuliere ich. Welche Riesenleistung. Sie bekommen einen Bericht über das, was wir über die Universiade schon immer gewusst haben. Es gab ja nichts Neues. Ich hoffe, dass es bis Ende September noch etwas Neues gibt. Sie brauchten den Bericht, um das überhaupt diskutieren zu können. Ich hätte es viel besser, intelligenter und viel politischer gefunden, wenn Sie einmal einen eigenen Antrag stellen, dass Ihnen die Möglichkeit gegeben wird, uns zu präsentieren, wie eigentlich Ihr Bild von der Sportstadt Hamburg aussieht. Wo wollen Sie eigentlich hin? Davon habe ich noch nichts gehört.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben angefangen mit den Lehrschwimmbecken. Das war

(Karin Timmermann SPD: Für Sie peinlich, ja!)

für Sie schon der Klatscher ins kalte Wasser und jetzt kommen Sie mit dieser Luftnummer Struck an. Ich fände es gut, wenn wir in die Gemeinsamkeit, die Sie immer beschwören, zurückkehren könnten und gemeinsam an einem Ende des Seils ziehen, um die Universiade nach Hamburg zu bekommen.

(Ingo Egloff SPD: Hoffentlich lassen Sie es nicht los!)

Sie haben sich nach meiner Meinung ein wenig daneben gestellt, aber das hilft in der Diskussion nicht weiter. Ich darf Sie bitten – und da haben Sie auch die Zusage meiner Fraktion und auch des Senats, ich weiß, was der Bürgermeister auf allen Ebenen für diese Universiade tut –, dass wir das so machen, wie es üblich ist, und zwar nicht mit einem Marktgeschrei und per "Hamburger Abendblatt". Das ist eine schöne Nummer für Sie gewesen, aber war bis jetzt eine Luftnummer.

(Ingo Egloff SPD: Das ärgert Sie!)

– Ich ärgere mich überhaupt nicht. Ich bin ja nicht so verrückt danach – das wissen Sie auch –, mit solchen Luftnummern in der Zeitung zu stehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben bis heute nicht einen einzigen Cent in die Kasse gespült. Aber es war möglicherweise ein vernünftiger Anfang und dafür herzlichen Dank. Nun lassen Sie uns gemeinsam weitermachen, dass wir das dann auch so über die Bühne bekommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Balcke.

(Olaf Ohlsen CDU: Der Fackelträger!)

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ploog, das war natürlich auch nichts Neues, das war auch nicht zu erwarten. Aber Sie haben mich da ganz an Ihrer Seite. Wer mich kennt, der weiß, dass ich ein recht fröhlicher Kerl bin, überhaupt nicht sauerböfisch, ganz im Gegensatz zur LINKEN. Da haben Sie uns absolut an Ihrer Seite. Das haben wir auch immer wieder betont, aber wir sind doch nicht dumm, wir fragen nach.

(Wolfhard Ploog CDU: Lassen Sie uns einen Cappuccino trinken!)

– Die Wohlfühl-Cappuccino-Koalition machen Sie ja derzeit. Das ist das Lebensgefühl der Stadt. Die wahren Probleme interessieren Sie eigentlich nicht so sehr, Sie setzen sich lieber auf die Sonnenallee und feiern sich. Das ist im Moment das, was mir deutlich wird.

Es geht selbstverständlich, Herr Ploog, um die Sache und da haben Sie uns als SPD-Fraktion absolut an Ihrer Seite.

(Harald Krüger CDU: Ist das eine Drohung?)

Aber es ist doch völlig klar. Bei einem gemeinsamen Antrag – und wir werden uns natürlich zu gegebener Zeit zu unseren sportpolitischen Vorstellungen für Hamburg äußern –, den Sie gerade beschrieben haben, ist es doch wichtig, dass wir auf dieser Grundlage weiterarbeiten und da ist das Stichwort Arbeit, meine Damen und Herren. Wer hat in den letzten sechs Wochen gearbeitet und sich nicht hingelegt? Das war die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Dass Herr Ploog applaudiert macht deutlich, wie wichtig ihm dieses Thema ist. Das glaube ich auch ernsthaft. Wir hoffen, dass die Gespräche mit der Kanzlerin und der Bundesforschungsministerin und anderen erfolgreich sind für Hamburg. Da war überhaupt keine Ironie in der Stimme.

(Jan Balcke)

Allerdings, meine Damen und Herren – Sie haben sich gerade sportpolitisch ausgelassen –, der absolute Offenbarungseid im Vorwege dieser brillanten Koalition bestand allerdings in dem Inhalt, den der Koalitionsvertrag nach außen darstellte. Wahrscheinlich können die meisten sich gar nicht mehr daran erinnern. Wissen Sie noch, wie viel Zeilen der Sport Grün und Schwarz wert war? Es sind 16 Zeilen gewesen, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Politik, daran werden wir Sie messen. Bei der Universiade haben Sie uns an Ihrer Seite, das ist keine Frage, nur der Punkt, der geht auf unsere Seite. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 48 der heutigen Tagesordnung, dem Antrag der CDU-Fraktion: Evaluierung der Hamburgischen Bauordnung.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Evaluierung der Hamburgischen Bauordnung
– Drs 19/926 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Roock bekommt es.

Hans-Detlef Roock CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der parlamentarischen Beschlussfassung zur neuen Hamburger Bauordnung im Dezember 2005 war ein sehr umfassender und ausführlicher Erörterungsprozess vorausgegangen. Ziel der neuen Bauordnung war es, das Baurecht in Hamburg grundsätzlich zu reformieren. Bauen in unserer Stadt sollte einfacher werden. Hamburg kommt damit im Baurecht der berechtigten Forderung nach Deregulierung, Transparenz, Kundenfreundlichkeit und Beschleunigung nach.

(Beifall bei der CDU)

Da es sich hierbei um sehr hochgesteckte Ziele handelte, war eine intensive und umfangreiche Gesetzgebungsberatung notwendig. Bereits im Vorfeld der Beratungen hatte meine Fraktion mit den betroffenen Interessensverbänden und Kammern Gespräche geführt und über die Novellierung informiert. Sowohl in diesen Gesprächen als auch in den Expertenanhörungen der Ausschüsse war deutlich geworden, dass eine Modernisierung und Vereinfachung des Baurechts dringend geboten war. Darüber hinaus erhielten wir kompetente und zielführende Vorschläge und Anregungen, wie dies am besten umzusetzen sei. Diese intensive und sachgerechte Durchführung der Beratungen und Entscheidungsfindung hatte es somit ermöglicht,

sowohl externe Ratschläge als auch Vorschläge der Opposition in die Novellierung mit einbeziehen zu können. Dies hat die neue Bauordnung zu einer wirklichen Reform werden lassen und ich meine, das haben wir wirklich gut hinbekommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Regelungsumfang wurde um ein Drittel reduziert, die Verfahren für Baugenehmigungen serviceorientierter, bürger- und investorenfreundlicher. Im Übrigen wurde dieses Gesetzeswerk vom Wirtschaftsrat ausgezeichnet, wobei die Prämie einer sozialen Einrichtung in Lurup zugute kam.

Meine Damen und Herren! Natürlich ist auch bei diesem Novellierungsverfahren sowohl der Entwurf als auch die dann verabschiedete neue Bauordnung in einigen Punkten kritisiert worden, ihre Effektivität und Umsetzbarkeit angezweifelt worden. Das bleibt bei keinem Gesetzgebungsverfahren aus und erst recht nicht bei solch einem grundsätzlichen. Es ist uns durchaus bewusst, dass sich das eine oder andere Detail zunächst in der tatsächlichen Anwendung bewähren muss beziehungsweise sich gegebenenfalls als nicht so praktikabel erweist wie gedacht.

Aber um die neuen Verfahren für Baugenehmigungen wirklich bewerten zu können, braucht es eine gewisse Erprobungszeit, eine Übergangszeit, da die Verfahren für alle Beteiligten, sowohl für Bauherren, Investoren als auch für die Genehmigungsbehörde neu sind. Daher wurde von uns in der neuen Bauordnung in Paragraph 83 Absatz 7 ausdrücklich vorgesehen, vom Senat bis Ende dieses Jahres einen Bericht über die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes abzufordern. Dieser wird eine Evaluierung ermöglichen.

Manche haben zum Beispiel im Vorfeld chaotische Zustände und Verunsicherung bei den Bauherren befürchtet. Ohne der Evaluierung vorgreifen zu wollen, ist es dazu nach Aussage der Stadtentwicklungsbehörde keinesfalls gekommen. Auch in der Öffentlichkeit ist dieser Eindruck in keiner Weise entstanden. Fazit: Insofern waren wir doch wirklich gut.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Meine Damen und Herren! Offensichtlich ist, dass sich bei dem neuen Verfahren alle Beteiligten in einem gewissen Lernprozess finden. So sind manche Bauwillige hinsichtlich des genehmigungsfreien beziehungsweise vereinfachten Verfahrens noch unsicher. Darüber hinaus sorgen wohl auch die neuen Regelungen zu den Grenzabständen der Gebäude zu Irritationen und Ärger unter den Nachbarn. Um sich über mögliche Probleme und Mängel ein klares Bild machen zu können, hatten die Beteiligten von August bis November 2007 per Fragebogen Gelegenheit, über ihre Erfahrun-

(Hans-Detlef Roock)

gen mit der neuen Hamburger Bauordnung zu berichten. Deren Auswertung wird durch ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut in den Bericht für die Bürgerschaft einfließen.

Die vorgesehene Evaluierung der Hamburger Bauordnung nach ungefähr zwei Jahren bietet die Gelegenheit, diese noch besser an die sich ändernden Gegebenheiten der wachsenden Stadt anzupassen. Wir sind sicher gut beraten, dies auch wieder unter Einbeziehung von Experten und Erfahrungen Betroffener zu tun. Wir werden sehen, ob das eine oder andere Detail noch zu verbessern sein wird. Die grundsätzliche Zielrichtung – und das sage ich hier ganz deutlich – ist zweifellos richtig.

Meine Damen und Herren! Wir knüpfen mit unserem heutigen Antrag konsequent an das Novellierungsverfahren zur neuen Bauordnung an und im Interesse aller sollten wir dieses zügig vorantreiben. Von daher bitte ich Sie um breite Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Roock, dieser Antrag und die Debattenanmeldung zeigen doch, wie es um den Zustand der CDU-Fraktion und ihrer Bereitschaft steht, sich tatsächlich in Hamburgs Belange einzubringen.

(Harald Krüger CDU: Bestens, bestens!)

Herr Ploog hätte das als Luftnummer bezeichnet, was in Ihrem Antrag steht, denn Sie fordern geradezu das, was wir 2005 schon beschlossen haben, nämlich dass zum 31. Dezember 2008 die Hamburgische Bauordnung evaluiert wird. Da frage ich mich wirklich, ob Sie es nötig haben, den Senat daran zu erinnern, dass er sich an Recht und Gesetz hält. Die Frage steht ja im Raum, wenn man überlegt, was sich leider unter Beteiligung der BSU im Sommer abgespielt hatte. Aber wenn das die Aufarbeitung der Affäre vom Sommer ist, dann muss es vielleicht sein. Ich denke jedenfalls, dass es eigentlich nicht nötig ist, eine hamburgische Behörde, einen hamburgischen Senat daran zu erinnern, sich an das zu halten, was in den Gesetzen steht. Das wird er nämlich tun und ich weiß auch, dass die BSU längst daran arbeitet, die Hamburgische Bauordnung zu evaluieren. Sie wissen es auch, Herr Roock, denn Sie haben sogar die Pressemitteilung von Senator Gedaschko aus dem vergangenen Jahr zitiert, in der steht, dass die Architekten und die Bauherren längst aufgefordert gewesen sind, ihre Bewertungen auch schon im Jahre 2007 abzugeben.

Gleichwohl habe ich den Eindruck, dass Sie eigentlich schon alles wissen. Sie wissen schon, was gut und was schlecht ist. Sie brauchen die Evaluierung gar nicht mehr abzuwarten, Herr Roock. Was denn nun? Wollen Sie die Evaluierung, wollen Sie einen Bericht, wollen Sie, dass wir gemeinsam daran arbeiten,

(Hans-Detlef Roock CDU: Dann müssen Sie mal den Antrag lesen!)

dass wir gemeinsam noch einmal durchgehen, welche Probleme es gibt und möglicherweise verbessern oder wollen Sie nur wieder eine Debatte haben mit irgendeinem belanglosen Thema bestreiten? Das jedenfalls legt diese Forderung nahe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

– Das war dem Thema angemessen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Evaluierung, denn es gab – anders als Sie es dargestellt haben, Herr Roock – nicht nur Friede, Freude, Eierkuchen, sondern es gab auch erhebliche Kritik und Befürchtungen, gerade von den Experten in der Anhörung, die wir sehr intensiv durchgeführt haben. Ich glaube, wir haben dieses Gesetz, die Hamburgische Bauordnung, wie wenige Gesetze der letzten Legislaturperiode, im Vorfeld ernsthaft diskutiert und haben auch viele Verbesserungsvorschläge gemacht.

(Hans-Detlef Roock CDU: Nichts anderes habe ich gesagt!)

Umso trauriger ist es, dass Sie weder die Vorschläge von der SPD noch die von der GAL damals berücksichtigt haben. Ich glaube, einiges wird auch noch auf uns zurückkommen, wenn wir uns tatsächlich mit der Evaluierung befassen werden. Wir sind gespannt, was aus der Baugenehmigung mit Konzentrationswirkung geworden ist, ein durchaus umstrittener Sonderweg, den Hamburg dort gegangen ist. Wir sind vor allen Dingen gespannt, wie die Bauprüfämter damit umgegangen sind. Wie sind die Kollegen dort qualifiziert worden, um neuen, sehr viel vielfältigeren Aufgaben nachzukommen und was heißt das eigentlich für das, was sie bewältigen mussten.

Sie haben die Abstandsflächendiskussion erwähnt. Wir sind gespannt, welche Konsequenzen das in den letzten Jahren gehabt hat und wie es die Bauherren und vor allen Dingen auch die Betroffenen bewerten.

Dann die Denkmalschutzaspekte. Sie haben damals den Denkmalschutzvorbehalt gestrichen, was dazu geführt hat, dass denkmalwürdige Bausubstanz vom Abbruch bedroht war und auch abgerissen wurde. Was heißt das eigentlich? Was müssen wir dort noch tun. Es geht auch um die Frage, die heute auch schon eine Rolle gespielt hat, nämlich was wir eigentlich für die Kinder tun. Was bedeuten die Veränderungen, die Sie für die Ausweisung

(Jan Quast)

von Spielplätzen und Kinderspielflächen bei Wohnungsneubauten in die Bauordnung hineingeschrieben haben? Auch dort höre ich nicht nur Gutes, sondern dass es auch viele negative Effekte gibt, die wir so nicht wollten.

Nicht ganz unwichtig ist natürlich auch die Frage, was die Hamburgische Bauordnung für den Wohnungsneubau in Hamburg heißt. Sie haben damals das Wohnungsbauerleichterungsgesetz einkassiert, mit dem in den Neunzigerjahren über 80 000 Wohnungen in Hamburg schnell und zügig genehmigt wurden, als die Wohnungsnot groß war. Schauen wir uns die Zahlen an. Die Wohnungsbauzahlen werden Jahr für Jahr schlechter. Sie sind im Jahr 2007 wieder 25 Prozent schlechter als im Vorjahr. Ganz im Gegensatz zu dem, was Sie uns immer verkauft haben. Welchen Beitrag hat die Hamburgische Bauordnung möglicherweise nicht mehr geleistet, um Wohnungsbau in Hamburg zu verbessern. Das sind alles Punkte, die wir diskutieren wollen und über die wir uns auseinandersetzen werden. Wir sind auch gespannt, welche Signale die GAL setzen wird, welche Signale Frau Senatorin Hajduk und ihre Mitstreiter setzen werden, wenn es darum geht, die alten Forderungen, die wir zum großen Teil durchaus als berechtigt angesehen haben, die 2005 von ihr abgelehnt worden sind, ins Baurecht einzubringen, um es wirklich zu einem modernen, einer Großstadt wie Hamburg angemessenen Baurecht zu machen. Da sind wir gespannt, was auf uns zukommt.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nun zu etwas ganz anderem. Es wird Sie nicht wundern, dass wir heute dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen werden.

(Ingo Egloff SPD: Das wundert uns überhaupt nicht!)

Es ist eine klare Sache, dass das beschlossen worden ist. Nichtsdestotrotz ist es gut, wenn wir mit möglichst breiten Erkenntnissen aus allen Bereichen in den Diskussionsprozess kommen. Dieses Gesetz war eine einschneidende Maßnahme. Es hat zu großen Veränderungen geführt, die Abstandsflächen sind erwähnt worden. Es mag auch noch andere Spielfelder geben, zum Beispiel der Umgang mit Kinderspielflächen und Freiflächen nach dieser Gesetzesänderung oder die Problematik von Energieschutzfassaden, die über die Grundstücksgrenzen hinausragen. Es gibt da ein paar Themen. Ich denke, es ist konstruktiv, wenn wir die bereits vorhandenen Erkenntnisse, aber auch die aufseiten der Fraktionen und der Verwaltung sammeln und dann alle Beteiligten einbeziehen, um diese Erkenntnisse dann in der Abwägung

im Ausschuss zu diskutieren und zu sehen, wo es vernünftig ist nachzusteuern. Herr Quast, wenn Sie sagen, man muss eine Behörde nicht zu rechtmäßigem Handeln auffordern oder sie daran erinnern, das zu tun, dann glaube ich, dass Sie das bald auch wieder versuchen werden und dann werden wir Sie daran erinnern.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Carola Veit SPD:* Dazu brauchen Sie auch Anträge! Das ist ja echt traurig!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich den Zwischenruf von Herrn Quast richtig verstanden habe, haben wir hier wieder einmal einen der wenigen Fälle, wo alle Fraktionen der Meinung sind, dass wir solch einen Bericht gut gebrauchen können und den mit aller Energie auf den Prüfstand legen werden. Das ist wichtig, das ist völlig unstrittig. Natürlich kann man sagen, wieso das noch einmal eingefordert werden muss, wenn das gesetzlich festgelegt ist. Das kann sicherlich irritieren, aber ich finde das positiv. Wir von der LINKEN stimmen jedenfalls zu und freuen uns darauf, dass wir den nächsten Bericht bekommen. Dann werden wir gucken, an welchen Punkten nachzusteuern ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jan Quast SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer den CDU-Antrag aus der Drucksache 19/926 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 47, Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL: Lernen im Lebenslauf – informelle Kompetenzen für die Vermittlung in Arbeit nutzen.

[Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL: Lernen im Lebenslauf – informelle Kompetenzen für die Vermittlung in Arbeit nutzen – Drs 19/925 –]

Wir haben in der ersten Debatte gelernt, dass Lärm Stress erzeugt und den sollten wir jetzt ein bisschen vermeiden.

Wer wünscht das Wort? – Herr Lemke, bitte.

Dittmar Lemke CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag geht zurück auf ei-

(Dittmar Lemke)

ne Initiative von Frau Dr. Hochheim und ich begründe den Antrag sozusagen stellvertretend.

Wenn Sie sich den Lebenslauf eines Menschen ansehen, dann gibt es dort in der Regel eine Familiengeschichte und eine Darstellung formeller Kompetenzen, die man in Schule, Universität und Ausbildung erworben hat. Man kann diese Kompetenzen meistens anhand irgendwelcher Zertifikate und Zeugnisse nachweisen. Das kann man auch vorlegen, aber jeder Mensch kann viel mehr als das. Kompetenzen werden im Verlauf eines Lebens auf vielfältigem Wege erworben. Einige Beispiele: Das bekannteste Kompetenzfeld ist die Familie und jeder, der in einer Familie zusammenlebt, erwirbt zwangsläufig Kompetenzen.

(Carola Veit SPD: Erzählen Sie doch mal, Herr Lemke!)

– Genau. Kompetenzen über Kinderkrankheiten, Ernährung, Kita-Gutscheine – Frau Veit, Sie haben bestimmt auch schon Erfahrungen mit Kita-Gutscheinen gesammelt –, über Kochen, Aufgaben werden erfüllt als Elternvertreter in Kita oder Schule. Eine Familie ist auch eine Managementaufgabe. Völlig klar, der Schwierigkeitsgrad steigt mit zunehmender Anzahl der Familienmitglieder permanent an.

Weitere Kompetenzen, die man zum Beispiel in einer Familie erwirbt sind Pflege von kranken Familienmitgliedern oder auch nur die Organisation dieser Pflege. Kompetenzen kann man auch bei Sportvereinen erwerben als Trainer, Betreuer, bei der Mieterselbsthilfe oder beim Hobby. Ich könnte diese Liste endlos fortsetzen. So vielfältig wie das Leben ist, so vielfältig sind auch die Kompetenzen, die man erwerben kann. Gerade bei älteren Menschen ist es so, dass die über Qualifikationen informeller Art verfügen, über die es gar keine Zeugnisse gibt. Das erschwert natürlich diesen Menschen den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt. Hier gilt es, an diesem Punkt zu arbeiten. Man muss auch sehen, dass der Arbeitsmarkt selbst manchmal auch die verrücktesten Kompetenzen nachfragt. Ich erinnere mich daran, dass ich vor einiger Zeit von einem Bekannten gefragt worden bin, ob ich jemanden kenne, der sich mit Geflügelzerkleinerungsmaschinen auskennt. Das finde ich schon ziemlich irrsinnig als Kompetenz, aber sogar das wird nachgefragt.

Dieser Antrag hat also das Ziel, diese Kompetenzen, über die es keine Zertifikate gibt, in der Arbeitsvermittlung sichtbar und nutzbar zu machen. Jetzt fragen Sie mich vielleicht, ob man diese Kompetenzen nicht einfach aufschreiben kann. Nein, so einfach geht das nicht. Das erste Problem ist, dass sich die Menschen dieser Kompetenzen meistens gar nicht bewusst sind, was sie eigentlich alles könnten. Das ist eben das Problem.

(Michael Neumann SPD: Sie aber nicht!)

Wenn man das selbst einmal versucht, gelingt es einem nur zu einem kleinen Teil, das aufzuschreiben. Die Wissenschaft hat sich dieser Sache angenommen. Es gibt mehrere Systeme, die Menschen helfen, eigene Kompetenzen aufzuspüren. Eines dieser Systeme ist der Profilpass. Das funktioniert im Prinzip so, dass Lebensbereiche systematisch abgefragt werden. In diese Bereiche wird in einer Art deduktivem Prozess eingedrungen und so findet man systematisch diese Kompetenzen. Das hat übrigens noch einen interessanten Nebeneffekt, wenn man diese Dinge tut. Die Menschen werden sich teilweise erstmals ihrer Kompetenzen bewusst. Sie gewinnen daraus natürlich Selbstbewusstsein. Montessori würde sagen, sich der eigenen Fähigkeiten bewusst werden, ist eine Ermütigung. Das, finde ich, ist in diesem Zusammenhang auch ein sehr gutes Wort.

(Ingo Egloff SPD: Was Sie alles wissen, Herr Lemke!)

– Na ja, irgendwann muss ich es auch einmal anbringen dürfen, Herr Egloff.

Aber zunächst einmal muss diese Bilanzierungsarbeit geleistet werden. Da ist es so, dass diese Bilanzierungsarbeit zum Beispiel bei der Arbeitsverwaltung auch in die Eingliederungsvereinbarung aufgenommen werden kann. Es handelt sich hier also um einen Antrag auf der Schnittstelle Weiterbildung, Arbeitsmarktpolitik.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man diese Bilanzierung durchgeführt hat, dann muss man noch ein technisches Verfahren finden, das anderen ermöglicht, diese mühevoll gewonnenen Informationen wiederzufinden und zu nutzen. Das ist der Inhalt dieses Antrages. Ich bin der Meinung, dass das eine sehr gute Sache ist, die uns sicher gerade im schwierigen Bereich der Vermittlung Langzeitarbeitsloser helfen wird. Ich bitte Sie ausdrücklich alle um Ihre Zustimmung zu diesem sehr sinnvollen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Badde.

Elke Badde SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte es ganz kurz machen und sagen, das haben wir alles schon und wir stimmen zu,

(Beifall und Zurufe von der CDU: Bravo!)

aber ein paar Worte möchte ich doch dazu verlieren. Wir wollten nämlich die Gelegenheit nicht auslassen, die CDU und die GAL zu diesem wunderbaren Antrag und dieser verspäteten Einsicht zu beglückwünschen, dass auch informell erworbene

(Elke Badde)

Kompetenzen von Arbeitsuchenden sichtbar und nutzbar gemacht werden sollen und dass sie auch noch in die Eingliederungsvereinbarung aufgenommen werden sollen.

Mein naives Gemüt ging nämlich wie selbstverständlich davon aus, dass sich Eignung und Befähigung für einen Arbeitsplatz nicht allein nach formalen Abschlüssen und Zertifikaten richtet, denn es ist doch völlig einleuchtend, dass neben der Ausbildung und dem Berufsabschluss auch ein individuelles Profil berücksichtigt werden muss. Auch politisch war dieses stets eine Forderung von uns. Das reicht auch weit in die Vergangenheit zurück und einige Ihrer weiblichen Abgeordneten sind vielleicht von der Frauenbewegung nicht ganz unberührt geblieben. Die hat stets alle Familienqualitäten gefordert. Ich merke, das ist inzwischen auch bei Herrn Lemke angekommen. Auch die Herren der Schöpfung haben sich darin schon eingefunden. Die in der Familie erworbenen Kompetenzen gehören selbstverständlich auch zum persönlichen Profil eines Arbeitsuchenden. Da ist das große Organisationstalent einerseits, Terminplanungen, aber auch die Auseinandersetzungen mit Mathematikaufgaben der Mittel- und Oberstufe dürfen dabei nicht vergessen werden.

Aber jetzt hatte ich wohl zu viel politisches Grundverständnis vorausgesetzt, was nicht weiter schlimm wäre, wenn nicht die Agentur für Arbeit dieses alles schon längst umgesetzt hätte. Also ein Antrag, der wohl ziemlich ins Leere geht. Aber es schadet ja nicht, auch dieses noch einmal zu betonen – das kennen wir auch vom Vorantrag –, denn wir kennen alle die Eingliederungsvereinbarungen, die nach dem SGB II Paragraph 15 getroffen werden. Die Arbeitsagentur bemüht sich auch, dieses immer wieder sehr ausführlich in Arbeitshilfen zu hinterlegen. So darf ich einmal zitieren. Da gibt es eine wunderbare Arbeitshilfe zu dem Paragraphen 15. Dort steht:

"Eine sorgfältige Standortbestimmung des Hilfebedürftigen, die alle Stärken und Schwächen identifiziert und daraus folgende Handlungserfordernisse aufzeigt, ist zwingende Grundlage für eine erfolgreiche Eingliederungsstrategie."

Sie sehen also, dass die Erkenntnisse schon an die Fachleute gedrungen sind und sogar zwingend umgesetzt werden müssen.

Nun können Sie, die Damen und Herren von CDU und GAL, behaupten, das sei alles schnöde Theorie und dass der von Ihnen geleitete Senat dieses doch nun endlich einmal umsetzen soll. Da sind wir natürlich voll bei Ihnen. Wir unterstützen eine differenziertere und konkretere Praxis in der Frage der Beschäftigung und dass die ARGE dieses auch umsetzt. Hier bestehen auch durchaus Verbesserungsmöglichkeiten, weil wir selber merken, dass die konkrete Analyse dieser Fähigkeiten, die Sie in

Ihrem Antrag benennen, oftmals erst von folgenden Einrichtungen, wie die Aktivjob-Vermittlung oder auch Beratungsstellen erfasst werden. Hierin liegt dann auch der Ansatzpunkt für ein gemeinsames Handeln. Wir müssen nicht mehr die Grundlagen für eine individuelle Kompetenzerfassung schaffen, sondern lassen Sie uns gemeinsam den Vollzug verbessern. Als Regierungsparteien sind Sie in erster Verantwortung an dieser Stelle. Ich fordere Sie insofern auf: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, wir werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Badde, das ging jetzt ein bisschen hin und her, angefangen mit dem Bedauern über die verspätete Einsicht, dass sich die Koalition jetzt mit diesem Thema befasst. Ich hätte verstanden, wenn Sie gesagt hätten, Sie bedauern, dass weder die SPD noch die GAL in der letzten Legislatur auf diese Idee gekommen sind. Sie haben gesagt, das hätte schon längst umgesetzt werden können, nur bisher ist es für Hamburg eben nicht umgesetzt. Ob die BA in ihren Richtlinien genau das hat, was wir jetzt für die Vermittler umsetzen wollen, da habe ich noch große Zweifel, denn die Verschiedenheit dieser "Kompetenzbilanzen" oder des "Talentkompasses" auf dem freien Markt ist groß. Die individuelle Erfassung der eigenen Kompetenzen ist bisher eher geeignet für Menschen, die sich frei auf dem Arbeitsmarkt bewegen, die ganz normal Zugang zur Personalabteilung bei einer Firma haben, die eine Anzeige herausgegeben hat. Aber die Menschen, über die wir reden und die wir erreichen wollen, sind diejenigen, die sich eben nicht so frei auf dem Arbeitsmarkt bewegen und deswegen auch eher weniger das Geld dafür haben, diese doch recht teuren "Profilpässe" oder "Talentkompass" zu kaufen. Es geht darum, dass die Vermittler vor Ort in einem systematisierten Verfahren alle informellen Kompetenzen für die Menschen erfassen und dass dann vielleicht aus dieser Diskrepanz, die wir auch in Hamburg zwischen der Zahl der gemeldeten offenen Stellen und der Zahl der Langzeitarbeitslosen haben, endlich zusammenfinden, das heißt die Stellen und die Menschen sich treffen, obwohl vielleicht die jeweiligen individuellen Ausbildungsgänge gar nicht so genau zu der Stelle passen. Die Chance, dass jemand über einen Vermittler in einer Firma landet, obwohl er augenscheinlich aufgrund seiner Berufsausbildung doch nicht so genau dort hinpasst, weil seine informellen Kompetenzen wahrgenommen werden, ist bisher sehr gering und daran wollen wir mit diesem Antrag etwas ändern. Es gibt viele Methoden und natürlich ist es

(Antje Möller)

entscheidend, nicht nur darauf zu gucken, wer als Entwickler dieser Methoden das billigste Angebot macht, sondern vor allem, welches Angebot sich auf die Situation in Hamburg zuschneiden lässt, dass die Vermittler und Vermittlerinnen bei der team.arbeit.hamburg dann auch tatsächlich passgenau die informellen Kompetenzen der Arbeitssuchenden erfassen können und sie damit erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal kann man den Eindruck haben, man wäre eher in einer Comedy als in der Realität angekommen. Weiterbildung stärken, mehr Männer und Frauen zur Weiterbildung motivieren, das Lernen als kontinuierliche Herausforderung, als Chance wahrnehmen, wer möchte da nicht einstimmen in diesen Chor wie Herr Lemke zur Freude schöner Weiterbildungsfunkten. Dazu noch Frau Dr. Schavan als Dirigentin, zwar nicht mit Noten, aber mit einem Empfehlungskatalog. Dann kommt Herr Lemke mit einer Endlosliste und sagt, wir wissen ja nicht alles, was wir können und spricht von Eingliederungsvereinbarungen. Haben Sie schon einmal eine gesehen oder waren Sie schon einmal dabei, als eine geschlossen wurde? Welche Vorstellung haben Sie eigentlich, wie eine Eingliederungsvereinbarung in der ARGE aussieht und wie die verhandelt wird. Sie müsste verhandelt werden, aber sie kommt aus dem Drucker und damit ist es das. Sie sprechen davon, dass die informellen Fähigkeiten herausgefunden werden sollen. Das ist eine ganze Ecke von der Realität entfernt.

Frau Badde sagte, das hätte die Agentur für Arbeit schon lange umgesetzt. Frau Badde, aus meinen Erfahrungen hat sie das noch lange nicht umgesetzt und geht eher so vor, dass sie die sogenannten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nötigst, eine Eingliederungsvereinbarung, die sie noch nicht einmal verstehen, weil sie häufig auch aus Verhältnissen kommen, dass sie der deutschen Sprache nicht ganz so gut mächtig sind, sofort zu unterzeichnen. Da sprechen Sie von informellen Fähigkeiten, die da einfließen sollen. Wo leben Sie denn? Aus welcher Höhle kommen Sie denn?

(Beifall bei der LINKEN und Lachen bei Dora Heyenn DIE LINKE, Jens Kerstan und Antje Möller, beide GAL – Egbert von Frankenberg CDU: Woher kommen Sie denn?)

Frau Möller wird da schon etwas konkreter und spricht vom individuellen Markt. Da hat sie ganz sicher recht. Da gibt es diese Möglichkeiten und ist man sich darüber bewusst, dass wir tatsächlich in-

formelle Fähigkeiten haben. Aber das ist eine andere Schiene und hat natürlich mit Langzeiterwerbslosen – nicht Arbeitslosen, wie immer gesagt wird – wenig zu tun. Das Entscheidende dabei ist, dass man ganz nebenbei erklärt, dass den älteren Erwerbslosen vielfach der Wiedereinstieg in den Ersten Arbeitsmarkt verwehrt bleibt, weil sie in ihren Bewerbungsschreiben und Lebensläufen ihre Kompetenzen nicht darstellen, die sie außerhalb der klassischen Bildungssysteme erworben haben. Das heißt dann, dass die eigentlich schuld sind, dass sie nicht in Arbeit kommen. Ich will Ihnen einmal etwas aus meinem Nähkästchen erzählen. Ich war fünf Jahre langzeiterwerbslos und habe mich, wie üblich, 100 oder 200 Mal beworben. Darum geht es gar nicht. Aber ich sage Ihnen einmal, was mir die Agentur und die ARGE in dieser Zeit nachgewiesen hat. Einen einzigen versicherungspflichtigen Job und wissen Sie wo? In Neumünster.

(Olaf Ohlsen CDU: Und?)

Die haben dann meine Bewerbung als Softwaretester abgelehnt, weil sie mich als überqualifiziert dargestellt haben. So sieht die Realität aus. Werte Antragsteller, wir brauchen keine Erweiterung und weitere Spezialisierung des Profilings und der Kompetenzfindung, sondern auf meine Nachfrage bei meiner Sachbearbeiterin, was denn mein ureigenes Vermittlungshindernis sei, habe ich eine ganz konkrete Antwort bekommen, nämlich mein Alter.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ganz genau!)

Deshalb schlage ich Ihnen einen anderen Antrag vor, denn der vorliegende ist so überflüssig wie ein Kropf. Bei team.arbeit.hamburg ist darauf hinzuwirken, dass ab sofort das Geburtsdatum in Bewerbungen zu schwärzen ist. Das kann man bei dem dritten oder vierten Bewerbungstraining bei der Agentur durchaus einführen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das mit dem Alter ist eine spannende Diskussion, Herr Joithe-von Krosigk, aber auch die kleine Feinheit, auf die Sie uns aufmerksam gemacht haben, nämlich auf den Unterschied zwischen Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit. Ich glaube tatsächlich, dass eine differenzierte Erfassung dieser nicht dokumentierten Kompetenzen dazu führen kann, dass sehr viel differenzierter vermittelt werden kann und dass die Kompetenzen, die man sonst in seinem Leben erwirbt, und nicht das, was wir normalerweise unter Arbeit verstehen, die gegen Lohn bezahlt wird, endlich in das Profil, das erstellt wird, aufgenommen werden.

(Antje Möller)

Wegen des Alters sollten wir einmal eine Debatte zum AGG und zur Umsetzung des AGG führen, ob zum Beispiel nicht vielleicht – ähnlich wie in Großbritannien – das Beilegen einer Fotografie zu einer Bewerbung schon diskriminierend ist. Darüber können wir einmal reden, ob die Notwendigkeit, das Alter anzugeben, nicht unter das AGG fällt. Das ist eine andere Debatte.

Aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es gar nicht so spielerisch gemeint ist, wie es vielleicht klingen könnte. Dieser Pass kann dabei helfen, den Menschen selber einen besseren Überblick über ihre eigenen Fähigkeiten zu geben, denen zu vertrauen, sie auch selbstbewusst gegenüber dem Vermittler darzustellen und nicht immer nur sagen zu müssen, diesen oder jenen Schulabschluss habe ich leider nicht geschafft. Das ist die Idee dieses Antrags.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte den gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/925 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen dann zum Punkt 55 der Tagesordnung, Antrag der SPD-Fraktion: Qualität der Pflege sichern – Keine Haushaltssanierung auf Kosten von Menschen mit Altersdemenz.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Qualität der Pflege sichern – Keine Haushaltssanierung auf Kosten von Menschen mit Altersdemenz

– Drs 19/945 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Kienscherf, bitte.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben heute dieses wichtige Thema angesprochen, weil das ein Thema ist, das letztendlich unser Land und viele Menschen in dieser Stadt bewegt. Sie wissen, dass schon heute 1,1 Millionen Menschen in Deutschland an Demenz leiden und dass sich die Zahl in den nächsten Jahren bis zum Jahre 2030 um rund 50 Prozent erhöhen wird. Sie alle wissen, dass die Menschen, die an Demenz leiden, je nach Schweregrad körperlich, aber auch geistig völlig unselbstständig werden. Sie wissen auch, dass es nicht nur eine wahnsinnige Belastung für die Be-

troffenen selber ist, sondern insbesondere auch für deren Familien, die in diesem Zusammenhang eine große Leistung erbringen und tagtäglich auch in dieser Stadt dafür sorgen, dass die Menschen dann doch noch ein menschenwürdiges Dasein haben. Ich glaube, wir alle sind gut daran gehalten, dass wir diese Leistung einfach einmal würdigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Thema selber ist schon ein älteres Thema. Hamburg hat relativ frühzeitig auf dieses Problem reagiert. 1994 – der eine oder andere war vielleicht schon damals dabei – gab es in Hamburg zum ersten Mal das Modellprogramm zur besonderen Betreuung demenzerkrankter Menschen, weil man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es nicht so ist, dass Familienangehörige diese Menschen bis zum Schluss bei sich pflegen können. Das liegt nicht daran, dass diese Angehörigen das Problem einfach wegschieben wollen, sondern wenn man weiß, mit welchen Lasten eine solche Erkrankung gerade für die Angehörigen verbunden ist, dann wird es klar, dass irgendwann einmal ein Punkt erreicht ist, bei dem man trotz guten Willens zu dem Ergebnis kommt, dass der Mensch in einer stationären Einrichtung besser aufgehoben sei.

Viele Einrichtungen – das wissen wir auch – waren gerade in den Neunzigerjahren nicht darauf eingerichtet und wurden den Anforderungen nicht gerecht. Nicht, weil sie das nicht wollten, sondern weil es an der personellen, an der fachlichen und der räumlichen Ausstattung mangelte. Das trug zu negativen Folgeerscheinungen bei, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die anderen Heimbewohner. So war es gut, dass Hamburg 1994 relativ frühzeitig dieses Modellprogramm durchführte, der Senat im Anschluss 1997 die offizielle Einführung eines Programms beschloss, das ab 1999 eingeführt worden ist, das besondere Dementenprogramm. Ich finde – und da können Sie jetzt wieder aufjohlen –, dass der damalige SPD-Senat damit eine gute Entscheidung getroffen hat, 750 besonders schwer an Demenz Erkrankten eine solche besondere Förderung in den Heimen zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dann diverse Male darüber diskutiert, weil die Zahl von 750 jahrelang konstant geblieben ist, wir aber wussten, dass die Zahl der Demenzerkrankten weiter steigen wird und sie auch weiter angestiegen ist. Wir haben uns gemeinsam mit der GAL dafür eingesetzt, dass dieses Programm oder andere Betreuungsmöglichkeiten intensiviert beziehungsweise ausgebaut werden.

Frau Schnieber-Jastram, aber auch die CDU-Fraktion ist dem leider nicht nachgekommen. So galt die ganze Hoffnung dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz, das in diesem Jahr in Deutschland

(Dirk Kienscherf)

verabschiedet worden ist und mit dem sich die Möglichkeit ergab, auch wenn sich in Hamburg an der Zahl der Plätze im Dementenprogramm nichts ändern würde, dass man zumindest darüber hinaus für die leicht bis mittelschwer erkrankten Menschen eine zusätzliche Betreuungssistenz einrichten könnte, damit es wenigstens in diesem Bereich einen Fortschritt geben würde. Das war eine gute Entscheidung. Auch hier sagen wir, dass Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt die richtige Entscheidung für mehr Qualität in der Pflege getroffen hat.

(Beifall bei der SPD)

Umso aufgeschreckter waren dann die Fachöffentlichkeit beziehungsweise die Betroffenen, als sie am 18. Juli dieses Jahres im "Hamburger Abendblatt" eine Notiz zur Kenntnis nehmen mussten, in der stand, dass sich Senator Wersich aus dem Dementenprogramm verabschieden würde. Das war ein richtiger Schlag. Was dann folgte, war ein wenig verwirrend, aber doch bezeichnend für den Zustand dieser Koalition.

Das "Hamburger Abendblatt" kam mit dieser Notiz. Der Senator war wahrscheinlich sehr aufgeregt und hat dann seine Beamten angetrieben, das richtig zu stellen. Es kam auch eine Meldung seitens der Präsidialabteilung der BSG nach dem Motto: Da ändert sich nichts, wir wollen nicht aus dem Dementenprogramm aussteigen. Da war dann schon mal Ruhe. Der eine oder andere Angehörige, aber auch die Heime haben gesagt, bei den Einrichtungen wird sich nichts ändern. Wenige Stunden später kam die GAL. Frau Blömeke, umtriebig wie wir sie kennen, musste sich auch zu Wort melden und hat, glaube ich, in den ersten zwei Absätzen relativ deutlich und klar gesagt, dass es mit der GAL keine Abschaffung des Hamburger Dementenprogramms geben wird. Das ist erst einmal eine gute Aussage. Doch was ich unten in Ihrer Pressemitteilung wiederfand, hat einen die Sprache verschlagen, weil von den 750 Plätzen, die dieses Programm umfasst, und wofür wir uns in den letzten Jahren eingesetzt haben, dass diese Plätze noch ansteigen, da wird lapidar mitgeteilt, dass zukünftig 250 Plätze nicht mehr existieren werden. Da muss ich doch ganz ehrlich sagen, dass 33 Prozent der Betreuungsplätze wegfallen. Das ist doch eine dramatische Entwicklung und keine Erfolgsmeldung, dass die GAL sich weiterhin dafür einsetzen und garantieren wird, dass es das Dementenprogramm gibt. Das Dementenprogramm als solches wird es sicherlich noch geben, aber die Qualität wird deutlich abnehmen und das ist doch höchst kritikwürdig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Blömeke, Sie schreiben, das sei nur eine Fachdiskussion und auch das ist heutzutage bezeichnend. Ob man nun über Domusprinzip oder über Integrationsprinzip spricht, ist sicherlich für

den einen oder anderen interessant, aber ich weiß nicht, ob das unbedingt ins Plenum gehört. Aber es ist natürlich bei einer solchen komplexen Materie dafür geeignet, dass man das dann auch im Sozialausschuss berät. Wir Sozialdemokraten – jetzt können Sie wieder johlen –

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

haben diesen Antrag eingebracht und gesagt, dass dieses Dementenprogramm fortbestehen soll. Gleichzeitig wollen wir unseren Antrag aber zum Anlass nehmen, dass wir das Ganze im Ausschuss entsprechend diskutieren können. Aber diese Ausschussberatung, Frau Blömeke und Herr von Frankenberg, lehnen Sie ab und das zeigt auch, wie Sie mit diesem Thema umgehen. Sie wollen letztendlich eine Closed-Shop-Veranstaltung und nicht den kritischen Dialog, den man in einem solchen Ausschuss führen kann.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus
DIE LINKE)

Sie sagen in Ihrer Pressemitteilung, dass wahrscheinlich 500 Plätze bestehen bleiben können. Das wird ein bisschen modifiziert, der Senator redet ja immer von Modifizierung, das hört sich auch viel besser an. 33 Prozent, die anderen Plätze werden überführt in dieses Bundesprogramm, was durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz eigentlich möglich ist. Dann würde der Laie doch denken, dass das, was durch das Pflegeerweiterungsgesetz möglich ist, von der Qualität her vergleichbar ist mit dem, was wir jetzt in Hamburg haben. Aber das ist es nicht. Das besondere Dementenprogramm, das wir in Hamburg haben, sieht pro Person eine 40-minütige zusätzliche Betreuung vor. Das ist ein hoher Anspruch an die Fachlichkeit, die wir dort haben. Das wissen Sie auch. Was wir auf der anderen Seite bekommen, sind die Betreuungssistenzen. Das ist eine ganz andere Fachlichkeit und hat nichts mit den räumlichen Voraussetzungen zu tun. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen und das geht zulasten der Patienten beziehungsweise der Demenzerkrankten. Wir wollen das nicht, Frau Blömeke, und das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss es darum gehen, dass wir dieses Programm fortführen, dass wir das eine oder andere – worauf der Senator wahrscheinlich nachher eingehen wird, dass sich finanziell ein bisschen etwas verändert hat – von mir aus modifiziert, aber dass wir im Kern alle sagen, wir wollen, egal, welches Prinzip wir in diesem Programm angewandt haben, 750 Plätze erhalten und wollen das wahrnehmen, was uns der Bundesgesetzgeber ermöglicht hat, nämlich Betreuungssistenzen in Hamburg einführen. Wir wollen keine Aushöhlung der Pflege. Das ist ja keine Erfindung der Sozialdemokraten, wenn Herr Wersich wieder sagt, das sei

(Dirk Kienscherf)

wieder eine Schwarzmalerei von uns, sondern so sehen es letztendlich auch die Diakonie und die Hamburgische Pflegegesellschaft. Eine Aushöhlung der Pflege, eine Aushöhlung der Betreuung von Demenzerkrankten darf es in Hamburg nicht geben. Deswegen sind wir alle gehalten, anlässlich dieses Antrags, aber auch so, im Sozialausschuss für eine fachliche Diskussion zu sorgen. Ich kann Sie nur im Interesse der Betroffenen bitten, verweigern Sie sich dieser Diskussion nicht, überweisen Sie den Antrag in den Sozialausschuss. Dort können wir ausführlich diskutieren und die unterschiedlichen Standpunkte geltend machen. Ich glaube, das ist das Mindeste, was Sie den Menschen und der Öffentlichkeit ermöglichen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf hat am Anfang seiner Rede auf die Bedeutung des Themas hingewiesen und die Belastungen, die in dem Zusammenhang auf die Angehörigen zukommen. Dem können wir uns nur anschließen. Wir erkennen die Belastungen und die Arbeit, die dort geleistet wird, ausdrücklich an. Das möchte ich noch einmal unterstreichen.

Die Debattenanmeldung als solches gibt mir die Gelegenheit noch einmal zu betonen, dass Hamburg insgesamt im Bereich der Pflege sehr gut aufgestellt ist. Ich will nicht verhehlen, dass das auch in den Neunzigerjahren, als Sie noch regiert haben, durchaus so war, dass dort gute Arbeit geleistet worden ist. Es ist ja nicht alles schlecht, was Sie seinerzeit gemacht haben. Sie haben das Thema auch frühzeitig erkannt. Insofern ist Ihren Ausführungen in dem Bereich durchaus zuzustimmen. Die Qualität der Pflege hat auch zu unserer Regierungszeit immer große Priorität gehabt. Deshalb geht da unsere Meinung ein bisschen auseinander. Ich finde, dass dort auch in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet worden ist. Wir müssen uns nicht immer gegenseitig Vorwürfe machen, wo gar keine angemessen sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich will ganz klar betonen, dass das auch in den nächsten Jahren so bleiben wird. Wir werden die hohen Standards halten und weiter ausbauen. Veränderungen wird es sicherlich geben, aber unter dem Strich wird mehr Geld für mehr Menschen ausgegeben. Das ist gar keine Frage. Insofern geht das, was Sie versucht haben darzustellen, ein bisschen an der Problematik vorbei.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass dort steht, dass die Koalitionspartner sich darauf ver-

ständigen, dass das Dementenprogramm inhaltlich bestehen bleibt und die erweiterten Finanzierungsmöglichkeiten für alle bedarfsgerecht genutzt werden sollen. Das ist so vereinbart, das ist die Leitlinie unseres Handelns. Wenn Sie das gelesen hätten, hätten Sie sich Ihren Antrag sparen können.

Wir werden die neuen Möglichkeiten nutzen. Wir wollen die zusätzlichen Mittel den Bedürftigen zugute kommen lassen. Daher ist es nötig gewesen, die Rahmenvereinbarung zu kündigen und das erklärt auch die Neuverhandlungen. Ziele sind: Aufrechterhaltung des fachlichen Standards, insbesondere auch des Personaleinsatzes. Die bisher als Hamburger Zusatzleistungen geleisteten Leistungen werden zukünftig auch unter Beteiligung des Pflegeversicherungsträgers stattfinden. Aber es soll auch so sein, dass Demenzerkrankte außerhalb der stationären Betreuung verstärkt Unterstützung finden und die zusätzlichen Hilfen für die Versicherten da sind.

Einige Worte zu dem Antrag. Wir wollen, dass die Träger die Platzzahlen künftig an der konkreten Nachfrage ausrichten. Das ist uns ganz wichtig. Es ist so, dass wir dann auch kein staatliches Ausbaukonzept brauchen. Ich habe bei Ihrem Antrag einen Punkt als kleine Anmerkung vermisst. Sie haben eigentlich immer eine Evaluation, ein Gutachten oder Ähnliches gefordert. Das stand dieses Mal gar nicht drin. Das hat mich gewundert, aber 2004/2005 ist ein umfangreicher Bericht vorgelegt worden, vielleicht reichte das.

Die Überweisung als solches ist in meinen Augen unnötig, weil die Befassung zurzeit keinen Sinn macht. Wir werden uns mit Sicherheit zu gegebener Zeit, wenn die Verhandlungen weit genug sind, im Sozialausschuss damit auseinandersetzen und wir wollen einer Auseinandersetzung mit Ihnen nicht ausweichen, denn wir sind an Ihrer Meinung und an dem Dialog mit Ihnen interessiert, aber zurzeit ist das etwas verfrüht. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Manches, was in der Vorbemerkung steht und was Sie in Ihrer Rede gesagt haben, ist unzutreffend und mit Halbwahrheiten vermischt. Die Verhandlungen laufen jetzt an. Lassen Sie das erst einmal auf sich beruhen. Sie werden noch frühzeitig genug informiert und können dann, wenn Sie das möchten, mit uns in einen kritischen Dialog eintreten. Ansonsten ist es durchaus erfreulich, dass die Reform der Pflegeversicherung, die ein schwarzes Reformwerk ist und insgesamt – ich habe im Einzelfall vielleicht auch andere Ideen gehabt – eine recht positive Sache ist.

Trotz vielleicht Differenzen im Detail will ich ganz klar sagen, dass in der Sache Einigkeit besteht. Uns allen liegt die Pflege und Betreuung dieser Menschen sehr am Herzen. Ich glaube, dass es wichtig ist, das noch einmal zu betonen. Ansonsten sollten wir gemeinsam die Möglichkeiten, die

(Egbert von Frankenberg)

sich jetzt aus der Änderung der Pflegeversicherung ergeben, für Hamburg nutzen und dann wird es sicherlich auch eine gute Sache werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So sehr viel Einigkeit besteht bei mir nicht. Wenn ich vorhin in der Lärmdebatte zur Besonnenheit aufgerufen habe, dann werde ich immer ein wenig ärgerlich, Herr Kienscherf, wenn Sie reden, weil es einfach nicht so ist, dass wir als Koalition für Verwirrung sorgen. Dass Ihnen das alles unklar ist, kann ja angehen, aber der Einzige, der hier für Verwirrung sorgt, sind Sie mit Ihren öffentlichen Statements und auch mit diesem Antrag

(Beifall bei der GAL und der CDU)

und mit Ihren Ammenmärchen, die wir gleich Stück für Stück einmal durchgehen werden, um Sie zu korrigieren. Herr von Frankenberg hatte das auch schon getan. In einigen Punkten wiederhole ich das vielleicht.

Ich bin Ihnen in einer Hinsicht dankbar, dass Sie das Thema der Pflege immer wieder zur Sprache bringen, denn die Pflege von alten Menschen ist wirklich kein Randthema, sondern gehört in den Mittelpunkt der Politik und das tun wir auch.

Es geht um das Dementenprogramm und wir hatten mehrfach aufgezählt, wie wichtig das ist und dass vor allen Dingen diese Gruppe von Menschen ein erhöhtes Maß an Pflege braucht. Das ist allen klar, die irgendwie einmal mit dementen Menschen zu tun gehabt haben. Das Hamburger Dementenprogramm ist die Antwort auf diese erhöhten Anforderungen. Bislang bietet es mehr als 750 Plätze für diese Menschen, und zwar entweder stationär im sogenannten Wohngruppenprinzip, dem Domus-Prinzip, oder integrativ im Heim.

Hohe fachliche Anforderungen – sie wurden mehrfach genannt – gehören zu diesem Dementenprogramm, und zwar in Bezug auf die Räumlichkeiten, auf die Ausstattung und – das ist ganz wichtig – auf den Personalschlüssel. Wir haben einen Betreuer für acht demente Menschen, das ist annähernd als Luxus zu bezeichnen. Es könnte noch mehr sein, aber wenn wir das mit anderen Bundesländern vergleichen, ist Hamburg auf jeden Fall in der Vorreiterrolle.

(Beifall bei Michael Gwosdz und Antje Möller, beide GAL)

An den Kosten für diese aufwendige Betreuung, die aber notwendig ist, beteiligt sich Hamburg vor allen Dingen bei den Menschen, die sich das nicht

als Selbstzahler leisten können. Das übernimmt dann der Sozialhilfeträger.

Jetzt kommen wir zu Ihrem ersten Ammenmärchen – das haben Sie allerdings inzwischen hoffentlich eingesehen –, nämlich Ihrer Unkerei, wir wollten das Hamburger Dementenprogramm abschaffen. Inzwischen haben Sie selber gemerkt, dass das nicht stimmt. Wir erhalten dieses Dementenprogramm natürlich nicht nur, weil wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, sondern weil es für die dementen Menschen dieser Stadt wirklich ein Gewinn ist.

Veränderungen kommen bei Regierungswechsel und neuen Ideen und Programmen vor; dazu trägt auch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz bei. Deswegen wollen wir das Dementenprogramm fachlich und inhaltlich weiterentwickeln. Wir geben dabei der Betreuung von schwer dementen Menschen, die sich stationär in Wohngruppen befinden, den Vorrang, weil wir glauben, dass hier die Betreuung und die individuellen Bedürfnisse dieser Menschen am besten Berücksichtigung finden. Diese stationäre Betreuung wollen wir weiter ausbauen und nicht an der starren Grenze von 750 festhalten. In der Tat befinden sich jetzt etwa 800 Menschen in diesem Programm und im Zuge der Rahmenverhandlungen wird es keine Platzbegrenzung mehr geben. Es richtet sich nach den individuellen Erfordernissen, das hatte Herr von Frankenberg auch schon gesagt. Das ist das zweite Ammenmärchen, Herr Kienscherf, weil Sie eben hier gesagt haben, es gehe überhaupt nicht voran, 750 Plätze reichten nicht. Deswegen brauchen wir auch Punkt zwei Ihres Antrags nicht mehr. Es tut mir Leid, wenn Sie da nicht mitspielen können, aber die Entwicklung ist nun einmal so, dass es keine Platzbegrenzung mehr in dem Sinne gibt, wie Sie sie beschreiben. Darum ist diese mittelfristige Planung, die Sie anmahnen, nicht mehr nötig.

Dann kommen wir zum dritten Ammenmärchen. Sie schreiben so schön in Ihrem Antrag und setzen wieder so eine kleine Panik in die Welt – das machen Sie immer gerne –, dass die fachlichen Standards und besonders die Qualität des Dementenprogramms im Zuge der Rahmenverhandlungen abgesenkt würden. Auch das, Herr Kienscherf, ist ein Ammenmärchen. Wir haben es eben schon kurz erwähnt, der Personalschlüssel bleibt erhalten und die hohen fachlichen Anforderungen natürlich genauso, denn sonst wäre das Dementenprogramm in der Tat nicht das besondere Hamburger Dementenprogramm.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, den zusätzlichen Geldern, die wir über das Pflegeweiterentwicklungsgesetz bekommen, die es uns ermöglichen, in den Heimen eine bessere Betreuung für alle dementen Menschen hinzukriegen. Das ist ganz positiv, das will ich noch einmal erwähnen, weil es auch für die leicht dementen Menschen ist.

(Christiane Blömeke)

Auch die gibt es, die sind manchmal noch nicht in einer Pflegestufe, aber auch denen steht dieses Geld zur Verfügung.

Einen Wermutstropfen gibt es dabei, ansonsten ist der Gedanke gut, wir reden bei dieser Betreuung in der Tat lediglich über Hilfskräfte. Das sind nicht die fachlich sehr gut ausgebildeten Kräfte des Dementenprogramms. Diese Hilfskräfte, die aber auch als zusätzliche Arbeiter in den Heimen wichtig sind, erhalten eine Qualifizierung von 160 Stunden. Das ist natürlich kein Vergleich zu den Fachkräften im Dementenprogramm. Trotzdem werden wir 200 bis 240 neue Stellen für die Heime haben, in denen demente Menschen leben, und das zusätzlich zu diesem besonderen Hamburger Dementenprogramm. Deswegen ist gerade diese Kombination aus unserem besonderen Hamburger Dementenprogramm und den zusätzlichen Leistungen des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes wirklich eine gute, solide Basis für die Betreuung von dementen Menschen.

Ich kann Ihre Aufregung beim besten Willen zu diesem Zeitpunkt nicht verstehen. Vielleicht haben Sie irgendwann später einmal allen Grund, sich auszulassen – da bin ich ganz bei meinem Kollegen Frankenberg –, dann diskutieren wir darüber auch im Sozialausschuss. Aber solange Sie Anträge stellen, die entweder falsch sind, falsche Behauptungen aufstellen oder etwas fordern, was schon längst geschieht, ist es einfach überflüssige Arbeit, wenn man das an den Ausschuss überweist und darüber debattiert. Solange Sie derartige Anträge stellen, müssen Sie auch damit leben, dass wir sie ablehnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es bleibt nur ein Fazit, Herr Kienscherf und verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion: Ihre Aufregung ist künstlich und hausgemacht. Es geht mit dem Dementenprogramm voran und die Betreuung dementer Menschen steht im Mittelpunkt unserer Pflegepolitik und ist ein wesentlicher Bestandteil davon. Über den werden wir uns noch weiter unterhalten können, aber nicht mit derartigen lapidaren Anträgen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Blömeke hat gerade gesagt, das seien Lapidaranträge. Ich finde es ein bisschen eigenartig, wie das hier hin- und hergeht. Wir haben einen Antrag vorliegen, in dem steht, die Bürgerschaft möge beschließen, den Senat zu ersuchen – man kann das noch einmal zitieren –:

"1. dafür Sorge zu tragen, dass alle zusätzlichen Mittel aus der Bundespflegereform für die Pflege von Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz – sowohl in den stationären Pflegeheimen als auch in der ambulanten Pflege – allein und in vollem Umfang ihrer Pflege zur Verfügung stehen und keinerlei Verrechnungen mit Mitteln für die Pflege Schwer- und Schwerstdementer zum Beispiel aus dem Hamburger Dementenprogramm erfolgen."

Da können Sie doch zustimmen, Frau Blömeke. Sie haben eben gesagt, da gäbe es Einigkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dasselbe habe ich auch von Herrn von Frankenberg gehört, es gäbe eigentlich Einigkeit, aber das sei ein lapidarer Antrag, den brauche man nicht.

Unter Nummer zwei dieses Antrags steht dann, der Senat wird ersucht,

"2. der Bürgerschaft ein verbindliches Konzept zum mittelfristigen Ausbau der Dementenbetreuung bis zum 31. Dezember 2008 vorzulegen."

Was ist denn daran so merkwürdig? Können Sie mir vielleicht erklären, Herr von Frankenberg oder Frau Blömeke, wieso die Forderung, einmal wissen zu wollen, was der Senat beschließt, völlig lapidar ist. Das ist doch wohl mehr oder minder ein Recht der Abgeordneten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zu den Hilfskräften mit den 160 Stunden möchte ich mich jetzt nicht äußern, das ist ein ganz anderes Thema, das wir sicher auch mit der SPD streitbar verhandeln müssen, aber eines ist klar: Dieser Antrag ist notwendig, dieser Antrag ist richtig, wir wollen Aufklärung und deshalb wird die LINKE der Überweisung an den Sozialausschuss zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ein Stück weit dankbar, Herr Kienscherf, wenn Sie das Thema Pflege hier immer wieder anmelden, weil Sie in der Tat ein Thema erwischen, das eines der größten Herausforderungen ist, vor denen wir in Zukunft stehen. Wenn Sie immer Berlin so loben, dann sagen Sie doch auch einmal, dass es uns nach zwölf Jahren zum ersten Mal gelungen ist, die Leistungen der Pflegeversicherung wieder anzuhoben. Eine CDU-geführte Bundesregierung hat etwas geschafft, was sieben Jahre lang unter Rot-Grün nicht mög-

(Senator Dietrich Wersich)

lich war, nämlich bessere Leistungen in der Pflegeversicherung zu realisieren.

(Beifall bei der CDU)

Darauf haben die Menschen lange gewartet, denn zwölf Jahre lang die Leistungen nicht anzupassen, hieß in Wahrheit, dass das Geld aus der Pflegeversicherung immer weniger wert geworden ist. Für den Bereich der Dementenpflege oder zusätzlichen Betreuung werden im stationären Bereich weitere 200 Euro pro Monat zur Verfügung gestellt. Das schafft – darauf ist schon hingewiesen worden – hoffentlich in den hamburgischen Pflegeheimen über 200 neue Arbeitsstellen.

An der Stelle will ich einmal auf einen öffentlich diskutierten Aspekt eingehen. Als die Rede davon war, dass mit diesen Leistungen 10 000 neue Arbeitsstellen geschaffen würden und das vielleicht Stellen seien, von denen langzeitarbeitslose Menschen profitieren könnten, ging ein Aufschrei durchs Land, das könne man doch nicht mit Langzeitarbeitslosen machen. Als Sozialpolitiker hat mich das mega geärgert, denn das stigmatisiert die Langzeitarbeitslosen und zeigt, ihr habt keine Chance und keine gesellschaftliche Anerkennung, wieder einen Job zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Hier entstehen auch im Sozialbereich neue Beschäftigungspotenziale und wenn eine ausgebildete, aber langzeitarbeitslose Pflegekraft jetzt den Wiedereinstieg in diese Jobs bekommt, dann ist das gut und dann kann man das nur begrüßen.

Auf Hamburg bezogen heißt das, für die 200 Euro, die die dementen Menschen bekommen, müssen wir diesen Vertrag kündigen, denn sonst würde die Situation entstehen, dass diese schwerstdementen Menschen von diesem zusätzlichen Geld gar nicht profitieren würden. Das heißt, obwohl wir eine Regelung haben, nach der man 200 Euro bekommt, dürfen diese Menschen dieses Geld nicht einsetzen, um davon ihre Pflege in Pflegeheimen zu bezahlen.

Ehrlich gesagt, Herr Kienscherf, es geht nicht in erster Linie um den Sozialhilfeträger. Die Hälfte dieser dort gepflegten Menschen zahlt den Pflegesatz aus eigener Tasche und 200 Euro mehr von der Pflegeversicherung sind eine Menge Geld für diese alten Menschen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deswegen ist Ihnen das eben schon erklärt worden, Herr Kienscherf. Wenn Sie uns wegen Domus- und Integrationsprinzip kritisieren, dann müssen Sie sich mit diesen Dingen auch auseinandersetzen. Ich erspare Ihnen das jetzt, denn Sie können das nachlesen; Frau Blömeke hat das eben auch sehr treffend erklärt.

Wir haben uns für den Bereich der Pflege im Koalitionsvertrag wirklich viel vorgenommen. Wir fördern Wohngemeinschaften, wir wollen die Heimaufsicht ausbauen, wir wollen mehr Transparenz, weil die Menschen wissen wollen, wie die Qualität der Pflegeheime ist. Wir wollen eine neue gesetzliche Grundlage schaffen und die neuen Herausforderungen gestalten. Das gilt auch für die neuen Leistungen der Pflegeversicherung.

An die Adresse der SPD kann ich nur sagen: Sie sagen, bei der Pflege soll alles so bleiben wie es ist; das ist konservativ, aber nicht gut. Ich bin eher dafür, das Gute zu bewahren und das Neue zu gestalten; das ist unsere Form konservativer Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Sie sind ja ein richtiger Linker!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, das war ein bisschen dürrig und Sie haben an dem vorbeigeredet, um was es eigentlich geht. Frau Blömeke hat es auch gemacht und Herr von Frankenberg hat es wahrscheinlich gar nicht begriffen.

Es geht nämlich um die Frage, inwieweit man die zusätzlichen Mittel nutzt, um ein zusätzliches Angebot in Hamburg zu schaffen, oder ob man die Mittel, die durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz jetzt Richtung Länder fließen, zur Finanzierung seines eigenen Programms nutzt, das heißt, nicht zur Verbesserung der Situation, sondern zur Haushaltskonsolidierung. Da sagen wir ganz deutlich, wir wollen es für die Verbesserung der Situation einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie doch in Ihrem Kündigungsschreiben auch deutlich gemacht. Frau Blömeke, Sie haben es in Ihrer Presseerklärung auch deutlich gemacht, als Sie sagten, das Integrationsmodell, diese Plätze sollen künftig durch die Bundesförderung gefördert werden, und das wundert mich. Sie kennen doch auch, Herr Wersich – Sie stellen das natürlich hier nicht dar –, das Schreiben des Staatssekretärs des Bundesgesundheitsministeriums, der deutlich gemacht hat, dass das, was jetzt einzelne Länder beziehungsweise Kommunen versuchen, die vom Bund bereitgestellten Mittel zur Deckung beziehungsweise zur Zurückziehung aus dem bestehenden Programm zu nutzen, gerade nicht Ziel des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes war. Es geht darum, Neues zu schaffen und nicht Altes anders zu finanzieren, und das ist auch das Ziel unserer Politik.

(Beifall bei der SPD)

(Dirk Kienscherf)

Sie wissen doch, dass zum Beispiel diese 25 Stellen für Betreuungsassistenten völlig fernab von den Pflegesatzverhandlungen laufen, sondern zusätzlich sind. Sie wissen, dass sie von den Pflegekassen bezahlt werden. Warum sagen Sie das hier nicht?

Natürlich können wir über das Thema Domus-Prinzip und Integrationsprinzip sprechen. Gerade in dem Gutachten aus dem Jahre 2004, wo alle im Vorwege gedacht haben, das Integrationsprinzip komme vielleicht ein bisschen schlechter weg, haben die Gutachter ganz deutlich gemacht, dass es sogar Vorteile bietet und insbesondere kleine Träger, die wenig Demenzerkrankte haben, darauf angewiesen sind; die können das nämlich anders gar nicht realisieren. Und Sie sagen dann einfach, wir verabschieden uns von diesem Prinzip, es ist uns egal, dass die Diakonie, die anderen Verbände, die hamburgische Pflegegesellschaft auf eineinhalb Seiten zu Ihrer Äußerung nach dem Motto "es wird alles besser werden" gesagt haben, davon sei überhaupt keine Rede, zurzeit sehe es eher so aus, dass es schlechter würde. Wir wollen als Parlament mit unserem Antrag – Herr Joithe, manchmal sind Sie mir richtig sympathisch, wenn Sie das noch einmal so schön darstellen – eigentlich nur, dass es weiter vorangeht. Von mir aus können Sie sämtliche zusätzlichen Programme machen. Wir wissen auch, dass der sogenannte Deckel durch einen Schiedsspruch aus dem Februar weg ist. Wir wollen aber die Mittel, die vom Bund kommen, zusätzlich eingesetzt haben.

Sie sagen, was wollen Sie eigentlich, wir haben heute zu dem Thema getagt und werden Ende September noch einmal tagen. Wir haben aber als Politiker den Anspruch, mitgestalten zu wollen. Gerade die GAL hat das jahrelang vorangetrieben von wegen Transparenz und alle mitnehmen wollen. Wir möchten gerne, dass wir das Ganze gemeinsam im Ausschuss diskutieren. Sie sagen, warten Sie doch einfach ab, das wird schon irgendwie. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe auch für Rot und Grün gekämpft, aber das war wahrscheinlich eine ganz andere GAL-Fraktion. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte SPD-Fraktion, haben Sie sich jetzt selber Mut zugeklatscht oder wie war das zu verstehen?

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

Ich kann es ein Stück weit nachvollziehen – ich bin auch das erste Mal in der Regierungsfraktion –, dass man als Oppositionspartei – das habe ich 17 Jahre lang gemacht – frustriert ist, wenn man nicht so mitgestalten kann, wie man gerne möchte.

(Ingo Egloff SPD: Hochmut kommt vor dem Fall, Frau Blömeke!)

Aber letztendlich kommt Gestaltung natürlich durch die Regierungsfraktion. Ich finde es wichtig, Ihre Argumente zu hören, aber ich kann nicht begreifen, dass Sie uns mangelnde Transparenz vorwerfen. Herr von Frankenberg, der Senator und ich haben Ihnen deutlich gesagt, was geschehen wird: Umsteuerung, Ausbau, die zusätzlichen Mittel fließen in die Heime für alle dementen Menschen.

(Ingo Egloff SPD: Politik nach Gutsherren-art!)

Sie stellen sich hier wieder hinter das Rednerpult und sagen, wo bleibt denn die Transparenz, wir wissen überhaupt nicht, was los ist, wir wollen beteiligt werden. Entweder haben Sie einen Tunnelblick oder ein Tunnelohr, aber Sie nehmen es nicht wahr.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Wo ist eigentlich Ihr Parlamentsverständnis geblieben?)

Glücklicherweise haben wir zum einen ein Protokoll von dieser Sitzung und zum anderen natürlich die Ausschüsse, wo wir noch einmal in den Dialog treten können, oder rufen Sie uns an, wenn Sie etwas nicht begriffen haben; das ist auch in Ordnung.

(Zurufe von der SPD: Unverschämt!)

Schauen Sie einmal in Ihren eigenen Antrag, den Sie wohl mit verfasst haben. Da arbeiten Sie mit mindestens fünf Unterstellungen, die ich, Herr von Frankenberg und der Senator hier korrigiert haben. Ein Punkt war – ich will jetzt nicht alles wiederholen – die fachlichen Standards, wo Sie schreiben, die Rahmenvereinbarungen werden doch nur gekündigt, um die fachlichen Standards abzusenken. Woher nehmen Sie diese Weisheit? Das ist doch nur die Kienscherfsche Fantasie.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Karin Timmermann SPD: Unmöglich, unerträglich!)

Wenn die Diakonieträger so etwas auch noch vermuten, dann sollten Sie als Politiker eigentlich so gewieft sein, nicht auf jeden Zug aufzuspringen,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Ingo Egloff SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

sondern sich hinzustellen und vielleicht bei uns nachzufragen, bevor Sie das unterstützen.

(Ingo Egloff SPD: Sie sind richtig peinlich!)

(Christiane Blömeke)

Das tun die Träger im Übrigen auch und wir stehen auch im Dialog mit den Trägern.

Alles in allem kann ich Ihnen nur empfehlen: Stellen Sie fundierte Anträge, dann sehen Sie auch – Herr von Frankenberg hatte noch das Zeitargument gebracht –, dass wir Sachen überweisen. Natürlich sollen die Ausschüsse arbeiten, aber arbeiten Sie nicht weiter mit Unterstellungen, sondern verschaffen sich von irgendwoher, ob nun über Kleine Anfragen oder sonst etwas, fundiertes Wissen und dann können wir weiter diskutieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Ist ja klasse, dass Sie das Geschäft der Schwarzen betreiben; das machen Sie schon richtig gut!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/945 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte dem SPD-Antrag aus der Drucksache 19/945 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Punkt 51 der Tagesordnung, Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Stadtgestalt und Klimaschutz.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Stadtgestalt und Klimaschutz – Drs 19/929 (Neufassung) –]

Wird das Wort gewünscht? Herr Becker, bitte.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, der Saal braucht eine Pause. Deswegen warte ich ein bisschen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Becker, lassen Sie mich Sie ein wenig unterstützen. Meine Damen und Herren! Die Geräuschkulisse ist zu groß und zu intensiv. Ich darf Sie bitten, die notwendigen Gespräche außerhalb des Plenums fortzusetzen, damit sich der jeweilige Redner auch verständlich machen kann. – Vielen Dank.

Herr Becker, Sie haben das Wort.

Horst Becker (fortfahrend): Vielleicht ist das Thema auch nicht für alle so interessant. Für mich ist es nicht nur deshalb interessant, weil ich mich da-

mit beschäftigen muss. Es geht im Grundsatz erst einmal darum, dass ein Prozess in der Stadt angefangen hat, der sehr stark zu sehen ist, die energetische Sanierung von Fassaden. Im Prinzip ist es für die Wohnungsgesellschaften schon seit Jahren ein dauerndes Geschäft.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt machen es auch verstärkt private und kleinere Eigentümer. Wir sehen, dass sich über Nacht das Stadtbild verändert. Auch wenn gesagt wird, in vielen Vierteln mit grauen Betonfassaden merken wir überhaupt nicht, dass die ein bisschen anders aussehen, hat aber in der Stadt eine Debatte angefangen, die vielleicht einigen als Backsteindebatte bekannt geworden ist. In erster Linie haben sich Fachkreise gesorgt, ob es möglicherweise unter den erkannten Denkmälern und schützenswerten Ensembles in dieser Stadt noch weitere Straßenzüge gäbe, die von ihrem äußeren Erscheinungsbild her so wichtig seien, dass sie geschützt werden müssten.

Das war der Anstoß für den Antrag und mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass es mit den Bezirken, mit dem Denkmalschutzamt und mit den beteiligten Experten eine Debatte darüber gibt, ob es solche weiteren schützenswerten Bestände gibt. Es ist wichtig, dass wir als Stadt reagieren und uns das nicht in ein paar Jahren auf die Füße fällt, weil ganz viele Leute kommen und sagen, unsere Quartiere haben sich völlig verändert, unsere Stadt ist so hässlich geworden und ihr habt einfach zugucken. Wir sind der Meinung, so kann man damit nicht umgehen. Wir dürfen nicht nur reagieren, sondern müssen agieren, und zwar dadurch, dass wir auf mehreren Ebenen einen Prozess organisieren, um eine breite Diskussion über schützenswerte Bestände hervorzurufen.

Weiterhin sollten Beratungen und Konzepte angeboten werden, wie man mit schützenswerten Fassaden umgeht, denn es ist letztendlich nicht so, dass man sagt, wir haben hier eine schöne Jugendstilfassade und können nichts daran machen, sondern es gibt auch Möglichkeiten, ohne das Stadtbild zu entstellen oder auf unerwünschte Weise zu verändern, an solchen Fassaden Verbesserungen zu erreichen.

Der Antrag soll letztendlich den Ausschlag geben, um in einen solchen Prozess hineinzukommen, und dafür bitten wir um Zustimmung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Die Abgeordnete Westinner hat das Wort.

Monika Westinner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kein anderes Thema beherrscht derzeit weltweit die gesamtgesellschaftli-

(Monika Westinner)

che Diskussion so sehr wie die vielfältigen Fragen des Klimawandels und des Klimaschutzes. Die Zukunft der Erde hängt davon ab, dass es der Weltstaatengemeinschaft gelingt, den Klimawandel zu verlangsamen und die eigene Entwicklung nachhaltig umweltverträglich zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Der Anspruch Hamburgs unter unserem Bürgermeister Ole von Beust war und ist es, an vorderster Stelle bei der Verwirklichung dieser Ziele mitzuwirken. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte die CDU ein Handlungskonzept zum Klimaschutz vorgelegt, das nahezu alle Lebensbereiche umfasst. Im Koalitionsvertrag haben wir uns ein verbindliches Ziel im Klimaschutz gesetzt. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduziert werden.

(Dora Heyenn **DIE LINKE**: Und wie?)

Eines der wesentlichen Instrumente zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ist die Verbesserung der Energiebilanz von Gebäuden. Betroffen sind Wohngebäude, gewerbliche und Verwaltungsgebäude, hier insbesondere die Schulen; das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass immer mehr Backsteinfassaden Hamburgs hinter dicken Dämmplatten aus Kunststoff verschwinden. Noch heute prägt der Backsteinstil der Architektur Fritz Schumachers als Oberbaudirektor in Hamburg und Gustav Oelsners als Bausenator in Altona entscheidend das Stadtbild Hamburgs. Das ist ein wertvolles, kulturelles Erbe, das es zu erhalten gilt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die Hamburger Politik ist gefragt, eine vernünftige Lösung zu finden, einerseits die Stadtgestalt nicht einer beliebigen Charakterlosigkeit preiszugeben und andererseits die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen, ohne dabei die wirtschaftliche Umsetzbarkeit außer Acht zu lassen. Der Dialog der Fachwelt hat bereits begonnen, die komplette Ständesvertretung hamburgischer Bauplaner schlägt Alarm und der Oberbaudirektor ist sensibilisiert.

Am 1. Juli 2008 ist eines der wichtigsten Elemente des Klimaschutzkonzepts in Kraft getreten. Als erstes Bundesland führt Hamburg mit der Klimaschutzverordnung energetische Standards für Baumaßnahmen flächendeckend ein. Was wir jetzt vordringlich brauchen, sind unterstützende Regelungen für Fördergelder, die auf den Erhalt der Fassaden zielen. Fassadendämmung ist allerdings nur eine Lösung für Wärmedämmung. Zusätzlich lassen sich mit neuer Haustechnik, Dämmung von Kellern und Dächern sowie neuen Fenstern Neubaustandards erreichen.

Neben der Förderung privater Investitionen bedarf es zur Erreichung dieser Ziele der intensiven Bewusstseinsbildung und Beratung der Bevölkerung. Klimaschutz muss auch als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe begriffen werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Wir brauchen eine breite Diskussion und fachliche Information auch für private Hausbesitzer. Ebenso müssen wir aufpassen, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, aktiv etwas für den Klimaschutz zu tun, nicht kippt wegen der Bedenken über die Verschandelung von Gebäuden und teuren Maßnahmen zum Klimaschutz. Aufklärung ist hier sehr wichtig und eine positive Werbung für diese Sache. Auch beim Klimaschutz geht es um Neuorientierung und Innovationen, die neue, unkonventionelle Denkansätze und Problemlösungen beinhalten. Dies erfordert einen Aufbruch, der von allen mitgetragen werden muss.

Wir unterstützen daher den Antrag der GAL ausdrücklich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Grote.

Andy Grote SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einen gewissen Realitätssinn muss man Ihnen bescheinigen, da Sie dieses Thema adressieren. Es ist in der Tat ein wichtiges Thema, denn hier drohen zwei Ziele, die beide eine große Bedeutung haben, miteinander in Konflikt zu geraten, der Klimaschutz und die historisch gewachsene Stadtgestalt. Es wird Sie sicher nicht wundern, dass eine Initiative zum Erhalt des roten Hamburgs grundsätzlich unsere Unterstützung findet.

(Beifall bei *Britta Ernst* und *Dr. Monika Schaal*, beide SPD)

Allerdings ist es ein schleichender Prozess, der natürlich auch schon in vollem Gange ist. Die Formulierung im Antrag könnte es doch etwas verharmlosen. In Wahrheit haben wir das natürlich in vielen Bereichen schon und man muss sich fragen, ob wir an der einen oder anderen Stelle überhaupt noch den Verlust von Backsteinfassaden verhindern können. Wir sprechen hier über das Gesicht ganzer Stadtteile und ganzer Quartiere wie der Jarrestadt, Dulsberg, der Veddel und auch weiten Teilen von Rothenburgsort, Hamm, Horn und anderer. Es sind nicht nur die Fachkreise, die sich dafür interessieren, sondern auch die Menschen, die dort leben und für die das ein Stück gewachsene Identität ist.

Wir sprechen – das ist auch schon angeklungen – über ein prägendes Merkmal der Hamburger Baukultur. Es ist richtig, dass die Handschrift von

(Andy Grote)

Fritz Schumacher, Gustav Oelsner und anderen hier noch zu sehen ist und dass das genau dieses architektonische Erbe ist, das Hamburg von anderen Städten unterscheidet, seine Unverwechselbarkeit ausmacht und auch die Identität der Quartiere prägt. Diese Prägung verdient unseren Schutz und sie darf bei aller zugestandenen Wichtigkeit energetischer Sanierung nicht hinter gesichts- und geschichtslosen Wärmedämmfassaden verschwinden.

Wie soll dieser Schutz nun aussehen? Es ist richtig, was gesagt wurde und was im Antrag steht, dass es um Verbreitung von Know-how geht. Es ist auch richtig, dass es um Fördermöglichkeiten geht, die seitens der WK geprüft und eingeführt werden müssen. Allerdings wird dies und anderes nicht reichen, denn weder Know-how noch Geld werden in vielen Fällen in Anspruch genommen werden, wenn ein Bauherr überhaupt keine Veranlassung dazu hat. Es ist eben so, dass das baurechtliche Instrumentarium bisher in den allermeisten Fällen keinerlei Handhabe bietet, einen Bauherrn überhaupt von der Beseitigung der alten Fassaden abzuhalten. Insofern greift der Antrag auch ein bisschen zu kurz. Wir müssen auch über eine Veränderung der bisherigen rechtlichen Instrumente nachdenken. Dazu gehört auch eine Anpassung der Hamburgischen Bauordnung. Sind die Genehmigungstatbestände dort ausreichend definiert, sind auf der anderen Seite Instrumente wie Sanierungssatzung, Erhaltungssatzung, Milieuschutzgebiete und so weiter in ihrer jetzigen Gestalt einsetzbar für das Ziel des Erhalts der Backsteinfassaden? Dieses Instrumentarium ist auch notwendig, damit in den bezirklichen Bauausschüssen die kommunalpolitischen Gremien überhaupt in der Lage sind, sich im Einzelfall mit diesen Fällen zu beschäftigen und auch im Einzelfall zu prüfen und einzuschreiten. Bisher gibt es dafür vielfach keine rechtliche Handhabe.

Insofern wundert es mich dann schon, wenn ich mir den Antrag anschau. In der Antragsbegründung ist das Ziel, die Hamburgische Bauordnung auf Anpassungen hin zu überprüfen, durchaus enthalten. Nur ist irgendwie auf dem Weg zum Petition der Mut dazu verloren gegangen. Da findet es sich nicht wieder und das ist schade, denn da gehört es hinein. Wir müssen auch diese Dinge überprüfen.

Der Antrag greift auch in manch anderer Hinsicht ein bisschen zu kurz, er stellt zu stark ab auf einzelne Gebäude, wo Sie sagen, man müsste vielleicht den Kreis der schutzwürdigen Gebäude ein bisschen erweitern. Tatsächlich ist es so, dass wir Gebiete in den Blick nehmen müssen. Viele Einzelgebäude sind für sich nicht schutzwürdig, aber wenn man sie im Zusammenhang sieht und sie in einem geschlossenen Backsteinquartier stehen, dann ergibt sich daraus natürlich schon eine

Schutzwürdigkeit. Insofern darf man nicht zu selektiv vorgehen.

Ich habe auch den Eindruck, dass der Antrag etwas unausgewogen ist dahingehend, dass die richtigen und wichtigen Klimaschutzziele benannt sind aber eben auch sehr im Detail beschrieben werden. Zur Frage des Erhalts der Backsteinfassaden ist die Rede vom gewohnten und geschätzten Bild und davon, dass die Experten sich Sorgen machen. Da muss ich sagen: Es geht schon um ein bisschen mehr. Es geht um das historisch gewachsene Stadtbild, es geht um ein Stück hamburgische Unverwechselbarkeit und um ein Stück hamburgische Identität, die es hier zu schützen gilt.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, insofern kann dieser Antrag, den wir ansonsten unterstützen werden, natürlich nur ein erster Schritt sein. Im Ergebnis brauchen wir zeitnah ein deutlich entschlosseneres Handeln. Ich hoffe, dass Sie zu diesem zweiten Schritt dann ebenso bereit sind. Wir sind es und wir sind gespannt, was von Ihnen noch kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güçlü: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mit Interesse gesehen, dass das Thema Klimaschutz hier mit Gedanken und Sorgen um das Stadtbild verbunden wird. Wir möchten auch nicht, dass die Schumacher-Bauten so wärmedämmend werden, dass man sie architektonisch verschandelt. Wir diskutieren in dieser Periode zum ersten Mal über das Thema Klimaschutz. Darauf möchte ich in diesem Zusammenhang auch meinen Schwerpunkt legen. Im Vorspann zu Ihrem Antrag haben Sie deutlich gemacht, welche Dramatik der Klimawandel hat. In den Maßnahmen, die wir dann unter 1 bis 7 finden, kann ich eigentlich nur das Prinzip Hoffnung wiederfinden. Es ist alles Zukunftsmusik. Ich habe so wieso in dieser Bürgerschaft manchmal das Gefühl, ich bin in einem philosophischen Proseminar für Zukunftsfragen, weil immer alles geprüft wird, sich alles in der Zukunft abspielt und eventuell behandelt wird.

Klimaschutz heißt Umkehr, Klimaschutz heißt Abschied von lieb gewonnenen Gewohnheiten, Bequemlichkeiten und Profitinteressen. Was in diesem Antrag viel zu kurz kommt: Klimaschutz kostet auch Geld. An den Kosten muss sich die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligen, insbesondere deshalb, weil der Bürgermeister die Losung ausgegeben hat, dass Hamburg die Klimahauptstadt in Deutschland sein soll.

(Dora Heyenn)

In den Anträgen finde ich keine einzige Zahl, nur Absichtserklärungen, Planungen und Kartierungen, was alles sehr viel Zeit kostet. Das ist das Einzige, was wir im Zusammenhang mit Klimaschutz nicht haben. Wir haben keine Zeit. Ehrgeizige Ziele, wie die, die eben genannt wurden, dass wir bis zum Jahre 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent unter den Wert von 1990 senken wollen, erfordern eines, nämlich sofortiges Handeln. Davon sehe ich überhaupt nichts bei dieser Regierung. Im Gegenteil: Anfang August hat die Umweltbehörde die Fördergelder für Solaranlagen und Heizungssanierung drastisch gekürzt. Im Energieausweis, auf den eben hingewiesen wurde und den die CDU nach der klimapolitischen Erleuchtung des Bürgermeisters durch den Al Gore-Film angeschoben hat, sind nur Modernisierungsempfehlungen enthalten. Verpflichtend ist beim Klimaschutz in Hamburg gar nichts. Selbst die GAL hat in der letzten Legislaturperiode in einem Antrag darauf hingewiesen, dass wir Ordnungsmaßnahmen brauchen. In Ihrer Drucksache führen Sie aus:

"Die energetische Sanierung von Gebäuden und der Einsatz von erneuerbaren Energien können ... einen entscheidenden Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten."

Nur welchen Beitrag der Senat dazu leisten will, das sagen Sie nicht. – Und zu Moorburg sagen wir heute nichts.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Irgendwie ist das Ganze wie bei den Studiengebühren. Geld muss an die Universität fließen und keiner zahlt außer einer Bank. Das finde ich in diesem Antrag auch wieder. In der vierten Maßnahme ist indirekt von Finanzierung die Rede und dort steht dann einfach nur, es solle geprüft werden – einmal wieder geprüft werden –, ob die Wohnungsbaukreditanstalt ein gesondertes Programm für energetische Modernisierung auflegen kann.

(Hans-Detlef Roock CDU: Hat sie doch schon!)

– Ein gesondertes Programm.

Und die unter 7. erhobene Forderung ist, finde ich, wie der ganze Antrag einfach nur schwammig. Die Frage ist doch: In welchem Turnus soll denn der Senat berichten und vor allen Dingen worüber? Gestern haben Sie die SPD gefragt, wozu der Antrag zum Raumbedarf für Primarschulen eigentlich dienen sollte. Dieser Frage konnte ich mich durchaus anschließen. Aber heute frage ich Sie: Was wollen Sie mit diesem Antrag eigentlich erreichen? Er schadet nichts und er nutzt nichts. Er erfüllt die Funktion eines Memos an die Hamburger, dass Klimaschutz in der Koalition noch auf dem Zettel steht. In einem Jahr – wahrscheinlich später – haben wir dann Lösungsvorschläge, Raster, aus denen dann Entscheidungen entwickelt werden können, was wieder dauert, Informationen, welche

Fassaden schützenswert wären, Wettbewerbe und Leitfäden für Immobilieneigentümer. Was wir nicht haben, sind ordnungspolitische Kriterien, nach denen sowohl öffentliche als auch private Gebäude wärmedämmend umgerüstet werden können. Und wir haben keine ergänzenden Angebote der Hansestadt und keine Haushaltsmittel, um diese Maßnahmen durchzuführen. Wie heißt es noch in einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der Abgeordneten Anne Krischok:

"[Es ist] bislang ... lediglich deklaratorisch und noch nicht projektbezogen operativ oder strategisch ..."

Genau so liest sich auch dieser Antrag, genau so verhält sich die Koalition im Klimaschutz. Klimaschutz sieht anders aus, es muss dringend etwas getan werden und Geld muss fließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den gemeinsamen Antrag der GAL- und CDU-Fraktionen aus der Drucksache 19/929 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 54 auf, Drucksache 19/932, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Freibad Ohlsdorf muss erhalten bleiben!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Freibad Ohlsdorf muss erhalten bleiben!
– Drs 19/932 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1030 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Freibad Ohlsdorf
– Drs 19/1030 –]**

Die Drucksache 19/932 möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Für die Drucksache 19/1030 liegt ein Überweisungsantrag der SPD-Fraktion ebenfalls an den Stadtentwicklungsausschuss vor. Wer wünscht das Wort? – Herr Hackbusch, bitte.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, es ist so, dass die Koalition durchaus nicht nur Berichte einfordert und über schöne Sachen redet, sondern sie wirkt auch handfest und kräftig. Sie erzählt nicht nur etwas über Spielflächen, darüber, dass sie erweitert werden sollen, sondern Sie schafft auch Fakten, unter anderem die, dass sie die freien Flächen für Kinder und Jugendliche im Freibad Ohlsdorf kräftig beschneidet, zur Hälfte reduziert und

(Norbert Hackbusch)

dort die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche praktisch drastisch reduziert. Wir haben den Antrag eingebracht, dass das Freibad Ohlsdorf, wie es gegenwärtig vorhanden ist, erhalten bleiben soll.

Es ist eines der wenigen Freibäder in dieser Stadt, wo man in der Lage ist, in einem 50-Meter-Becken schwimmen zu können, wo es viele Freiflächen gibt, wo Jugendliche und Kinder noch ohne große Auswirkungen und ohne große Einschränkungen im Zusammenhang mit der Nachbarschaft herumtollen können, wo man noch in der Lage ist, zu springen, wo es noch Sprungbecken und Sprungtürme gibt, die im Wesentlichen in dieser Stadt sonst verschwunden sind, und wo es dementsprechend noch eine der Idyllen in dieser Stadt gibt, wo all das, was wir in den letzten zwei Tagen diskutiert und besprochen haben, im Wesentlichen heute sonst nicht mehr existiert. Dieses Freibad ist akut bedroht. Es ist bedroht von einem Plan von Bäderland, der dazu führen wird, dass ein Drittel der Gesamtgrundstücksfläche für Wohnungsbebauung verkauft werden soll. Damit wird etwas geschehen, was Bäderland über Jahre hinweg versäumt hat, die Sanierung dieses Freibads und dieses Hallenbads. Diese ist dringend notwendig, sie ist aber von Bäderland über Jahre hinweg nicht durchgeführt worden. Heutzutage wird gesagt, die Sanierung wäre nur dann möglich und erreichbar, wenn man Flächen für den Wohnungsbau verkauft.

Das bedeutet aber, dass diese große Möglichkeit, sich innerhalb dieser Stadt frei zu bewegen, dort kräftig eingeschränkt wird. Der Plan von Bäderland sieht nichts anderes vor, als dass man nur noch ein kleines 25-Meter-Becken hat, dass man die Art von Freizeitstätte, die dort vorhanden ist, in eine Wellnessoase verändert und so genau das, was wir in den letzten Tagen an Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche diskutiert haben, völlig beschneidet.

Das führt auch dazu – dessen muss man sich völlig klar sein –, dass der Anteil der Jugendlichen, die dort hingehen werden, natürlich weiter zurückgehen wird und auch das Ergebnis sein wird, dass das, was wir auch in den letzten Tagen beklagt haben, nämlich die Kenntnisse im Schwimmen von Kindern und Jugendlichen, auch wiederum kräftig heruntergehen wird. Wir haben das gerade in den letzten Wochen festgestellt, wie viele Badeunfälle geschehen sind, die im Wesentlichen auch damit zusammenhängen, dass die Kenntnisse von Kindern schwimmen zu können auch dramatisch zurückgegangen sind. Alle Studien haben das gezeigt. Das wird ein weiterer Schritt in diese Richtung sein. Es ist nicht das erste Freibad, das geschlossen wird. Schon 1989 wurde das Freibad in Lattenkamp geschlossen und 1998 das Stadionbad im Volkspark, beide mit Sprunganlagen und 10-Meter-Sprungtürmen. Auch im Stadtparkbad sind die Sprungtürme schon abgebaut worden. Da-

gegen gibt es eine quietschfidele Bürgerinitiative, die vor Ort sehr aktiv ist und schon kräftig Unterschriften gesammelt hat, mittlerweile über 8 000. Aufgrund dessen hat das Bürgerbegehren große Chancen durchzukommen und erfolgreich zu sein.

Wir glauben, dass diese Frage eine wichtige politische Entscheidung ist, die in dieser Stadt in gewisser Weise auch politisch entschieden werden muss und es eine politische Debatte darüber braucht. Das, was diese Regierung gegenwärtig macht, ist nichts anderes als eine Unternehmensentscheidung von Bäderland exekutieren zu lassen. Bäderland führt keine politische Debatte darüber, ob es dort vielleicht Spielflächen gibt. Sondern Bäderland sagt nur, sie müssten die Sanierung aus eigenen Mitteln finanzieren. Aufgrund dessen soll es dort exklusiven Wohnungsbau geben und aufgrund dessen werden Kinder dazu angehalten, in der Nähe dieses Wohnungsbaus still zu sein – im Gegensatz zu dem, was Sie immer gerne wünschen und was wir in den letzten zwei Tagen auch gewünscht haben. Dort wird in der Realität dasjenige, was wir in schönen Worten von CDU und GAL in den letzten zwei Tagen gehört haben, Lügen gestraft. Ich bin dementsprechend der Meinung, dass es wichtig ist, dieses Freibad weiterhin zu erhalten und aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt eine Äußerung, die ich gehört habe, dass diese Fragestellung noch nicht einmal an den Ausschuss überwiesen werden sollte.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das wäre ja noch schöner!)

Ich glaube, dass das ein kleiner politischer Skandal ist, und zwar gerade, weil Frau Blömeke mit ihrem Antrag im Allgemeinen mehr Flächen zum Spielen fordert. Hier geht es um konkrete Flächen, die gefährdet sind. Hier geht es um eine konkrete wichtige Angelegenheit, in der sehr viele Bürger sich engagieren und in der es notwendig ist, zumindest politische Kompromisse zu finden und zu debattieren. Das abzuweisen und noch nicht einmal eine politische Behandlung in der Bürgerschaft dazu zu machen, halte ich für einen kleinen politischen Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich verstehe auch gar nicht, wie die GAL so etwas mitmachen kann, weil das lebendige politische Kultur ist, die notwendig ist. Wie will man das machen, wenn nicht mit den quietschlebendigen Leuten, die dort diese Initiative tragen, wenn nicht mit den 8 000 Bürgern, die das unterschrieben haben. Das ist existenziell für unsere Demokratie. Wir wollen keine Unternehmensentscheidung auf diese Art und Weise. Wir wollen politische Entscheidungen. Wir wollen mehr Flächen für Kinder und Jugendliche, und zwar nicht nur in Berichtsform hier vorgelegt bekommen, sondern in der Realität.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Der Abgeordnete Hesse hat das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Hackbusch, das klang alles sehr schön, aber es geht an der Realität vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Wie stellt sich die Situation in Ohlsdorf bei uns vor Ort dar? Wir haben tatsächlich zwei riesige Außen-schwimmbecken dort, die eine große Fläche versiegeln. Diese beiden Schwimmbecken werden aber nicht mehr von den Menschen angenommen. Gehen Sie einmal hin, gehen Sie einmal in dieses Freibad und schauen sich an, wie viele Menschen in diesem unbeheizten Bad an wie vielen Tagen im Sommer baden möchten oder Freizeit gestalten möchten, lieber Kollege Hackbusch. Dann werden Sie feststellen, dass dieses Bad seine besten Zeiten schon längst hinter sich hat und dringend eine Modernisierung benötigt und dass die Angebote, die momentan vorhanden sind, keine Akzeptanz mehr bei den Menschen vor Ort finden.

Es gibt drei ganz gewichtige Gründe, warum wir Ihren Antrag ablehnen und nicht an den Ausschuss überweisen werden. Erstens formelle: Das, was Sie uns vorgelegt haben, ist alles andere als ein Antrag, der in der Bürgerschaft zu debattieren, zu diskutieren und abzustimmen wäre. Es ist ein Bezirksverfahren, es ist ein Bezirksantrag und der hat hier gar nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn Sie Wahlkreisthemen auf diese Art und Weise herunterbrechen wollen und meinen, in der Bürgerschaft anderweitig Gehör für diese Themen zu finden, dann sollten Sie sich so viel Mühe und Gedanken machen, dass Sie vielleicht Ihre Anträge zum Beispiel "Bäderland-Konzept" nennen. Lassen Sie uns über das Bäderland-Konzept sprechen und überlegen, welches Bad man mit welcher Ausrichtung vor Ort braucht. Das, lieber Kollege Hackbusch, wäre dann auch ein Thema, bei dem man sich Gedanken machen könnte, ob man darüber im Ausschuss spricht. Das haben wir übrigens in der letzten Legislatur mehrfach getan, insofern steht es eigentlich aktuell an. Aber hier von einem politischen Skandal zu sprechen, lieber Kollege, weil ein kommunaler Antrag, der in der Bezirksversammlung in den Stadtentwicklungsausschüssen mehrfach beraten wurde, jetzt nicht in den Ausschuss kommt, ist wirklich Popanz, den Sie hier aufbauen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das war das Formelle, jetzt zum Inhaltlichen: Wenn man einen Antrag schreibt, macht man sich in der Regel schlau.

(*Wilfried Buss* SPD: Selbst Herr Hesse!)

Das kann ich bei Ihrem Antrag aber inhaltlich nicht nachvollziehen. Insofern gehen wir doch auf Ihren Antrag einfach einmal ein. Sie schreiben, die Rutschen und weite Teile der Liegewiese würden verschwinden. Ich habe bereits gesagt, dass zwei Schwimmbecken, nämlich die beiden Freizeit-schwimmbecken außen, entsiegelt werden und diese Fläche dazugenommen wird und sich insofern die Liegewiese in diesem Bereich sogar noch vergrößern wird. Im Gegenteil: Wir haben noch nicht einmal eine Entscheidung über die Freizeitangebote getroffen, so wie Sie und die Initiative vor Ort immer suggerieren. Es ist momentan noch ein Bebauungsplan. Ob dort irgendwann vielleicht einmal Rutschen oder Sprungbretter hinkommen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht klar. Insofern suggerieren Sie auch, dass das Freizeitangebot dort verkleinert würde. Darüber ist gar kein Beschluss gefasst und ich kann Ihnen sagen, dass wir uns als CDU – und das weiß ich auch von den Grünen – vor Ort dafür einsetzen werden, dass natürlich das Freizeitangebot in diesem Freibad hoch bleiben wird und dass Kinder, Familien und Jugendliche dort weiterhin schwimmen werden können.

Sie haben auch hineingeschrieben, dass dann nur noch das kleine 1,35-Meter-Außenbecken da wäre. Ich halte fest: Es gibt kein kleines Außenbecken, sondern ein Becken mit einem Standardmaß von 25 Metern und mit einer für das Schwimmen vollkommen ausreichenden Wassertiefe, dass dann auch ganzjährig und damit als Angebotserweiterung zur Verfügung steht. Dieses wird nicht nur von vielen Menschen vor Ort begrüßt, sondern auch von den Schwimmverbänden, die dadurch eine weitere Nutzung und eine weitere Möglichkeit sehen, dort etwas zu machen. Hier davon zu schreiben, dass ein unattraktives 1,35-Meter-Becken entstehe, entspricht nicht der Realität und den Tatsachen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zum anderen wird suggeriert, dass der Preis sich natürlich kräftig erhöhen werde, das schreiben Sie in dem Antrag. Ich weiß nicht, wer dieses Gerücht immer wieder strapaziert, das hat niemand gesagt. Gerade dadurch, dass wir diese Bebauung auf diesem Grundstück haben, tragen sich die Investitionen, die wir dort zur Attraktivierung dieses Schwimmbads durchführen werden. Es wird – und das sage ich hier für die CDU – keine Preiserhöhungen geben, weil dort jetzt eine Angebotserweiterung vorgenommen wird. Das ist einfach eine falsche Unterstellung, die durch nichts – und wenn das anders sein sollte, können Sie das gerne tun – zu belegen ist.

(Klaus-Peter Hesse)

Drittens gibt es aber auch politische Gründe, diesen Antrag abzulehnen. Und das ist sehr einfach, denn er ist im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord sehr intensiv beraten worden.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Da gehört er hin!)

– Er gehört dort hin, lieber Kollege Voet van Vormizeele, das ist vollkommen richtig.

Und er ist dort intensiv beraten worden, übrigens unter Beteiligung der Initiative, die sich damit beschäftigt, und unter Beteiligung der Menschen vor Ort. Es haben sich alle eingebracht und es wurden alle Bedenken, die dort in der Öffentlichkeit geäußert wurden, von den Parteien aufgenommen. Alle Parteien – insbesondere auch die SPD – außer der LINKEN haben einstimmig gesagt, es sei ein guter Bebauungsplan und ein gutes Konzept, das Bäderland vorgestellt hat. Deswegen wollen wir es auch so beschließen und das ist im Stadtentwicklungsausschuss auch geschehen.

Lieber Kollege Eisold, um auch noch einmal den besonderen Aspekt der SPD im Wahlkreis 10 oder im Bezirk Nord aufzugreifen, es ist nicht immer richtig, da zu sein, wo man meint, sich profilieren zu können, und zu glauben, dann auf Stimmenfang gehen zu können. Ich glaube, dass Sie dort den falschen Weg gehen. Ich habe das auch schon mehrfach persönlich gesagt. Ich glaube, dass Opportunismus sich in dieser Frage nicht auszahlen wird. Ich habe es nicht verstanden, dass der Abgeordnete Tschentscher sich dann gemeinschaftlich mit dem Kollegen Eisold entgegen den Voten seiner eigenen Genossen im Kreisverband, in der Bezirksversammlung und im Stadtentwicklungsausschuss hingestellt hat und plötzlich gesagt hat, das Geschwätz der Genossen in dem Fachausschuss interessiere ihn nicht mehr und man sei jetzt plötzlich auch auf der Seite der Initiative. Man hat sich nicht mehr darum geschert, was die Kollegen gesagt haben. Es ist ein Verrat an den eigenen Genossen und an der richtigen verantwortungsvollen Politik vor Ort, wo ich mir eigentlich gewünscht hätte, lieber Kollege Tschentscher, dass Sie sich dafür eingesetzt hätten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieser Opportunismus vor Ort – jetzt auch in Nord – aus der Opposition heraus wird sich nicht auszahlen. Die Menschen werden ein Bad mit tollen Angeboten bekommen. Viele Menschen freuen sich auf dieses Angebot. Es sind nicht immer nur die Lauten, die gehört werden. Es gibt auch viele, die sich auf die neuen Angebote, die dort entstehen, freuen werden. Der Wohnungsbau, der dort entsteht, ist vorbildlich. Da habe ich kaum Kritik gehört. Wir als CDU und auch die Grünen werden die Menschen vor Ort weiter über das, was dort passiert, informieren. Wir setzen uns dafür ein, dass

die Angebote in diesem Bad erhalten bleiben. Es ist ein guter B-Plan, er wird weiter im Bezirk zu diskutieren sein und nicht in der Bürgerschaft. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab und überweisen auch nichts an den Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Der Abgeordnete Eisold hat das Wort.

Gunnar Eisold SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hesse, immer draufzugehen und ein bisschen draufzuhauen, ist ganz nett. Aber die Tatsachen sollten Sie schon richtig darstellen. Das, was wir heute diskutieren und was der Anlass gewesen ist, nämlich die Vorlage der Linkspartei, ist keineswegs ein Bezirksthema. Die Frage, wie Bäderland seine Bäder ausgestaltet, ist etwas, was die Bürgerschaft diskutieren muss.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das steht nicht im Antrag!)

Diejenigen, die sich im Bezirk damit schon einmal beschäftigt haben, haben erfahren, dass Bäderland sich eben nicht dafür interessiert, wenn vor Ort entsprechende Hinweise gegeben werden. Es ist gar nicht so lange her – ich war damals im Ortsausschuss zusammen mit dem Kollegen Seelmaecker und mit der GAL –,

(Harald Krüger CDU: Da gehört es auch hin!)

da haben wir uns gemeinsam dafür eingesetzt, dass eine Sanierung und Modernisierung von Ohlsdorf stattfindet, und zwar in Richtung eines Familienbads. Ich finde, das ist doch der Punkt, über den wir reden müssen. Ist die Richtungsentscheidung, die Bäderland getroffen hat und zu der auch ein Verkauf eines großen Teils des Geländes gehört, das Richtige oder brauchen wir in Ohlsdorf nicht ein anderes Bad, ein Familienbad? Ich sage ganz klar: Wenn Bäderland 2005 nicht so ignorant gewesen wäre, dann hätten wir heute diese Diskussion vor Ort nicht. Wir hätten nicht die Situation, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich übergangen fühlen und ihrem Unmut durch Unterstützung des Bürgerbegehrens Ausdruck verleihen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Hesse, ich will Ihr Angebot gerne aufgreifen. Lassen Sie uns über die Konzeption von Bäderland reden. Warum muss in Alsterlage, an einem Ort, wo wir eine hervorragende Schnellbahnanbindung mit U-Bahn, S-Bahn und Buslinien haben, ein Fitnessbad entstehen?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Schreiben Sie einen Antrag!)

(Gunnar Eisold)

Warum kann dort nicht das hin, worauf bereits 2005 – damals ohne die Linkspartei – alle Fraktionen gemeinsam hingewirkt haben? Warum kann dort nicht ein Familienbad entstehen? Schauen Sie doch bitte einmal an eine andere Stelle, um einmal mit diesem Totschlagargument, es müsse verkauft werden um zu finanzieren und es müsse verkleinert werden, damit es finanzierbar bleibt, aufzuräumen. Norderstedt hatte vor Jahren auch ein Problem. Die hatten ein altes Bad, so ähnlich wie jetzt in Ohlsdorf, das keineswegs mehr angenommen worden ist. Die haben sich überlegt, ob sie das dichtmachen oder ausbauen. Sie haben sich für den Ausbau entschieden und sie haben es geschafft, die Defizite nachhaltig zu verringern.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das wird uns dann auch gelingen!)

Solch eine Politik würde ich mir in Hamburg und für Ohlsdorf auch wünschen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Natürlich weiß ich, dass in diesem Antrag etwas von Rutschen und von Sprungtürmen steht. Und wenn man weiß, dass dort saniert werden muss, dann sind das Dinge, die für uns an letzter Stelle nicht entscheidend sind. Ich weiß, es steht im Petition des Bürgerbegehrens, deshalb ist es dort auch sicherlich hineingekommen. Aber auch bei der Bürgerinitiative weiß man, dass Gespräche nötig sein werden und dass eine Sanierung natürlich ansteht. Das ist unzweifelhaft und da muss man auch über Konzepte reden. Dahingehend haben wir unseren Zusatzantrag auch formuliert. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden und die Initiative einbezogen wird. Lassen Sie uns doch jetzt die Konflikte herausnehmen, die wir sonst später haben. Der Hinweis kam doch völlig zu Recht, dass das Bürgerbegehren 8 000 Unterschriften gesammelt hat. 6 600 gültige sind erforderlich. Wollen wir uns denn wirklich bald anhören, dass ein Bürgerentscheid kommt, wollen wir denn möglicherweise bald über eine Evozierung reden und ähnliche unschöne Dinge wie in Altona erleben? Das nützt uns nichts. Das Gesetz gibt ausdrücklich die Möglichkeit der Vermittlung zwischen Bürgerbegehren und parlamentarischem Handeln. Da wäre der Stadtentwicklungsausschuss auch der richtige Ort. Dort kann man zum Beispiel mit der Initiative und mit Bäderland einmal darüber reden, ob es nicht andere Wege gibt. Lassen Sie uns diesen Weg gehen, lassen Sie uns diese beiden Anträge, die nicht der Weisheit letzter Schluss sind, aber Grundlage für eine Diskussion sein sollen, an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen und dort eingehend beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich danke der SPD-Fraktion, dass Sie immer so lange klatschen. Ich habe von der Hinterbank einen ziemlich weiten Weg. Sie klatschen wahrscheinlich deshalb so lange, damit wir dann der Meinung sind, dass vorher eine gute Rede stattgefunden hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber in der Tat ist es so: Wir hören zu und haben auch eine Meinung. Wir können das einordnen, glauben Sie mir.

Der Kollege Hackbusch führt die Massen an und die SPD hat die Seiten gewechselt. Da sind beide roten Parteien wieder einmal ganz in ihrem Element.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

– Das ist doch Ihre Spezialität, die Seiten zu wechseln. Das kennen wir.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ich spreche von Inhalten. Vor der Wahl hat die SPD diesem Konzept auf bezirklicher Ebene zugestimmt und hinterher ist man der Meinung, man könne anders besser profitieren und dann wechselt man eben einmal schnell das Hemd. Das haben wir doch gerade gehört.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wo inhaltlich auch die Seite gewechselt wurde: Es ist so, wir haben in der letzten Legislatur über ein Bezirksverwaltungsgesetz geredet und besonders die SPD hat sich unheimlich ins Zeug gelegt und hat gesagt, wir wollen die Bezirke nicht länger bevormunden. Was hören wir dann, was bedeutet es jetzt, wenn Sie ein bezirkliches Verfahren auf die bürgerschaftliche Ebene heben? Sie bevormunden den zuständigen Bezirk.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Wir haben das von der CDU-Seite gehört und uns geht es auch so: Das ist eine Ebene, auf die wir uns nicht begeben werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

In der Sache hat der Kollege Hesse schon klargemacht, dass der Antrag der LINKEN von Ungenauigkeiten strotzt. Es wird immer von Fitness- und Wellnessbad geredet. Es wird ein Familienbad sein. Warum immer wieder auf Preiserhöhungen herumgeritten wird, ist ziemlich absurd. Aber es wird dadurch, dass Sie das andauernd wiederholen, nicht wahrer.

(Zuruf: Das sind Realitäten!)

– Nein, das sind keine Realitäten. Es wird auch die Liegewiese nicht verkleinert. Das sind alles Falschbehauptungen.

(Horst Becker)

Nichtsdestominder ist es so, dass im Bezirk jetzt das Drittel der Unterschriften, glaube ich, vorliegt, die das Bürgerbegehren braucht. Es ist gestern im Stadtentwicklungsausschuss des Bezirks Nord beschlossen worden, dass man in Gespräche mit der Initiative eintritt. Das heißt: Das, was Sie fordern, hat auf Bezirksebene längst stattgefunden und ist somit überholt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben uns auch fachlich damit beschäftigt, es geht um das Bebauungsplanverfahren Ohlsdorf 10. Und da geht es letztlich um ein abgestimmtes Konzept mit einer Modernisierung – wohlgemerkt einer Modernisierung – des Bads, die dringend erforderlich ist, weil das Bad, so wie es ist, einfach nicht mehr gebrauchsfähig ist und Kosten verursacht, die nicht mehr zu tragen sind. Es ist schlicht und einfach nicht mehr zu bewirtschaften und es wird so auch nicht mehr angenommen. Das Angebot wird dadurch erweitert, dass es in der Halle ein weiteres 25-Meter-Becken geben wird, es wird ein ganzjährig nutzbares 25-Meter-Becken draußen geben, und zwar mit einer Tiefe, wie sie von den Nutzern und von den Vereinen gewünscht wird. Wir haben das Thema Schwimmunterricht gehabt. Wir können endlich auch in dieser Hinsicht später etwas mit dem Bad anfangen. Das war vorher nicht möglich. Es gibt insgesamt mehr Möglichkeiten, die wir dringend brauchen. Wenn Sie sagen, das Bad sei an der Schnellbahnhaltestelle gelegen: Wir brauchen zentral gelegene und gerade an Schnellbahnhaltstellen gelegene Wohnungen. Auch hier werden Wohnungen gebaut, die familiengerecht, schwellenfrei und inverkehrlicher guter Lage sind. Wenn wir solche zentral gelegenen Wohnungen nicht schaffen, dann sind Sie doch die Ersten, die dann wieder angehoppelt kommen und sagen, wir bräuchten die und fragen, warum wir keine Wohnungen bauen und warum wir sie nicht an Schnellbahnhaltstellen verdichteten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Was Sie vorbringen, ist eigentlich nur dem Populismus geschuldet.

(Ingo Egloff SPD: Das machen die Grünen nie. Die sind da völlig unverdächtig!)

Wir weisen das inhaltlich zurück, wir werden nicht überweisen und wir werden auch den Bezirk nicht entmachten. Wir werden das nicht auf die Bürgersebene heben, sondern das Verfahren wird – so kontrovers das eben nötig ist – im Bezirk geführt werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Frau Präsidentin, vielen Dank, dass Sie mir das Wort noch einmal geben. Ich wollte mich eigentlich gar nicht in die Diskussion von Herrn Hesse und Herrn Eisold einmischen. Aber, Herr Hesse, Sie haben mich ganz offensiv mit Vorwürfen konfrontiert. Deswegen muss ich Ihnen, glaube ich, doch noch einmal kurz die Historie dieses Themas erläutern,

(Zurufe von der CDU)

weil wir als rot-grüner Bezirk natürlich die Entwicklung von Bädern auch bei uns in Hamburg-Nord viele Jahre sehr leidvoll erfahren haben. Wir haben zwar in Hamburg-Nord die Mehrheit gehabt, aber wir sind Opposition in Hamburg gewesen gegenüber einem CDU-Senat, dessen Handeln Sie mitbestimmen. Die Fraktion DIE LINKE hat die Geschichte von Bädern in Hamburg schon kurz angeschnitten. Auch wir sind natürlich den zukünftigen Entwicklungen des Freibads Ohlsdorf immer mit Sorge begegnet und dann passierte etwas – und das will ich Ihnen schon einmal klar sagen. Da hat im Stadtentwicklungsausschuss etwas stattgefunden – ich will dieses harte Wort einmal benutzen –, da hat es eine politische Erpressung gegeben. Da wurde nämlich von Bäderland gesagt: "Wenn Ihr dieses Bad erhalten wollt, wenn es nicht weiter verkommt ..."

(Zurufe)

– Sie, Herr Hesse, haben den Zustand vielleicht noch nicht richtig wahrgenommen. Der Zustand dieses Bads ist erbärmlich.

(Wolfgang Beuß CDU: Das hat er doch gesagt!)

Es wurde gesagt: "Lieber Bezirk, wenn dieses Bad nicht demnächst wegen dieses erbärmlichen Zustands geschlossen werden wird, dann müsst Ihr zustimmen, dass wir Flächen verkaufen, um aus den Erlösen das Bad zu sanieren." So ist das Thema in den Stadtentwicklungsausschuss gekommen und so wurde es über einige Zeit beraten. Aus meiner Sicht ist das ein politischer Erpressungsversuch.

(Beifall bei der SPD)

Dann gab es eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema. Insoweit gab es noch gar keine Festlegung, jedenfalls nicht in der Bezirksversammlung. Sondern es gab eine Anhörung, die sehr strittig verlief. Herr Hesse, wenn es so wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger in Ihrem Wahlkreis kein Interesse an diesem Bad gehabt hätten, dann wundere ich mich, dass diese Anhörung so strittig war.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie wissen doch warum. Sie wissen es doch!)

Dann wundere ich mich auch, dass auf einmal 7 000 Unterschriften eintrudeln. Denn es ist in der

(Dr. Peter Tschentscher)

Tat so, dass es ein gewisses Interesse gibt, dass dieses Bad erhalten, saniert und auf einen aktuellen Stand gebracht wird, aus meiner Sicht auch in einen Zustand, in dem es Erträge bringt, die dazu beitragen, dass das Bad in Zukunft wirtschaftlich betrieben wird. Das ist doch wunderbar.

Danach haben wir als SPD gesagt, wir sehen uns das Ganze noch einmal an – die ganze Historie, die Fakten, das Bäderland-Konzept, die Auswirkungen und auch die Nutzungskonflikte durch Wohnbebauung mit allem Drum und Dran. Ich will Sie jetzt nicht mit den Details langweilen. Am Ende ist das Ganze parallel gelaufen mit einer Erkenntnis, die der Erste Bürgermeister in Berlin hatte. Der kam extra aus Sylt vom Urlaub zurück und verkündete, ungefähr während wir diese Diskussion führten, man baue einmal eben für 4,5 Millionen Chlorbadewannen in der Außenalster. Da waren wir sprachlos. Wir werden über Jahre mit den Sanierungskosten für das Freibad Ohlsdorf erpresst und dann werden einmal eben 4,5 Millionen für Chlorbadewannen in der Alster aus dem Ärmel gezogen, die weder in Barmbek-Uhlenhorst oder in Hohenfelde noch in Ohlsdorf noch sonst wo in der Stadt verstanden wurden. Dann haben wir gesagt: Also, wenn das Geld für Badsanierungen so locker sitzt, dann machen wir einen günstigeren Vorschlag für das Baden in der Außenalster. Erkundigen Sie sich bei Frau Gümbel, welche Qualität dieser Vorschlag hat. Der kostet nur 2 Millionen und dann haben wir 2,5 Millionen, um das Bad in Ohlsdorf zu sanieren, und brauchen keine Flächen zu verkaufen.

(Jörg Hamann CDU: Das ist ja brilliant!)

So wird daraus ein Schuh.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Frage ist: Wofür wird in dieser Stadt Geld ausgegeben, für Schnapsideen des Bürgermeisters oder für historische Bäder, die über viele Jahrzehnte in den Stadtteilen angenommen wurden und nach meiner Überzeugung auch in Zukunft angenommen werden? Jetzt geht es uns nicht darum – das finde ich ganz absurd –, dass man mir hier den Vorwurf machen sollte, die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft wolle Bezirke bevormunden.

(Zurufe von der CDU: Das tun Sie aber!)

Sie wissen, dass die Diskussionen über Bezirksverwaltungsreform und Ähnliches eine Tradition haben, wofür Sie uns und mir diesen Vorwurf nicht machen können. Wir wollen den Bezirk nicht bevormunden. Die Diskussionen sollen dort geführt werden. Wir möchten aber, dass der Bezirk nicht weiter erpresst wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie diesen Erpressungsversuch aus der Welt nehmen, dann können die Bürgerinnen und Bürger diskutieren, dann kann der Bezirk frei dis-

kutieren und dann kann auch meine Fraktion wieder frei mitdiskutieren. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir eigentlich heute von Ihnen. Lassen Sie das und stimmen Sie sowohl dem Antrag der Linksfraktion als auch unserem Ergänzungsantrag zu.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Der Abgeordnete Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es sind nur zwei Punkte, weswegen die Situation im Bezirk nicht gelöst werden kann, das hat Herr Tschentscher schon ausgeführt. Aber die Kontrolle der Bäderland GmbH und ihrer Äußerungen ist nur über die Bürgerschaft möglich. Die Bezirke bekommen nichts anderes als Vorschläge von Bäderland. Da gibt es keine Kompromisse. Das zeigte sich in dem gesamten Prozess, der sich dort abspielte. Deswegen ist der Schritt, das Thema in der Bürgerschaft zu debattieren, der richtige, weil die Bürgerschaft diejenige ist, die über Bäderland in gewisser Weise auch die Kontrolle hat, und sagen kann, wie Bäderland zu funktionieren hat. Das ist ein demokratisches Prinzip. Das Recht haben wir als Bürgerschaft und das sollten wir uns als Bürgerschaft auch nicht wegnehmen lassen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich finde es erstaunlich, wenn jetzt der Initiative, die vor Ort ist, die jahrzehntelangen Versäumnisse von Bäderland vorgeworfen werden, als wenn die Initiative Schuld daran wäre, dass dieser Zustand so schlecht ist und dass die Sanierung absolut notwendig ist. Das ist ja unbestritten. Alle Menschen, die dort waren, wissen, dass das notwendig ist. Was wir nur verlangen und was entscheidend dabei ist, ist nicht, dass das alles so bleiben soll wie bisher, sondern dass dort Kompromisse gemacht werden, die es ermöglichen, dass vielleicht eine 50-Meter-Bahn erhalten bleibt oder Ähnliches. Das ist die Idee dabei. Bäderland lässt diese Debatte auf Bezirksebene nicht zu, sondern sagt, das Entscheidende wäre, dass sie den Wohnungsbau dort fördern wolle – das ist ja das Unsinnargument aus der Ecke dort hinten – um darüber die Sanierung des Bads zu finanzieren.

(Stephan Müller CDU: Jetzt gibt es ein Bürgerbegehren. Das wird vor Ort verhandelt!)

– Das wird vor Ort behandelt und dementsprechend gibt es dort Widerstand.

Das ist das Dritte, was mir an Ihren Äußerungen nicht gefällt. Wir haben die Erfahrung gemacht – und das ist dargestellt worden –, dass man politisch lernen kann. Diejenigen, die darauf hören, was in den Stadtteilen los ist und was dort an Initiativen existiert und wie dort das Schwimmbad

(Norbert Hackbusch)

angenommen wird und wie kräftig dafür von dieser Initiative geworben wird und welche Zustimmung sie bekommt, als populistisch zu bezeichnen, finde ich eine Unverschämtheit.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die sollen einmal alle schwimmen gehen!)

Das ist ein wichtiges demokratisches Prinzip.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Zur Demokratie gehört, dass wir darauf hören, was die Bürger uns sagen und nicht zu sagen, man sei nicht populistisch und gehe über die Bürger hinweg. Das ist Obrigkeitsdenken und gehört ins letzte Jahrtausend.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich hätte ich es mir gewünscht, dass der Kollege Quast ein paar Worte gesagt hätte. Denn in der Tat – Herr Becker hat schon darauf hingewiesen – haben wir in der letzten Amtsperiode gemeinsam, alle drei Fraktionen, an einer großen Bezirksverwaltungsreform gearbeitet. Einer der wichtigsten Punkte, auf die wir, glaube ich, alle drei, Herr Steffen, Herr Quast und ich, sehr stolz gewesen sind, ist gewesen, dass wir die Kompetenz der Bebauungspläne komplett bei den Bezirken gelassen haben. Allein dort gehören sie hin. Allein das machen wir hier gerade leider nicht mehr so.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Norbert Hackbusch DIE LINKE: Bäderland ist Sache der Stadt!)

Wir reden zurzeit über den Bebauungsplan – für die Kollegen, die es nicht mitbekommen haben – Ohlsdorf 10, denn genau das ist nämlich der Anlass. Das ist ein Bebauungsplan, es ist ein Bebauungsplan, über den im Bezirk verhandelt wird. Liebe Kollegen der SPD und erst recht der LINKEN, so zu tun, als wenn es an Transparenz mangle:

(Michael Neumann SPD: Stimmt, das ist eine offene Erpressung!)

Wenn irgendwo Dialog geprägt wird, wenn wirklich mit Bürgern und Abgeordneten vor Ort hautnah debattiert und diskutiert wird, dann ist das bei den Kollegen in den Bezirksversammlungen. Dieses Thema jetzt dort herausziehen zu wollen, ist wahrlich der Versuch, die Demokratie umzukehren und den Bezirk zu entmachten. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich fand den Beitrag von Herrn Tschentscher ganz nett, der noch einmal diese Opferrolle herausstellte: Wir als ehemals rot-grüner Bezirk, wir kämpften immer in der Opposition. Ich weiß nicht, das einzige Bad, das sonst in Hamburg-Nord geschlossen worden ist, war das am Lattenkamp. Das war 1989. Ich glaube, Herr Tschentscher, da saß damals noch ein anderer Bürgermeister hier, der Ihrer Partei angehört hat. Ich weiß nicht, ob Sie sich damals auch schon in der Opposition wähnten. Tatsache ist: Sie waren das. Sie waren das mit Ihrer Partei und Sie haben den Lattenkamp fantasieelos platt gemacht, weil Sie damals nicht in der Lage gewesen sind, intelligente Konzepte zu finden,

(Michael Neumann SPD: So wie in Altona. Bismarckbad!)

die an dem Standort ein Freibad und andere Möglichkeiten erhalten hätten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Schön, dass Herr Neumann noch einmal mit dem Bismarckbad kommt. Auch das finde ich eine tolle Idee. Auch dort in Altona haben wir gezeigt, was man machen kann, wenn man kreativ ist. Wir werden in Altona künftig ein tolles neues Bad haben. Das hätten wir auch gerne in Ohlsdorf. Aber das scheint offensichtlich bei Ihnen ein Problem zu sein.

Nun will ich noch einmal etwas zu den großen Bewegungen sagen, die aus der Bevölkerung kommen. Was für ein Zufall, dass der Hauptsprecher dieser Bürgerinitiative auch nebenbei zugewählter Bürger der LINKEN in der Bezirksversammlung ist. Was für ein Zufall.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Hört, hört!)

Vielleicht mag auch der Versuch, das Thema hier zu behandeln, bei den Kollegen der SPD ein bisschen dadurch motiviert sein, dass nämlich in der Tat viele aus der SPD dem Kreis ihrer eigenen Bezirksfraktionen nicht mehr trauen. Denn das, was Herr Tschentscher eben dargestellt hat, hat mit der Realität nicht mehr sehr viel zu tun. Ich will gerne einmal aus dem letzten Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses zitieren. Das ist, glaube ich, jetzt sechs Wochen alt. Da sagt Herr Domres, das ist der Sprecher der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung für Fragen der Stadtplanung, er sehe die geplante Baumaßnahme als notwendig, um das Freibad Ohlsdorf dort erhalten zu können. Hervorragend, richtig. Ich glaube, Herr Kollege Tschentscher, Sie haben Angst, dass Sie Ihre eigene Meinung dort nicht mehr durchsetzen können. Deshalb müssen Sie versuchen, in der Bürgerschaft gegen den Kurs Ihrer eigenen Genossen im Bezirk zu arbeiten. Das ist das wahre Geheimnis.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Kai Voet van Vormizeele)

Nun bin ich, gebe ich zu, einmal ein bisschen polemisch, weil ich finde, dass man auch einmal aus anderen Blättern zitieren muss. Ich zitiere einmal aus einer interessanten Zeitung. Ich sage gleich, wie die heißt:

"Gegen den Bebauungsplan Ohlsdorf 10 hat sich Widerstand geregt. Anwohner und Nutzer des Schwimmbades haben eine Bürgerinitiative gegründet. Von Anfang an dabei auch unser Genosse Jupp Peine, Abgeordneter der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Jetzt ist auch die SPD dazugestoßen."

Das ist aus der Zeitung der DKP in Hamburg-Nord. Schön, mit wem Sie gemeinsam dort dieses Freibad bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht Ihnen wahrlich überhaupt nicht darum, für diesen Standort irgendetwas zu tun. Wenn Sie dort in Ohlsdorf ein vernünftiges Familienbad haben wollen, wenn Sie dort dafür Sorge tragen wollen, dass die Preise so bleiben, wie Sie bisher sind, dann würden Sie diesem sinnigen Bebauungsplan wie Ihre Kollegen vor Ort zustimmen. Aber Sie wollen im Prinzip gar nicht über Ohlsdorf reden, Sie wollen über das Familienbad reden, Sie wollen vor Ort puren Populismus betreiben, Sie wollen dort unbedingt Meinungen verbreiten, die nicht stimmen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie war das denn damals mit den Bauwagen? Sie sind Experte zum Thema Populismus!)

Denn eins – das will ich gerne noch einmal aufzählen – sollte man sich immer wieder ins Gedächtnis rufen: Die Preise werden so bleiben, wie sie sind. Das Schwimmbad bleibt langfristig für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren erhalten. Die Wasserflächen, die wir im ganzen Jahr nutzen können, werden verdoppelt, die Liegewiese wird vergrößert. Es entstehen auch keine Luxuswohnungen, sondern attraktive familienfreundliche energieeffiziente Wohnungen aller Größen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die Tatsachen. Wer dazu Nein sagt, veründigt sich letztendlich an den Menschen in Ohlsdorf, weil die Konsequenz sein wird, dass dort dieses Schwimmbad, wie wir es jetzt haben, untergehen wird. Das war es dann.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Angelegenheiten aus dem Wahlkreis in die Bürgerschaft kommen,

ist durchaus schwierig. Ich sage das selber als Wahlkreisabgeordneter. Aber, Herr Kollege Hackbusch, man sollte sich zumindest vor Ort sachkundig machen. Das vermisste ich bei Ihnen schon sehr.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann wird es auch wirklich sehr schwierig. Der Kollege Hesse hat schon darauf hingewiesen, was in Ihrem Antrag alles fehlerhaft ist. Aber auch in Ihren eigenen Ausführungen wimmelt es von Fehlern. Sie sprechen davon, dass die Fläche um die Hälfte reduziert wird, das haben Sie wörtlich gesagt. Nein, nur ein Drittel der Fläche muss veräußert werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ich denke, es wird alles größer!)

Sie sprechen davon, dass das 50-Meter-Becken verschwindet. Wenn Sie sich vor Ort schlau gemacht hätten, dann wüssten Sie, dass dieses 50-Meter-Becken kaum noch nachgefragt wird. Selbst bei schönstem Wetter ist das Freibad fast leer. Die Schwimmvereine, die in dem Bad trainieren, wurden von Bäderland mit einbezogen und haben alle gesagt, sie könnten auf dieses 50-Meter-Becken im Freien locker verzichten. Sie möchten lieber ganzjährig nutzbare Becken mit 25 Metern Länge haben. Dann sprechen sie davon, dass es sich bei dem Schwimmbad um eine Idylle in der Stadt handeln würde. Mitnichten, es ist keine Idylle. Gehen Sie einmal dort hin. Es ist eine hochgradig versiegelte Fläche und das, was man sieht, ist rottig. Es ist hässlich, es ist der dezente Charme der heruntergekommenen Siebzigerjahre. Wie man da von einer Idylle sprechen kann – machen Sie sich doch bitte erst einmal vor Ort schlau.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann bauen Sie diesen Popanz der Bäderland auf. Es ist aber nicht die Bäderland, die die Pläne in der Hand hat. Sondern es ist die Stadtplanungsabteilung des Bezirks Nord und es ist der Stadtentwicklungsausschuss. Der tagt in weiten Teilen öffentlich, macht vor Ort Anhörungen und es geht um den Bebauungsplan, der dort ansteht und nicht um irgendwelche Investitionsprogramme der Bäderland.

Sie sagen, die Bäderland hätte die Sanierung versäumt. Ja, warum denn?

(Michael Neumann SPD: 44 Jahre!)

Das liegt doch nicht an der Bäderland, weil die geschlafen hat. Die Bäderland ist ein Unternehmen, das Verluste schreibt. Die roten Zahlen werden jährlich von der Stadt ausgeglichen.

(Wilfried Buss SPD: Das gab es woanders auch!)

– Woanders auch.

(Andreas Waldowsky)

Ich will noch ganz kurz ein bisschen darauf eingehen, warum wir Grünen diese Sanierung des Bads – so wie sie vorgesehen ist – unterstützen. Mit Ihrem Antrag laufen Sie bei uns eigentlich offene Türen ein. Sie fordern eine Sanierung und Modernisierung des Freibads. Wir unterstützen diese Pläne, weil das Freibad erhalten bleibt. Es ist Populismus, wenn Sie sagen: "Rettet das Freibad Ohlsdorf." Das bleibt erhalten und es wird jetzt ganzjährig als Freibad nutzbar sein. Insofern wird das Freibad Ohlsdorf sogar noch besser. Die Freifläche bleibt und die Liegefläche bleibt erhalten, sie wird sogar noch ein bisschen größer als die jetzige. Was verschwinden wird, sind diese großen versiegelten Flächen – die großen Außenbecken mit diesen ganzen geplanten Flächen dazwischen.

Was uns ganz wichtig ist, ist, dass das jetzt auch ein Bad für alle Generationen wird. Sie reden immer nur von den Jugendlichen. Freibäder oder Bäder allgemein sind nicht nur für Jugendliche da. Es werden jetzt neue Innenbecken mit versenkbaren Böden entstehen, die in der Höhe verschiebbar sind, sodass dort schon für Babys Babyschwimmen angeboten werden kann. Für Kleinkinder wird dort Schwimmen angeboten, also auch für Eltern und Kinder. Es wird dort ein großes Angebot für Schwimmvereine bereitgehalten – Schwimmvereine, die ein Angebot für alle Generationen machen. Es wird sehr viel in die Aquagymnastik investiert, sodass auch seniorengerechtes Schwimmen, Gymnastik und Rehabilitation angeboten werden kann. Damit wird dieses Bad ein Familienbad, ein Bad für alle Generationen. Das finden wir gut. Der letzte Punkt, warum dieses Konzept schlüssig ist, ist die energetische Sanierung. Dieser Bau der Siebzigerjahre ist auf einem Stand, der wirklich vorsintflutlich ist. Da wird die Bäderland unheimlich viel investieren.

Sehen wir das vielleicht einmal politisch. Wenn Sie solch einen Antrag in die Bürgerschaft einbringen, dann doch bitte mit einem ziemlich konkreten Petition. Das Petition – der Senat möge sich dafür einsetzen, dass – erinnert mich wirklich wieder einmal an die Bezirksversammlungen. Die Bezirksversammlungen sind in der Hinsicht häufig Papiertiger. Bringen Sie doch bitte einmal einen Antrag ein, bei dem eine konkrete Gegenfinanzierung für die Maßnahmen vorgeschrieben wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir legen Ihnen das nächste Mal den Antrag zur Genehmigung vor!)

Dann können wir uns doch auch konkret damit auseinandersetzen. Sagen Sie doch einmal, wo das Geld eingespart wird. Wir setzen einfach einmal ein oder zwei Beförderungsrunden bei Beamten aus, dann können wir das Geld einsparen. Wir verschieben Schulsanierungen, dann sparen wir dort das Geld oder wir verzichten auf die Sanierung von Radwegen. Dann können wir uns poli-

tisch darüber streiten, was wichtig und was unwichtig ist. Der Kollege Eisold kommt an und sagt, die Stadt Norderstedt hätte ein gefährdetes Bad saniert und hätte jetzt höhere Einnahmen. Schön, das hätten wir auch ganz gerne. Aber wir haben leider keinen Goldesel im Keller des Rathauses stehen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Den haben die in Norderstedt, den können wir uns ausleihen!)

Also sagen Sie uns doch bitte, wo das Geld herkommt.

(Ingo Egloff SPD: Machen Sie doch einen Schattenhaushalt auf. Da sind Sie doch Experte!)

Dann würden wir gerne alles machen, was Sie uns vorschlagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Quast.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Voet van Vormizeele mich bittet, noch einmal etwas zu sagen, dann tue ich das natürlich gerne aus der Verbundenheit der guten Zusammenarbeit mit ihm, Dr. Steffen, aber auch mit Herrn Becker im Sonderausschuss Verwaltungsreform heraus, wo wir uns wirklich viele Gedanken darüber gemacht haben, wie wir die Bezirke stärken. Deswegen finde ich auch den Beitrag, den der Kollege Hesse gehalten hat, ein Stück weit scheinheilig. Ich habe Sie noch nie als den Vorkämpfer der Bezirke erlebt. Ich habe Sie aber erlebt als den Abgeordneten, der Anträge eingebracht hat wie den zur Benennung des U-Bahnhofs Klein-Borstel oder Anträge, in denen der Bezirk aufgefordert wird, die Bezirksstraße Etzestraße umzubauen, ohne auch noch die Mittel bereitzustellen. Sie sind wirklich nicht derjenige, der den Bezirken die Kompetenzen zugesteht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Natürlich, lieber Kollege Voet van Vormizeele, haben wir den Bezirken in der Bauleitplanung neue Rechte gegeben und alte wieder zugestanden. Das war umstritten. Sicherlich haben Sie es in Ihrer Fraktion nicht leicht gehabt. Bei uns war das auch nicht immer alles so einfach. Aber wir haben es gemeinsam hinkommen. Aber was wir nicht gemacht haben, ist, dass wir einen Bebauungsplan nach dem anderen evoziert haben, wenn die Bezirke nicht das machten, was uns gefällt. Was ist denn mit Wohldorf-Ohlstedt, was ist mit Bergstedt, was ist mit der Dieselstraße und Möbel Höffner? Wir könnten weitere aufzählen. Wer holt denn ständig die bezirklichen B-Pläne ins Rathaus zurück, weil ihm das nicht passt, was dort passiert?

(Jan Quast)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich frage mich, warum es bei der GAL so ruhig ist.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Komme zum Thema!)

Sind Sie mittlerweile auch bekehrt worden?

(*Michael Neumann SPD*: Denen ist allen noch schlecht!)

Aber um es rund zu machen: Der B-Plan zum Freibad Ohlsdorf gehört in den Bezirk. Wenn es nach uns geht, bleibt er dort auch. Aber es ist auch richtig, was Herr Hackbusch gesagt hat. Die Aufsicht über die öffentlichen Unternehmen hat die Bürgerschaft über ihre Gremien mit zu leisten.

(Zuruf: Aber nicht direkt!)

– Nicht direkt, aber indirekt.

Deswegen ist es richtig, dass wir uns auch mit solchen Themen und solchen Aspekten, wie sie heute angesprochen worden sind, in der Bürgerschaft befassen. Das nimmt dem Bezirk keine Rechte. Im Gegenteil: Damit können wir im Zweifel auch die Bezirke stärken. Das ist nach wie vor unser Ziel. Wir glauben an das Bezirksverwaltungsgesetz, Herr Voet van Vormizeele.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das merkt man aber nicht!)

Ein letzter Punkt, der mich in den wenigen Sitzungen, in denen ich diesem Hause wieder angehöre, schon öfters umgetrieben hat: Mich erschreckt richtig die Mutlosigkeit der Grünen,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Ach Gottchen!)

wenn es darum geht, das, für das Sie bis zum Februar standen, durchzusetzen.

– Jetzt weinen Sie doch nicht, Herr Beuß, Sie können doch dankbar dafür sein.

Sie haben bis zum Februar dieses Jahres die Bürgerrechte hochgehalten, Sie haben die Bezirksrechte hochgehalten, Sie haben sich für alle möglichen wichtigen Dinge in Hamburg eingesetzt und lassen nach und nach alles den Bach heruntergehen. Das hat mich richtig erschrocken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Tschentscher.

(Zurufe: Herr Kerstan will nach Hause!)

Dr. Peter Tschentscher SPD:* – Herr Kerstan will nach Hause, er darf auch gleich.

Mich erinnert die Rednerliste von den Teilnehmern her ein bisschen an eine frühere Debatte in den Bezirksversammlungen.

(Zurufe von der CDU: Ah, ah! – *Wolfgang Beuß CDU*: Wären Sie doch da geblieben!)

Nein, ich will gar nicht auf Herrn van Vormizeeles Spekulationen über die SPD-internen Diskussionen eingehen. Auch sein Rückgriff in das Jahr 1989 ist ein bisschen sehr weit. Aber ich gebe Ihnen sogar recht: Die Bevölkerung vermisst bis heute das Freibad Lattenkamp. Das ist Ihnen völlig zugegeben. Ich bestreite das gar nicht. Ich will Ihnen sogar zugeben, dass der B-Plan Ohlsdorf 10, der ausgearbeitet wurde, sehr gut ist. Das sind die Bebauungspläne in Hamburg-Nord. Wir bauen 60 Prozent des Wohnungsneubaus für ganz Hamburg. Das ist die Qualität der Stadtplanung in Hamburg-Nord. Auch dieser B-Plan ist gut. Aber es ist ein B-Plan-Verfahren, das dominiert wurde von der Drohung, das Bad zu schließen. Das ist das, was zur Diskussion steht. Davor hat meine Fraktion auch in der Tat im Bezirk Angst. Meine Fraktion möchte nicht, dass dieses Bad geschlossen wird.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Die wollen was tun für den Bezirk! – *Frank Schira CDU*: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Vor dem Hintergrund dieser Drohung ist das B-Plan-Verfahren ein gutes Ergebnis. Aber wir sollten den Druck dort herausnehmen. Warum haben Sie denn Angst davor, wenigstens unserem Zusatzantrag zuzustimmen? Wenn Sie so genau wissen, was die Bevölkerung will, wenn Ihr Vorschlag so überzeugend ist und wenn Bäderland sich in der öffentlichen Diskussion durchsetzt, ist es doch okay und dann bin ich der Letzte, der etwas dagegen hätte, dass man am Ende ohne diese Drohung einem B-Plan zustimmt, bei dem das Ergebnis so ist, dass dort bebaut wird. Sie wissen aber ganz genau, ...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Tschentscher, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hesse zu?

Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): – Ja, selbstverständlich, wenn wir die Zeit haben.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU: Lieber Kollege Tschentscher, ich frage Sie, warum denn im Stadtentwicklungsausschuss, wo dieser B-Plan diskutiert wurde, nie von irgendeinem SPD-Abgeordneten der Aspekt angesprochen wurde, dass es sich hier um eine angebliche Erpressung von Bäderland handelt, sondern immer der positive B-Plan mit den positiven Veränderungen vor Ort genannt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* und *Linda Heitmann*, beide GAL)

Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Wir könnten jetzt natürlich die Ausschussprotokolle der Beratungen des Stadtentwicklungsausschusses alle noch einmal in der Bürgerschaft nachvollziehen. Ich weiß von den Mitgliedern meiner eigenen Fraktion, dass sie immer gesagt haben, sie hätten Angst – das sagen sie bis heute –, dass das Bad geschlossen wird. Deswegen haben wir versucht, ein gutes B-Plan-Verfahren zu machen, damit das Bad erhalten bleiben kann. Das ist die Drohung und deshalb sagen wir als SPD Hamburg-Nord jetzt, nachdem wir das alles sorgfältig abgewogen haben und nachdem wir die öffentliche Anhörung ausgewertet haben – dafür sind sie doch da: Wir finden, dass der Druck dort heraus muss.

Wir finden es richtig, wenn die Bäderland GmbH sagt, das muss nicht unbedingt gebaut werden. Wir machen auch einen Finanzierungsvorschlag: Bauen Sie das Alsterschwimmbad so, wie das Bezirksamt Hamburg-Nord es vorschlägt, dann haben Sie 2,5 Millionen Euro gewonnen. Lassen Sie die Chlorbadewannen und dann haben wir auch kein finanzielles Problem mehr.

Wenn Sie zu dem stehen, was Sie sagen, wenn Sie wissen, dass das in der Bevölkerung gut ankommt, dann stellen Sie sich der Diskussion. Das B-Plan-Verfahren soll so laufen, wie der Bezirk es will und fangen Sie nicht an, am Ende noch zu evozieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung, zunächst zu den beiden Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/932 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1030 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 19/1030. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der SPD-Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/932 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Punkt 4 auf, Drucksachen 19/737, 19/738, 19/739 und 19/740, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/737 (Neufassung) –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/738 (Neufassung) –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/739 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/740 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/737 in der Neufassung, zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig angenommen.

Wer möchte das in Ziffer 2 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Ersuchen einstimmig beschlossen.

Nun zum Bericht 19/738 in der Neufassung, zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 786/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung mehrheitlich beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Weiter zum Bericht 19/739, auch hier zunächst zu Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Schließlich zum Bericht 19/740, Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 314/08 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen zu den übrigen Eingaben einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 empfohlene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**Sammelübersicht***

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Wer schließt sich dem einvernehmlichen Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einvernehmliche Verlangen einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Punkt 5 auf, Drucksache 19/248, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
– Drs 19/248 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft die Große Anfrage aus Drucksache 19/248 ohne Besprechung zur Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 11 auf, Drucksache 19/603, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Drei Jahre nach dem Tod der kleinen Jessica gibt es kein Hamburger Gesetz für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen von Kindern: Welche Kenntnisse hat der Senat über die Gesetze anderer Bundesländer zu Vorsorgeuntersuchungen?

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Drei Jahre nach dem Tod der kleinen Jessica
gibt es kein Hamburger Gesetz für verpflichten-
de Vorsorgeuntersuchungen von Kindern: Wel-
che Kenntnisse hat der Senat über die Gesetze
anderer Bundesländer zu Vorsorgeuntersu-
chungen?
– Drs 19/603 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren

zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Wird eine Besprechung beantragt? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft die Große Anfrage aus der Drucksache 19/603 ohne Besprechung zur Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 23 auf, Drucksache 19/697, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Erhalt des Hafendenkmals Wassertreppe 51 in der Billwerder Bucht.

**[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und
Tourismusausschusses über die Drucksache
19/256:**

**Erhalt des Hafendenkmals Wassertreppe 51 in
der Billwerder Bucht (Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs 19/697 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ausschussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Punkt 25 auf, Drucksache 19/935, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Bericht über den Stand des Projektes "Elbphilharmonie Hamburg".

**[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und
Tourismusausschusses über die Drucksache
19/520:**

**Bericht über den Stand des Projektes "Elbphil-
harmonie Hamburg" (Senatsantrag)
– Drs 19/935 –]**

Die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 26 auf, Drucksache 19/709, Bericht des Wirtschaftsausschusses: Gute Arbeit verdient faire Löhne – Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

**[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die
Drucksache 19/25:**

**Gute Arbeit verdient faire Löhne – Hamburg
setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn
ein (Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs 19/709 –]**

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ausschussempfehlung mehrheitlich angenommen worden.

Ich rufe Punkt 27 auf, Drucksache 19/867, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/470:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)
– Drs 19/867 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften aus Drucksache 19/470 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat stimmt zu. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist es auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 29 auf, Drucksache 19/937, Bericht des Haushaltsausschusses: Ergänzung des Haushaltsbeschlusses 2007/2008 für das Haushaltsjahr 2008 – Sicherheitsleistung zugunsten der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/471:
Ergänzung des Haushaltsbeschlusses 2007/2008 für das Haushaltsjahr 2008 – Sicherheitsleistung zugunsten der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH (Senatsantrag)
– Drs 19/937 –]**

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ausschussempfehlung einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Dem ist so. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 30 auf, Drucksache 19/938, Bericht des Haushaltsausschusses: Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg und Betriebsprüfung stärken und Vakanzen abbauen sowie Betriebsprüfung stärken – Neue Betriebsprüfer ausbilden.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 19/271:
Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hamburg (Antrag der Fraktion DIE LINKE)
und 19/564: Betriebsprüfung stärken und Vakanzen abbauen (Antrag der SPD-Fraktion)
sowie 19/565: Betriebsprüfung stärken – Neue Betriebsprüfer ausbilden (Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs 19/938 –]**

Wer möchte sich der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus dem ersten Spiegelstrich des Berichts anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung des Haushaltsausschusses mehrheitlich angenommen.

Wer möchte der Ausschussempfehlung aus dem zweiten Spiegelstrich folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ausschussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 37 auf, Drucksache 19/933, Bericht des Sozial- und Gleichstellungsausschusses: Armuts- und Reichtumsbericht.

**[Bericht des Sozial- und Gleichstellungsausschusses über die Drucksache 19/178:
Armuts- und Reichtumsbericht (Antrag der Fraktion DIE LINKE)
– Drs 19/933 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1005 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Armuts- und Reichtumsbericht**

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**– Drs 19/1005 –]**

Über diesen lasse ich zuerst abstimmen. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Bericht des Sozial- und Gleichstellungsausschusses aus Drucksache 19/933. Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Punkt 42 auf, Drucksache 19/776, Antrag der SPD-Fraktion: Schülerinnen und Schüler mit Behinderung integrieren statt ausgrenzen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Schülerinnen und Schüler mit Behinderung integrieren statt ausgrenzen
– Drs 19/776 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Punkt 43 auf, Drucksache 19/777, Antrag der SPD-Fraktion: Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zum Fall Morsal O.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zum Fall Morsal O.
– Drs 19/777 –]**

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Ich rufe Punkt 44 auf, Drucksache 19/778, Antrag der SPD-Fraktion: Zeitgemäße Information über öffentliche Unternehmen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Zeitgemäße Information über öffentliche Unternehmen
– Drs 19/778 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/778 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen?

– Damit ist der SPD-Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Punkt 45 auf, Drucksache 19/779, Antrag der SPD-Fraktion: Konsequenzen aus dem Fall Morsal O.: Überprüfung laufender Fälle anhand eines Worst-case-Szenarios.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Konsequenzen aus dem Fall Morsal O.: Überprüfung laufender Fälle anhand eines Worst-case-Szenarios
– Drs 19/779 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/779 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der SPD-Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Punkt 50 auf, Drucksache 19/928, Antrag der CDU-Fraktion: Untertunnelung des Bahnübergangs Hammer Straße.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Untertunnelung des Bahnübergangs Hammer Straße
– Drs 19/928 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1006 ein Antrag der SPD-Fraktion vor. Über diesen lasse ich zuerst abstimmen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Aufhebung der Bahnübergänge an den Eisenbahnstrecken Hamburg-Lübeck endlich zum Abschluss bringen
– Drs 19/1006 –]**

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache 19/1006 mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus Drucksache 19/928 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der CDU-Antrag aus der Drucksache 19/928 einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 57 auf, Drucksache 19/949, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kontrolle der öffentlichen Unternehmen Hamburgs.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kontrolle der öffentlichen Unternehmen Ham-
burgs
– Drs 19/949 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus

Drucksache 19/949 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 19.16 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Bülent Ciftlik, Natalie Hochheim, Christel Oldenburg und Viviane Spethmann

Anlage**NEUFASSUNG****Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 3. und 4. September 2008****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
10	602	Beratungskosten bei Vermögensverkäufen in Hamburg seit 2001
20	672	Bericht des Europaausschusses
21	724	Bericht des Europaausschusses
22	736	Bericht des Europaausschusses
24	934	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
28	936	Bericht des Haushaltsausschusses
38	947	Bericht des Innenausschusses
39	710	Bericht der Härtefallkommission
40	901	Bericht der Härtefallkommission
41	902	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
8	600	Hamburg braucht eine qualitativ hochwertige Betreuung für Krippenkinder – Bundesmittel Nutzen, Platzzahl ausbauen und Qualität stärken!	SPD	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
12	768	Auswirkungen der Medizinischen Versorgungszentren auf die ärztliche Versorgung in Hamburg	SPD	Gesundheitsausschuss
16	744	Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2008	SPD	Haushaltsausschuss
17	859	Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung von § 23 Absatz 1 Hamburgisches Richtergesetz (HmbRiG)	SPD	Rechtsausschuss
18	790	Zusammenfassender Bericht der Aufsichtskommission gemäß § 38 Absatz 4 des Gesetzes über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt (Hamburgisches Maßregelvollzugsgesetz – HmbMVollzG vom 14. Juni 1989; neu: § 48 HmbMVollzG vom 7. September 2007) über ihre Tätigkeit in den Jahren 2006 und 2007	SPD	Gesundheitsausschuss
19	894	Krankenhausinvestitionsmittel – Siebter Bericht –	SPD	Gesundheitsausschuss
46	780	Neufassung des Hamburgischen Informationsgesetzes	SPD	Rechtsausschuss
56	948	S-Bahn Linie 1	SPD	Stadtentwicklungsausschuss

C. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
7	599	Mittelverwendung der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte in Hamburg